

Das war's!

Nach nun 13 Jahren als Redaktionsleiter von „Stadtforschung und Statistik“ gebe ich den Job in jüngere Hände. Ich danke denen, die sich an der Arbeit für diese Zeitschrift beteiligt haben. Besonders den Mitgliedern der Redaktion sowie Iris van Beek und Martina Goth vom Schibri-Verlag, die diese Zeitschrift mit großer Professionalität betreuten.

Meinen Nachfolgern – Hartmut Bömermann, Hermann Breuer und Ansgar Schmitz-Veltin – wünsche ich viel Glück und ebenfalls viel Spaß.

Martin Schlegel, Hagen

Inhalt

		Seite	
Datenmanagement	Michael Haußmann, Stuttgart	Kleinräumige Kommunalstatistik – Ein Blick in die Zukunft Rasterbasierte Statistiken	5
	Sören M. Werner, Freiburg	FR.ITZ und DUVA Open Data in Freiburg	7
	Susanne Schnorr-Bäcker, Wiesbaden	Weiterentwicklungen in der amtlichen Regionalstatistik Open Data und Bundesstatistik	12
	Dirk Arning, Köln	Blick über den Tellerrand Das Scoring-Modell von Drescher & Cie	16
	Franz Abele, Stuttgart	Was ist und was anders werden sollte Rechtsgrundlagen der Kommunalstatistik	18
	Klaus Trutzel, Nürnberg	Von der gegenseitigen Abgrenzung zur Kooperation 50 Jahre Goslarer Beschlüsse	25
	Rudolf Schulmeyer, Köln	Geschichte, Arbeitsfelder und Zusammenarbeit in der Stattestatistik	64
Wahlen	Alexandra Klein, Stuttgart	Bürgermeisterwahlen in Baden-Würtemberg Spannung erhöhet die Wahlbeteiligung	28
	Martin Schlegel, Hagen	Europa-Wahlrecht	32
	Martin Schlegel, Hagen	1984 – ein kritisches Jahr	33
Kommunales	Günther Bachmann, Darmstadt	Wissenschaftsstädte in Europa Eine aktuelle Analyse – Teil 1	34
	Werner Münzenmaier, Stuttgart	Differenzierte Entwicklungstendenzen 2000 bis 2011 Bevölkerung und Erwerbstatigkeit	38
	Axel Stender	TooLS-Projekt – Bürgerumfrage 50plus in Moers Wie beeinflusst die Stadt unser Wohlbefinden?	44
	Karl-Heinz Reuband, Düsseldorf	Veränderungen im Kommunikationsverhalten und öffentliche Sichtbarkeit Vom Festnetz zum Mobiltelefon	51
	Martin Schlegel, Hagen	Sommerloch – Problem mit Lösung Lebensqualität im Test	56

		Seite	
Internes	Klaus Trutzel, Nürnberg	Wegbereiter einer kooperativen, technikunterstützten Städtestatistik Manfred von Schaewen	58
	Rudolf Schulmeyer, Köln	Jünger und weiblicher, Diplom-Geograph/innen auf dem Vormarsch VDSt-Mitgliederstruktur 2014	60
	Martin Schlegel, Hagen	Neue im Verband	62
	Martin Schlegel, Hagen	Statistik früher	61
	Hubert Harfst, Hannover	Ex-AG im Juli in Augsburg Römerstadt – Bischofsstadt – Reichsstadt	72
	Hubert Harfst, Hannover	Messestadt im Grünen im Zentrum Europas Willkommen in Hannover	76
Streiflichter	Martin Schlegel, Hagen	1964 – ein besonderes Jahr	17
	Martin Schlegel, Hagen	18 000 000 000	27
	Martin Schlegel, Hagen	Jedem das Meine	50
	Kurt Tucholsky	Der Wagen	59
	Martin Schlegel, Hagen	Der große Diktator	62
	Martin Schlegel, Hagen	Statistik als Comic	75
Rubriken	Editorial	Das war's!	1
	Bevor der Ernst beginnt	Neusprech	4
	Impressum		31
	Autorenverzeichnis		80

Neusprech



Deutschlands Jugend brauche vor den NSA-Aktivitäten keine Angst zu haben, sagt man, denn deren Grammatik sei Verschlüsselung genug.

Aber nicht nur die Jugend hat Sprachprobleme, wie das Foto zeigt. Kurz eingelegte Damen ab 12 Euro. Was soll ich mir darunter vorstellen?

Die Lösung: Das Schild wirbt für einen Friseur.

Der gleiche Friseur macht Ihnen – mir wohl weniger – Rastazöpfe. Bei der Erstellung des Schilds hat der Werbemensch aufgepasst und versucht, keinen Fehler zu machen. Die Regel, dass man „Vater“ hinten mit „a“ spricht, aber mit „er“ schreibt, hat er bei den Zöpfen konsequent umgesetzt. Also verspricht er Ihnen „Rasterzöpfe“. Da sehen Sie aber komisch aus.

Martin Schlegel, Hagen

Rasterbasierte Statistiken

Michael Haußmann, Stuttgart

Über Jahrzehnte hat sich die deutsche Kommunalstatistik erfolgreich auf ihr bewährtes System der Kleinräumigen Gliederung gestützt. Mit der Durchdringung zahlreicher Fachgebiete mit GIS-Technologie, mit dem Aufbau von vernetzten Geodateninfrastrukturen, der Öffnung der öffentlichen Verwaltungen im Rahmen von Open Government und dem geänderten Bundesstatistikgesetz zeichnen sich für die Zukunft tiefgreifende Veränderungen ab. Was können diese mit sich bringen?

Mehr rasterbasierte Statistiken

Rasterzellen als geeignete kleinräumige Darstellungsform statistischer Dichtewerte finden sich bereits in statistischen Veröffentlichungen des 19. Jahrhunderts, insbesondere im skandinavischen Raum (Kaup/Rieffel 2013). Insbesondere in den Bereichen Umweltmonitoring und Umweltplanung gehören Rasterkarten seit vielen Jahren zu den unverzichtbaren Standards zur Darstellung von Dichtewerten.

Neben der Wirtschaft und der aktiven Zivilgesellschaft (Stichwort Open Data) reklamiert heute vor allem die Wissenschaft ihren vermehrten Bedarf an großräumig flächendeckenden, kleinräumigen Statistikdaten: „Viele raumbezogene Forschungen sind derzeit nicht möglich, weil die Datenlage

oder Datenqualität mangelhaft ist. Daher ist die Bereitstellung eines umfassenden, flächendeckenden kleinräumigen Angebots von wichtigen Geodaten erforderlich“ (RatSWD 2012: S. 38).

Als Reaktion auf diesen Nachfragedruck hat der Gesetzgeber das Bundesstatistikgesetz geändert und der Bundes- und Länderstatistik ermöglicht, künftig Statistiken auf der Ebene von Hektarrastern dauerhaft zu speichern.

Nutzen rasterbasierter Statistiken

Auch die deutsche Kommunalstatistik kann in mehrererlei Hinsicht von rasterbasierten Statistiken profitieren:

- Stadt-intern können rasterbasierte Dichtekarten beispielsweise als Grundlage verwendet werden, um administrative Gebietseinheiten neu zu schneiden.
- Mit Hilfe von Rasterstatistiken sind Städtevergleiche auf Grundlage gleich großer Zellen möglich, insbesondere sinnvoll bei der Segregationsanalyse.
- Wird der Zugang zu (künftig) kleinräumig gespeicherten rasterbasierten Statistiken der Bundes- bzw. Länderstatistik gewährt, können regionale Analysen durchgeführt werden, z.B. in den wichtigen Bereichen Wohnungsmarkt und Mobilität.

- Gegenüber Dritten kann ein zusätzliches, standardisiertes Datenangebot der Kommunalstatistik entstehen.

Ergänzen, nicht ersetzen

Bei allen Vorzügen der rasterbasierten Statistik darf aber nicht vergessen werden, dass die Kleinräumige Gliederung weiterhin der wichtigere Raumbegzug in der Kommunalstatistik bleiben wird. Dieser Schluss lässt sich aus den folgenden Fakten schließen:

- Die Stadtpolitik und die Stadtverwaltung benötigen für ihre Arbeit in der Regel Daten zu bestimmten administrativen oder statistischen Einheiten (z.B. Einwohnerentwicklung in einem bestimmten Stadtteil).
- Die Bürger identifizieren sich mit „ihren“ Raumeinheiten („ich wohne im Stadtteil ...“), entsprechend berichtet die Presse.
- In vielen Städten liegen auf der Kleinräumigen Gliederung basierende Statistiken in langen Zeitreihen vor. Diese können oftmals nicht verlustfrei in ein Gitternetz projiziert werden.

Gleichwohl besteht die Möglichkeit, dass sich die rasterbasierte Statistik im Portfolio der kommunalstatistischen Ämter als zusätzliches Angebot etabliert.

Open Government

Wirtschaft und Wissenschaft

Aufwand beim Aufbau

Auch wenn sich der Nutzen eines rasterbasierten Datenbestands schnell offenbart – der erforderliche Zusatzaufwand für Aufbau und Pflege muss vor dem Hintergrund chronisch knapper Personal- und Sachressourcen in der Praxis auch gestemmt werden können.

Zumindest einige größere Städte haben in ihren abgeschotteten Statistikstellen bereits GIS-Kompetenz aufgebaut, wichtige Einzeldatenquellen wie beispielsweise das Melderegister georeferenziert, anhand des vorgegebenen INSPIRE-Standards ein Polygon-Fishnet-Raster aufgebaut und dieses schließlich mit Daten gefüllt.

Aus Nutzersicht wäre es sicherlich wünschenswert, wenn sich auch der Raum zwischen diesen „Dateninseln“ entsprechend füllen würde. Vielleicht können einzelne Regionalverbände oder die Landkreise, die in der Vergangenheit erhebliches GIS-Know-How aufgebaut haben und an der Zensus-Durchführung maßgeblich beteiligt waren, in Zukunft die Rolle des kommunalen Datenproviders schlüpfen?

Auch das Thema Datenschutz bedarf weiterer Konkretisierung, damit Datenbereitsteller und Datennutzer Rechtssicherheit erlangen können, ohne übervorsichtig handeln zu müssen. Eine Überarbeitung des deutschen Datenschutz-

rechts mit dem Ziel, mehr Klarheit und Übersichtlichkeit zu erlangen, wird vielfach gefordert. (u. a. RatSWD 2012: S. 49)

Gemeinsam zum Ziel?

Nachdem der Zensus 2011 den Kommunen für ihre Planungsaufgaben nicht den erforderlichen Kranz an fortschreibbaren feingranularen Daten erbracht hat, könnten die (künftig) von Bund und Ländern in kleinräumigen Rasterzellen gespeicherten Daten zumindest teilweise für Ersatz sorgen. Voraussetzung ist ein entsprechend einfacher Zugang zu diesen neuen Datenbeständen.

Keinesfalls darf die veränderte gesetzliche Lage dazu führen, dass die Kommunen in eine passive, reaktive Rolle gedrängt werden, indem Dritten ein Informationsvorsprung gewährt wird (vgl. Ziekow 2013). Vielmehr sollte darauf abgezielt werden, auf allen föderalen Ebenen gemeinsam am Ausbau einer möglichst leistungsfähigen deutschen Dateninfrastruktur zu arbeiten.

Wie kann dieser Weg gegangen werden? Wichtige Erkenntnisse auf dem Weg in die Zukunft der kleinräumigen Kommunalstatistik sind aus dem durch die Europäische Union geförderten Urban Audit-Projekt „Zukunft der Raumbezüge in der Kommunalstatistik/Merging statistics and geospatial information in Member States“ zu erwar-

ten. Im Rahmen von sechs Arbeitspaketen werden bis zum 31.12.2015 praxisnahe Handreichungen zu den folgenden Themen erarbeitet:

1. Adressbasierte Georeferenzierung
2. Fortschreibung von Statistischen Raumeinheiten
3. Harmonisierung von Statistischen Raumeinheiten
4. Standardisierte Datensammlung
5. INSPIRE/SDMX in der Kommunalstatistik
6. Web Anwendungen und Web Services in der Kommunalstatistik

Während der Projektlaufzeit sollen diese sechs Themen regelmäßig auf die Tagesordnungen verschiedener Städtestatistik-Veranstaltungen genommen werden, sodass für alle Interessierten die Möglichkeit zur aktiven Mitarbeit und zur konstruktiven Diskussion besteht.

„Man kann nicht in die Zukunft schauen, aber man kann den Grund für etwas Zukünftiges legen – denn Zukunft kann man bauen.“

Antoine de Saint-Exupéry

Literatur

- Kaup, S. & Rieffel, P. (2013): Rasterbasierte Regionalstatistik – ILS Trends 2/2013.
- RatSWD (2012): Georeferenzierung von Daten – Situation und Zukunft in der Geodatenlandschaft in Deutschland.
- Ziekow, J. (2013): Föderale Informationsbalance wahren – kommunale Selbstverwaltung sichern – Rechtsgutachten zur Stellung der Städtestatistik –, in: Verwaltungsrarchiv 104. Band, Heft 4, S. 529 ff.

Zensus 2011

Dateninseln

Datenschutz

Über Statistik:

Wer Informationen will,
darf vor Zahlen nicht
zurückschrecken.

Open Data in Freiburg

Sören M. Werner, Freiburg

Unter Stichworten wie „Open Data“ und „Open Government“ findet seit einiger Zeit eine intensive Diskussion um die Öffentlichkeit von Informationen und Daten statt. Entsprechende Wünsche von Seiten interessierter Bürger oder von Seiten der Open Data Bewegung finden dabei gerade auf kommunaler Ebene ihre politische Entsprechung. Dies stellt neue Anforderungen an die Kommunalstatistik und verlangt nach passenden technischen und administrativen Lösungen. Gleichzeitig ermöglichen damit einhergehende Entwicklungen auch eine Neupositionierung der Arbeit, die im Bereich der Kommunalstatistik geleistet wird. Für den Bereich der Kommunalstatistik wurde diese Diskussion unter Anderem von Seiten des VDSt aufgegriffen und im Januar 2013 zum Thema eines Workshops gemacht. Zeitlich vorgelagert bzw. parallel zur Diskussion um „Open Data“ und „Open Government“ sind eine Vielzahl von Kommunen dabei, statistische Informationen in Informationsportalen für eine interessierte Öffentlichkeit vorzuhalten. Über entsprechende Ansätze u.a. Moers und Soest wurde an dieser Stelle bereits berichtet. Von besonderem Interesse ist dabei das Ziel, kommunale Daten in Form von thematischen Karten zu visualisieren (Artikel Moers u. Soest). Die Stadt Freiburg im Breisgau ist von den genannten Entwick-

lungen in mehrfacher Hinsicht betroffen:

Unter dem Namen FR.ITZ (Freiburg, Informationen, Tabellen, Zahlen) und auf der technischen Basis des Informationsmanagementsystems DUVA unterhält Freiburg seit 2004 ein Informationsportal. Mit zuletzt rund 4.500 öffentlich angebotenen Auswertungen und Datensätzen hat sich FR.ITZ zu dem zentralen Anlaufpunkt für die Stadt Freiburg betreffende Daten entwickelt. Ohne Wissen und Zutun der Freiburger Verantwortlichen wurde dieses Informationsportal 2012 durch das Fraunhofer FOKUS Institut als Open Data Portal aufgefasst und im Rahmen einer durch das Bundesinnenministerium initiierten Studie als eines von 10 internationalen Best-Practice Beispielen benannt.¹

2013 wurden die Themen „Open Data“ und „Open Government“ durch einen interfraktionellen Antrag in die offizielle politische Agenda des Gemeinderates der Stadt Freiburg aufgenommen. Durch die Kommunalstatistik konnte in diesem Zusammenhang sehr erfolgreich auf die Implementierung von FR.ITZ verwiesen werden. Gleichzeitig ergeben sich im Zusammenhang mit der Diskussion um die Themenbereiche „Open Data“ und „Open Government“ neue Anforderungen, denen sowohl inhaltlich, als auch organisatorisch und technisch begegnet werden muss. Bisheriger Höhe-

punkt dieser Entwicklung war ein eintägiges Forum mit ca. 140 TeilnehmerInnen, das mit Beteiligung bundesweit aktiver Fachleute und einer sehr interessierten Freiburger Öffentlichkeit am 7. November 2013 stattfand. Freiburg setzt für seine Kommunalstatistik auf den Einsatz von KOSIS-Produkten und dabei insbesondere auf das Informationsmanagementsystem DUVA. Als betreuende Stelle dieses Gemeinschaftsprojektes sieht sich die Stadt Freiburg deshalb mit in der Verantwortung, die technische Entwicklung des DUVA-Systems so zu betreiben, dass an die Anforderungen von Open Data und Open Government angepasste Lösungen bereitgestellt werden, die sich auch weiterhin in die Struktur des DUVA-Systems integrieren.

Wir nehmen dies zum Anlass, um aus Sicht der Stadt Freiburg den Sachstand der politischen und technischen Entwicklung vorzustellen und auszuloten, welche Anforderungen und Möglichkeiten sich hierbei für die Kommunalstatistik ergeben.

Ausgangslage

„Open Government“ und insbesondere „Open Data“ sind Themen, die gegenwärtig im gesellschaftlichen und politischen Diskurs eine bedeutende Rolle einnehmen. Die wesentlichen Begriffe: Open Government, Open Government Data und Open Data werden nicht

Best-Practice

Neue Anforderungen

Sammeln, verwalten, weitergeben

immer deckungsgleich beschrieben. Hinter den – schwierigen – Begrifflichkeiten verbirgt sich ein Leitbild, das Transparenz, Partizipation und Kooperation für und zwischen öffentlichen Stellen und der Bürgerschaft meint (Open Government). Der IT-Planungsrat, das politische Steuerungsgremium von Bund und Ländern, welches die Zusammenarbeit im Bereich der Informationstechnik koordiniert, definiert als Open Government Data die öffentlich verfügbare Bereitstellung von Datenbeständen, in der Regel als Rohdaten zur Nutzung, Weiterverwendung und Weiterverbreitung. Ausgenommen sind schutzwürdige Daten.

Durch Open Data soll die Basis für Transparenz, Partizipation und Zusammenarbeit erreicht werden: die Bereitstellung von Daten und Informationen soll eine informierte Beteiligung und Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Stellen und Bürgern sicherstellen. U. a. bei Bürgerbeteiligungsverfahren in Zusammenhang mit politischen Entscheidungen sollen die relevanten Basisdaten frühzeitig und im Zusammenhang veröffentlicht werden.

Die (Kommunal-)Statistik erwartet vor diesem Hintergrund einige Herausforderungen: Die Kriterien (der Sunlight-Foundation) für Open Data lauten Vollständigkeit, Primärquellen, zeitliche Nähe, leichter Zugang, Maschinenlesbarkeit, Diskriminierungsfreiheit, Verwendung offener Standards, Lizenzierung, Dauerhaftigkeit und Nutzungskosten² – ergänzt werden muss diese Auflistung immer um den Punkt Datenschutz.

Diese Entwicklungen fordern die Stadtverwaltung im allgemeinen und die kommunale Statistikstelle im Besonderen dazu auf, Lösungen zu finden, wie Daten verstärkt unter den

genannten Gesichtspunkten offen gelegt werden können. Im Grunde betreffen diese neuen Herausforderungen jedoch die gleichen Tätigkeiten, die die (kommunale) Statistik seit jeher beschäftigen und die immer wieder im Kontext neuer technischer Möglichkeiten und Anforderungen angepasst werden müssen: das Sammeln, das Verwalten und das Weitergeben von Daten und Informationen. In Freiburg ist in den letzten Monaten eine Entwicklung angeschoben worden, die andere Städte bereits erfasst hat (z. B. Köln, München, Ulm etc.). Den Ausgangspunkt bildete eine Anfrage aus dem Gemeinderat: Zwei Gemeinderatsfraktionen beantragten, u. a. eine Übersicht über die der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellten Daten zu überlassen, über die Planungen zur Ausweitung des Angebotes zu berichten und generell dazu Stellung zu nehmen, wie die Verwaltung in Bezug auf Open Data strategisch vorgehen wolle. Die Stadtverwaltung hat in einem Fraktionsgespräch dann vorgeschlagen, zur weiteren Orientierung eine Fachtagung zu organisieren und durchzuführen.

Tagung

Der „Open Government Dialog Freiburg“ fand Ende 2013 statt, diente gleichermaßen als Informationsveranstaltung wie Diskussionsforum und ermöglichte Wissenstransfer und Erfahrungsaustausch. Zudem sollten die Erfahrungen anderer Kommunen kommuniziert sowie die möglichen Handlungsfelder der Stadt Freiburg identifiziert werden.

Etwa 140 Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben den Open Government Dialog Freiburg im Bürgerhaus Zähringen besucht. Die Tagung profitierte von einem breit gefächerten

Publikum, das zusammen mit den neun Referenten über die Themen Open Government und Open Data diskutierte. Die Veranstaltung hat Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung, Mitglieder des Gemeinderates, Vertreter der interessierten Öffentlichkeit, Medien, Unternehmen und andere, benachbarte Kommunen sowie Akteure aus der Internet-„Community“ zusammengebracht und ermöglichte somit eine Diskussion mit vielen Perspektiven. Den Referenten, die unter anderem aus Köln, München, Stuttgart und Ulm angereist waren, gelang es zudem, das gesamte Spektrum der Thematik „Open Government“ darzulegen. Dabei ging es sowohl um die Definitionsfrage „Was ist Open Government?“, als auch um konkrete Umsetzungsbeispiele aus anderen Städten sowie um den allgemeinen Kulturwandel, dem die öffentliche Verwaltung insgesamt ausgesetzt ist. Auch die Probleme, die Konfliktlinien und die Konsequenzen sind zutage getreten und wurden offen diskutiert.

Die Tagung wurde moderiert von Max Schulze-Vorberg (Kommune 2.0) und war in drei „Sessions“ mit jeweils unterschiedlichen Themenschwerpunkten gegliedert. Im Anschluss an jede Session war das Plenum aufgefordert, die verschiedenen Aspekte näher zu diskutieren.³

Die erste Session begann mit einer Übersicht darüber, was die Stadt Freiburg bereits heute an Angeboten und Projekten vorweisen kann, die in den Bereich Open Government hineinreichen. Anhand der Beispiele des statistischen Informationssystems FR.ITZ, des Geoportals FreiGIS, des Ratsinformationssystems und des Beteiligungshaushalts konnte deutlich gemacht werden, dass die Stadtverwaltung bereits Angebo-

te hat, die jedoch anhand der neuen Anforderungen von Open Government und Open Data geprüft und ggf. angepasst werden müssen. Die Bewältigung dieser neuen Anforderungen wird einhergehen mit einem grundsätzlichen Kulturwandel, von dem letztlich alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung betroffen sein werden. Die Konsequenz daraus wird eine „Evolution“ und Fortentwicklung der Verwaltung zur Folge haben, mit der viele positive Nutzeffekte verbunden sind sowohl für die Verwaltung selber als auch für die Beziehung zur Öffentlichkeit.

In der zweiten Session wurden beispielhaft die Entwicklung in der Stadt Köln und in der Landeshauptstadt München vorgestellt. Die Stadt Köln hat sich die Hilfe von Fraunhofer FOKUS eingeholt sowie von Beginn an die Kölner Internet-Community eingebunden. In München hat die Stadtverwaltung zusammen mit externen Partnern aus der Community danach gefragt, wie eine Öffnung der Verwaltung Nutzen für Bürgerinnen und Bürger schaffen kann. Als ein zentrales Ergebnis ist das Pilotprojekt „MOGDy“ angeführt worden, der „Munich Open Government Day“.

Große Beachtung fand der Vortrag von Michael Haußmann von der Landeshauptstadt Stuttgart, der auch im Namen des Verbandes Deutscher Städtestatistiker gesprochen hat. Anhand einer kurzen Geschichte der Kommunalstatistik hat er exemplarisch festmachen können, dass die Grundprinzipien von „Open Data“ und „Open Government“ keine Modeerscheinungen sind, sondern schon immer das Tätigkeitsfeld sowohl der Statistik als auch der Verwaltung waren. Nun kommt es darauf an, die nächsten Schritte im digitalen

Zeitalter zu unternehmen. Dabei müssen auf der einen Seite die Risiken bedacht und entsprechende Lösungen erarbeitet werden. Auf der anderen Seite sollten die Chancen insbesondere auch für die interne Interaktion und Effizienz der Verwaltung entdeckt werden.

Hervorgehoben werden muss die allgemeine Feststellung vieler TeilnehmerInnen, dass nicht nur das Verhältnis von Verwaltung und Öffentlichkeit in den Fokus gerät, sondern insbesondere auch verwaltungsinterne und ämterübergreifende Abläufe und Prozesse im Zentrum der Veränderung stehen. Zum einen hat die Verwaltung selber einen großen Nutzen von einer Entwicklung hin zu mehr (interner) „Offenheit“, auf der anderen Seite ist eine einheitliche und konsistente Vorgehensweise eine wichtige Voraussetzung für eine effiziente und erfolgreiche Öffnung nach außen. Insbesondere diese Fragen sind dann auch in einem im Anschluss an die Tagung durchgeführten verwaltungsinternen Workshop näher besprochen worden.

Technische Aussicht und Entwicklung

Die Freiburger Statistikstelle setzt auf den Einsatz der von den verschiedenen KOSIS-Gemeinschaften entwickelten Produkte und namentlich auf das Informationsmanagementsystem DUVA. Dabei wird der Ansatz verfolgt, den Umgang mit Informationen und Technik über den Einsatz von Metadaten zu integrieren und alle Arbeitsschritte des Informationsmanagements bis hin zur Informationsveröffentlichung über ein Verbundsystem abzuwickeln. Daten, Dateien und Verfahren werden zu diesem Zweck fest mit entsprechenden

sprachlichen Beschreibungen verknüpft und damit klar und einheitlich definiert und dokumentiert. Aus den redundanzfrei vorgehaltenen Metadaten lassen sich entsprechend beschriftete Erfassungsformulare ebenso generieren wie automatische Beschriftungen von Grafiken, Tabellen oder thematischen Karten. Die Sachdaten und die zugehörigen Metadaten sind dabei so systematisiert und strukturiert, dass beliebige Informationen mit gleichen Verfahren in einem System erfasst, organisiert, verarbeitet und ausgegeben werden können.

Eine besondere Stärke des Metadatenansatzes besteht darin, dass der Informationsgehalt von Daten über sprachliche Beschreibungen nicht nur repräsentiert, sondern auch recherchierbar gemacht wird. Informationen jeglicher Provenienz können damit einem breiten Interessenten- und Anwenderkreis zugänglich gemacht werden, ohne geltende wissenschaftliche, technische und sicherheitstechnische Standards zu vernachlässigen. Auf diese Stärke baut der DUVA-Webkatalog auf, der die Grundlage des Freiburger Informationsportals FR.ITZ bildet. Sach- und Metadaten die in FR.ITZ Verwendung finden entstammen dem Freiburger DUVA-System oder werden auf gleicher Grundlage erstellt. Nach Sachgebieten beziehungsweise ihrem Raumbezug geordnet werden sowohl zu vordefinierten Tabellen, Grafiken und thematischen Karten verdichtete Informationen, als auch komplette Datensätze zur Selbstausswertung in FR.ITZ verzeichnet und angeboten. Tabellen, Grafiken und thematischen Karten werden dabei nicht auf Vorrat erzeugt und gespeichert, sondern als Bauplan hinterlegt und bei jedem Aufruf von den entsprechend eingebundenen

MOGDy

Keine Modeerscheinung

Zur Auswahl nach Sachgebiet

- Raum
- Deutschland
- Baden-Württemberg
- Stadt und Region 
- Gesamtstadt
- Stadtbezirke 
- Straßen
- Postleitzahlen 

Zur Auswahl nach Raum

- Sachgebiet
- Bauen und Wohnen
- Bevölkerung
- Bildung
- Finanzen
- Flächennutzung
- Gesundheitswesen
- Gleichstellungsbericht

DUVA-Anwendungen aus den aktuellen Daten neu generiert. Die DUVA-Anwendung Webkatalog wurde 2013/2014 neu programmiert. Der bewährte Einsatz von Metadaten wird beibehalten. Die Bedienung der Anwendung wird insbesondere im Backendbereich deutlich vereinfacht, flexibler und moderner. Die Gliederung und Recherche der vorgehaltenen Information erfolgt zukünftig nicht mehr nur über die Inhalte und ihren Raumbezug, sondern zusätzlich über die Zeitstellung der Informationen. Durch die Verwendung von HTML5 wird die neue Anwendung auch von mobilen Endgeräten aus nutzbar sein. FR.ITZ wird voraussichtlich noch 2014 auf die neue Anwendung umgestellt.

Die Programmierung einer web-basierten DUVA-Anwendung zur Generierung von thematischen Karten ist bereits abgeschlossen. Die neue Anwendung ist bereits testweise in das aktuelle FR.ITZ integriert. Mit dieser neuen Anwendung werden die im DUVA-System
















vorhandenen Möglichkeiten zur Visualisierung von kommunalen Daten enorm erweitert. So können beispielsweise Hintergrundgeometrien aus unterschiedlichen Quellen mit den Inhalten einer Karte kombiniert werden. Neben umfangreichen Möglichkeiten der Kartengestaltung können Layoutvorlagen definiert und fertige Karten als skalierbare Vektorgrafik exportiert werden. Die neue Anwendung ist Teil des DUVA-Systems und greift z. B. für die Erstellung von Legenden auf die dort enthaltenen Metadaten zurück. Die neue Anwendung wird den Mitgliedern der KOSIS-Gemeinschaft DUVA ohne Mehrkosten zur Verfügung gestellt.

Durch das Fraunhofer-Institut wurden 2012 insbesondere die Bandbreite der in FR.ITZ enthaltenen Informationen sowie die leichte und inhaltlich verständliche Zugänglichkeit der vorgehaltenen Informationen hervorgehoben. Bemängelt wurde, dass die Darbietungsform nicht dem Standard der Open Data Bewegung entspricht, der

durch die Webanwendung des Comprehensive Knowledge Archive Network (CKAN) gesetzt wird. Damit sind die für die Stadt Freiburg bereit gestellten Informationen zwar im World Wide Web vorhanden, einsehbar und im Rahmen von FR.ITZ nutzbar. Sie können jedoch wegen der Inkompatibilität der verwendeten Datenformate nicht von Webanwendungen wie Harvestern aufgefunden und weiter verwertet werden. Damit entfällt die gerade im Hinblick auf die Open Data Bewegung wichtige Möglichkeit zur Bekanntgabe von Informationsangeboten in zentralen Katalogen und damit einhergehend die Möglichkeit, angebotene Informationen mit Daten aus anderen Quellen zu kombinieren. Um den durch CKAN vorgegebenen Anforderungen zu entsprechen, arbeitet DUVA unter Federführung der Stadt Freiburg zusammen mit der Bundeshauptstadt Berlin und dem Fraunhofer-Institut bereits an einer technischen Lösung. Diese Webanwendung wird die Inhalte eines DUVA-Webkataloges CKAN-konform bekanntgeben und gleichzeitig als Exportschnittstelle für entsprechende Sachdaten fungieren. Das Informationsangebot z. B. von FR.ITZ kann damit zukünftig einem unbegrenzten Perso-

Zeitreihe | Tabelle | Grafik | Karte | eigene Auswertung | Erläuterungen | Bild | HTML | PDF

Auswertung

Einwohner mit Haupt und Nebenwohnsitz 2012			
Einwohner mit Haupt und Nebenwohnsitz 2011			
Einwohner mit Haupt und Nebenwohnsitz 2010			
Einwohner mit Haupt und Nebenwohnsitz 2009			
Einwohner mit Haupt und Nebenwohnsitz 2008			

Textfilter

Thema | Raum | Zeit

Thema (1426)

- Statistische Daten (699)
 - Einwohner (334)
 - Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt (6)
 - Bildung und Erziehung (5)
 - Hilfen zur Erziehung (5)
 - Beschreibung Datenpool (Hilfen zur Erziehung) (1)
 - Wohnen, Freizeit und Kultur (81)
















Suche verfeinern

Raum (56) << >>

Zeit (56) << >>

Thema: **Einwohnerbestand in Altersjahren nach Geschlecht und Bezirksregionen, Einwohnerbestand in Altersjahren nach Planungsräumen, Bildung und Erziehung**

Ergebnisse: 56

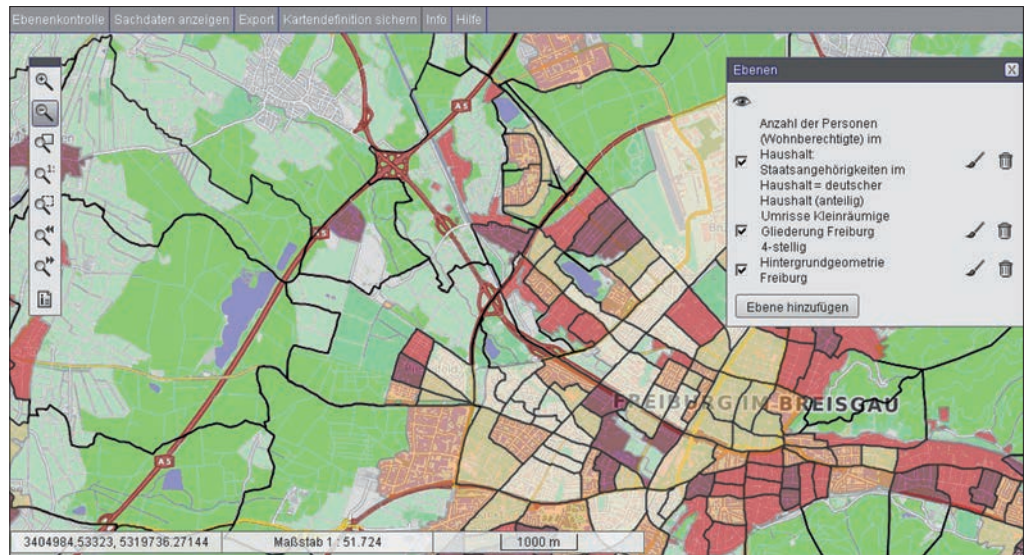
Bezeichnung
 Einwohnerbestand in Altersjahren nach Geschlecht und Bezirksregionen 2012-12-31
 Einwohnerbestand in Altersjahren nach Planungsräumen 2012-12-31
 Hilfen zur Erziehung nach Bezirksregionen - Stichtag 31.12.2012
 Einwohnerbestand in Altersjahren nach Planungsräumen 2011-12-31
 Hilfen zur Erziehung nach Bezirksregionen - Stichtag 31.12.2011
 Einwohnerbestand in Altersjahren nach Geschlecht und Bezirksregionen 2011-12-31
 Einwohnerbestand in Altersjahren nach Geschlecht und Bezirksregionen 2010-12-31
 Einwohnerbestand in Altersjahren nach Planungsräumen 2010-12-31
 Hilfen zur Erziehung nach Bezirksregionen - Stichtag 31.12.2010
 Einwohnerbestand in Altersjahren nach Planungsräumen 2010-12-31
 Einwohnerbestand in Altersjahren nach Planungsräumen 2009-12-31
 Einwohnerbestand in Altersjahren nach Geschlecht und Bezirksregionen 2009-12-31
 Hilfen zur Erziehung nach Bezirksregionen - Stichtag 31.12.2009
 Einwohnerbestand in Altersjahren nach Planungsräumen 2009-12-31
 Einwohnerbestand in Altersjahren nach Planungsräumen 2008-12-31

nenkreis bekannt gemacht werden und steht für die externe Nachnutzung oder als Grundlage für frei programmierte Apps zur Verfügung. Angestrebt wird, diese Webanwendung zusammen mit dem neuen DUVA-Webkatalog ab Ende 2014 nutzen zu können.

Konzeptionelle Aussicht und Entwicklung

Die Stadt Freiburg wird sicher zu den ersten Anwendern der neuen Möglichkeiten im Bereich Open Data gehören. Die im Laufe der Jahre mit Informationsportalen gesammelten Erfahrungen geben wir gerne an interessierte Kolleginnen und Kollegen weiter.

In ersten Ansätzen ist der mögliche Weg, den Freiburg einschlagen kann, deutlich geworden: Bestehendes wie FR.ITZ, FreiGIS, Beteiligungshaushalt und Ratsinformationssystem weiterentwickeln und für die Zukunft fit machen, aber auch neue Kooperationen eingehen und sich in Zusammenarbeit und in Abstimmung mit anderen Kommunen und Behörden auf Standards und gemeinsame Lösungen einigen. Durch die Tagung ist zudem deutlich geworden, dass der Wandel der öffentlichen Verwaltung ein vielschichtiges und langfristiges Thema ist, das neue Herausforderungen und neue Chancen sowohl für die Verwaltung als auch für die Zivilgesellschaft mit sich bringt. Die Ergebnisse der Tagung und des verwaltungsinternen Workshops mündeten in eine Gemeinderatsvorlage, die am 25.02.2014 vom Gemeinderat einheitlich angenommen und verabschiedet wurde. Darin sind die Ziele und das weitere Vorgehen der Verwaltung für die nächsten zwei Jahre festgehalten. In struktureller Hinsicht



wird eine Koordinierungsstelle geschaffen, deren Aufgaben folgende Bereiche umfassen:

- Koordination (Abstimmung relevanter Aktivitäten),
- Strategie (Abstimmung des weiteren Vorgehens),
- Qualifizierung und Fortbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern,
- Kommunikation und Kooperation (Austausch mit anderen Kommunen und mit der Bürgerschaft).

Darüber hinaus soll eine Arbeitsgruppe aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der maßgeblich beteiligten Ämtern die Arbeit dieser Koordinierungsstelle ergänzen und unterstützen.

Inhaltlich wurden folgende Schwerpunkte für den zentralen Bereich der Datengewinnung und Datenbereitstellung definiert:

- sukzessiver Abgleich und Aufbau städtischer Datenbestände einschließlich entsprechender Metadaten,
- Weiterentwicklung des FR.ITZ-Angebots als ein zentrales Portal sowohl nach außen (kompatibel mit „Open Data“ Kriterien) als auch für die verwaltungsinterne Nutzung,
- Stärkung des Geodatenmanagements und Fortentwicklung des Geoportals FreiGIS,

- Verknüpfung von Sachdaten mit Raumbezügen (Schnittstelle von FR.ITZ zu INSPIRE).

Die Idee ist, dass die kommunale Statistikstelle mit ihren Werkzeugen – DUVA, FR.ITZ – und ihrem Knowhow als zentrale „Datendrehzscheibe“ der Verwaltung fungiert und gleichzeitig den Datenbestand für die Öffentlichkeit einheitlich zugänglich macht. Die Herausforderung besteht demnach einerseits, sukzessive die Datensätze der verschiedenen Ämter zu bergen und aus den diversen Fachverfahren in das metadatenbasierte Informationsmanagementwerkzeug DUVA zu überführen. Und andererseits eine Schnittstelle zu entwickeln, um neben den bereits existierenden Datenangebot in FR.ITZ (Tabellen, Grafiken, Excel, csv etc.) auch ein „standardisiertes, offenes Format“ bereitstellen zu können. Letzteres soll es App-Entwicklern, Programmierern sowie Softwareprogrammen ermöglichen, die Daten dauerhaft und mit Metadaten versehen automatisch abrufen zu können. Der Abruf kann dann entweder direkt im FR.ITZ erfolgen oder über eines der Open-Data-Portale (GovData, Open Data Portal BW), die mit so genannten „Harvestern“ die Freiburger Daten erfassen und abgreifen.

Anmerkungen

- 1 Bundesministerium des Inneren (Hrsg.): Open Government Data Deutschland. Berlin 2012. S. 417 ff.
- 2 An dieser Stelle sei verwiesen auf den Open Data Workshop des VdSt im Januar 2013 in Nürnberg.
- 3 Auf folgender Internetseite können die Vorträge angeschaut bzw. heruntergeladen werden: www.freiburg.de/ogd

Open Data und Bundesstatistik¹

Susanne Schnorr-Bäcker, Wiesbaden

Transparente Verwaltungsstruktur

1. Grundlagen

„Open Data“, d.h. der freie Zugang und die freie Nutzbarkeit von (statistischen) Daten, ist die ureigenste Aufgabe der amtlichen Statistik. Im Folgenden sollen die wichtigsten Vorhaben unter dem Aspekt „Open Data“ für die amtliche Statistik auf nationaler und europäischer Ebene vorgestellt werden. Was Open Data für die Bundesstatistik bedeutet und in welchem Kontext Open Data mit anderen „Open“-Ansätzen im Öffentlichen Bereich zu sehen ist, soll nachfolgend kurz verdeutlicht werden. Gemäß §1 Bundesstatistikgesetz² ist es Aufgabe der Bundesstatistik, laufend Daten über Massenerscheinungen zu erheben, zu sammeln und diese neutral, objektiv und wissenschaftlich unabhängig darzustellen und zu analysieren. Sie ist Voraussetzung für eine am Sozialstaatsprinzip ausgerichtete Politik. Durch diese Daten werden die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Zusammenhänge für Bund und Länder einschließlich Gemeinden und Gemeindeverbände, Gesellschaft, Wissenschaft und Forschung aufgeschlüsselt.³ Nun werden auch andere öffentliche Einrichtungen aufgefordert, ihre Datenangebote analog bereitzustellen. Da die Open Data-Bewegung grundsätzlich Daten und Informationen sämtlicher Datenhaltender Stellen, also auch von nicht-öffentlichen Einrich-

tungen, einschließt, wird in der Praxis von *Open Government Data* gesprochen, wenn es sich um Informationen und Daten von Regierungsstellen und Verwaltungsbehörden handelt. Auch wenn die Forderung nach offenen Daten vor allem aus der öffentlichen Verwaltung nicht neu ist, hat diese jedoch durch die schnelle und weite Verbreitung des Internet allgemein Nachdruck gewonnen und zwar vor allem aus zwei Gründen: Durch moderne Informations- und Kommunikationstechnologien sind einmal sämtliche Informationen – auch statistische – in Form von Zahlen und Texten, Worten und Bildern, durch Digitalisierung ubiquitär geworden. Sie können von nahezu jedem Ort und zu jedem Zeitpunkt abgerufen werden. Zum anderen haben sich die dafür notwendigen Produktionsprozesse gewandelt bzw. befinden sich im Wandel hin zu einer immer stärkeren Automatisierung. In Analogie zu den Änderungen in Gesellschaft und Wirtschaft, gekennzeichnet durch Schlagworte wie E-Commerce oder E-Business, werden die damit verbundenen Änderungen in der öffentlichen Verwaltung auch als E-Government bezeichnet. Für die öffentliche Verwaltung bedeutet *E-Government* einen Wechsel hin zu einer immer stärker automatisierten, häufig auch interaktiven elektronischen Vorgangsbearbeitung und -abwicklung.

Überträgt man die Forderungen der „open“-Ansätze auf das Regierungs- und Verwaltungshandeln, so bezeichnet *Open Government* eine neue, transparente und auf Zusammenarbeit angelegte Verwaltungskultur.⁴ Die vielfältigen Facetten dieses weltweiten Wandels in der öffentlichen Verwaltung reichen von der Schaffung neuer Rechtsgrundlagen bis hin zu Überlegungen, wie eine stärkere Bürgerbeteiligung in politischen Planungs- und Entscheidungsprozessen künftig aussehen könnte. Genannt werden in diesem Zusammenhang häufig drei Teilaspekte, vor allem aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger:

- Transparenz, d.h. eine offenere Verwaltung
- Partizipation, d.h. eine Teilhabe und größere Gestaltungsmöglichkeiten in gesellschaftlichen bzw. politischen Prozessen sowie
- Kollaboration, d.h. eine aktivere und intensivere Zusammenarbeit.

Allgemeine Rechtsregelungen finden sich für Deutschland besonders im Informationsfreiheitsgesetz⁵.

Für Europa gibt es mehrere Initiativen⁶: Allgemeine Ausführungen dazu enthält z.B. die *Ministererklärung unter schwedischer Ratspräsidentschaft 2009 zu eGovernment*.⁷ Gefordert werden unter anderem ein stärkerer Informationsaustausch und eine bessere Zusammenarbeit der

Behörden in der Europäischen Union zum Wohl von Wirtschaft und Gesellschaft. Als notwendig werden „open specifications“ und „national interoperability frameworks“ erachtet im Geist von „open source“.⁸

Es geht dabei vor allem um die Bereitstellung von E-Governmentdienstleistungen, die eine effiziente Zusammenarbeit auf elektronischem Weg zwischen den Mitgliedstaaten und ihren Bürgern ermöglichen.⁹

In Ergänzung dazu wurde in die derzeit gültige europaweite Wachstums- und Beschäftigungsstrategie „Europa 2020“ die so genannte Digitale Agenda für Europa (DAE) als erste von sieben EU-Leitinitiativen am 20. Mai 2010 aufgenommen. Dabei geht es vor allem um die Bereitstellung der notwendigen Infrastrukturen für den elektronischen Datenaustausch (z. B. ein leistungsfähiges Breitbandangebot, neue Speichermöglichkeiten im Rahmen des Cloud-Computing und effiziente Maßnahmen zu Datenschutz und -sicherheit).

2. Open Data-Angebote

In Deutschland sind derzeit vor allem zwei Initiativen zu nennen: Einmal das Open Data-Portal der Bundesregierung und zweitens der Aufbau einer flächendeckenden bundesweiten Geodateninfrastruktur (GDI) für alle föderalen Ebenen.

GovData – Open Data Portal der Bundesregierung

„Das Statistische Bundesamt ist mit seinem Datenangebot aus über 390 Bundesstatistiken Vorreiter für Open Data und leistet einen wichtigen Beitrag zur Open-Government-Initiative.“¹⁰ Dieses Zitat stammt von der Webseite des Bundesministeriums des Innern. Das Daten-

angebot des Statistischen Bundesamtes, vor allem aus der Datenbank GENESIS-Online mit seinen ca. 200 Statistiken und mehr als 300 Millionen Werten auf Landes- und Bundesebene, ist derzeit ein wichtiger Bestandteil von „GovData“¹¹. Dieses Datenportal für Deutschland wurde am 19. Februar 2013 in einer Public Beta Version freigeschaltet. GovData bietet eine Plattform, auf der Daten von Bund, Ländern und Kommunen über einen einheitlichen zentralen Zugang aufgefunden und genutzt werden können. Das Portal ist ein wichtiger Beitrag zur Umsetzung des Regierungsprogramms „Vernetzte und transparente Verwaltung“, zur Nationalen E-Government-Strategie (NEGS)¹² sowie zur Digitalen Agenda europaweit.

Die in dem Datenportal GENESIS der Statistischen Landesämter und des Statistischen Bundesamtes eingestellten Daten erfüllen mit Ausnahme der Vollständigkeit – wie oben bereits dargestellt – uneingeschränkt sämtliche „Open-Kriterien“ wie

- Primärquelle für sogenannte „Rohdaten/“Raw Data“, also datenschutzkonsistente statistische Daten;
- zeitnahe Bereitstellung: „GENESIS first“;
- einfacher Zugang: HTML-Oberfläche;
- Diskriminierungsfreiheit: Anonyme Nutzung;
- dauerhafter Verfügbarkeit: Daten in langen Reihen;
- Maschinenlesbarkeit: Datenformate, Webservices;
- offene Standards und Formate: HTML, CSV, WSDL, SOAP, PNG ...;
- Lizenzierung: Datenlizenz Deutschland Namensnennung;
- Nutzungskosten: Keine.

Das Datenangebot wird ständig erweitert. Auch das flächendeckende kleinräumige Datenan-

bot in der Regionaldatenbank Deutschland – ein Gemeinschaftsprodukt der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder – wird online auf Grundlage der GENESIS-Technologie angeboten. Dieses ist seit dem 4. März 2013 ebenfalls in GovData eingebunden.

Geoportal.de – Geodatenportal Deutschland

Das nationale Geoportal.de – ein gemeinsames Projekt von Bund und Ländern – ermöglicht den zentralen Zugang zu Daten und Diensten der Geodateninfrastruktur (GDI-DE). Die GDI-DE ist Teil des Europäischen Vorhabens INfrastructure for SPatial InfoRmation in Europe (INSPIRE). Durch die gemeinsame Dateninfrastruktur will die Europäische Union gemeinschaftliche umweltpolitische Entscheidungen unterstützen. Die INSPIRE-Richtlinie¹³ gibt den rechtlichen Rahmen für den Aufbau von Geodateninfrastrukturen in den europäischen Mitgliedstaaten vor. In Deutschland wurde die INSPIRE-Richtlinie entsprechend dem föderalen Staatsaufbau einzelgesetzlich in den jeweiligen Geodatenzugangsgesetzen von Bund und Ländern umgesetzt.¹⁴

Unmittelbar nach Vorliegen dieser Rechtsvorschrift wurde unter Vorsitz des IT-Direktors im Statistischen Bundesamt ein Gremium der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder einschließlich eines Vertreters der Städtestatistik eingerichtet. Dieses Gremium diskutiert unter verschiedenen Gesichtspunkten (rechtliche Bedeutung, fachliche Umsetzung, Anwendungs- und Darstellungsmöglichkeiten sowie IT-Umsetzung) die Bedeutung und Umsetzung von INSPIRE für das bundesstatistische Datenangebot. Ergänzend dazu arbeitet das Statistische Bundesamt auch

GENESIS

INSPIRE

Open-Kriterien

in einer thematischen Arbeitsgruppe (TWG) zu Annex III der INSPIRE-Richtlinie auf europäischer Ebene mit. Das Statistische Bundesamt unterstützt – soweit statistikrelevant – die GDI-DE in inhaltlichen Fragen, z. B. im offenen Review-Prozess. Nach dem derzeitigen Sachstand liegen in der Bundesstatistik statistische Daten für die abschließend in der Datenspezifikation „Statistische Einheiten/SU“ aufgeführten Erscheinungsformen (Punkt, Linie, Vektor und Raster) vor. Am weitesten verbreitet sind jedoch Vektordaten für administrative Gebietseinheiten (Gemeinden, Kreise, Länder und Bund). Unbestritten dürfte sein, dass die Bundesstatistik einer der Hauptzulieferer zu dem INSPIRE-Annex III-Themenbereich „Bevölkerungsverteilung – Demografie/PD“ ist. Ob und inwieweit auch für andere Bereiche wie „Gesundheit und Sicherheit/HH“, „Landwirtschaftliche Anlagen und Aquakulturen/AF“, „Gebäude/BU“, „Bodennutzung/LU“, „Versorgungswirtschaft und Staatliche Dienste/US“ aus dem bundesstatistischen Programm statistische Informationen bereitgestellt und über das Geoportal.de zugänglich gemacht werden sollen, ist derzeit noch offen. Ungeachtet dessen haben die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder vereinbart, dass für das gemeinsame Datenangebot die Regionaldatenbank Deutschland¹⁵ die Grundlage für das kleinräumige – auf Kreis- und Gemeindeebene – Datenangebot bieten soll. Welche fachlichen Inhalte von der Bundesstatistik dafür bereitgestellt werden können, ist auf der Grundlage der Durchführungsbestimmungen zur Interoperabilität festzulegen¹⁶. Ungeachtet dessen sind die Daten von GENESIS-Online und der Regio-

naldatenbank Deutschland vollständig im Geoportal.de angebunden.

Kernelement der GDI-DE ist die Nationale Geodatenbasis (NG-DB)¹⁷. Sie ist die Grundlage für ein transparentes, qualitätsgesichertes und redundanzfreies Datenangebot. Auch die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder sind dort als Datenanbieter verzeichnet.

3. Weiterentwicklungen in der Bundesstatistik

In der Bundesstatistik gibt es derzeit zwei unterschiedliche Ansätze zur Weiterentwicklung mit engem Bezug zu Open Data bzw. E-Government.

Dazu gehört erstens die Möglichkeit von Respondenten, ihre Angaben zur Statistik online zu melden. Bereits seit langem können auskunftspflichtige Unternehmen ihre Meldungen für viele Statistiken über moderne Online-Meldeverfahren wie

- IDEV (Internet DatenErhebung im Verbund) und
- CORE (Common Online Rawdata Entry)

über das Internet vornehmen.¹⁸ Durch diese Möglichkeiten soll der Meldeaufwand der Auskunftspflichtigen verringert werden. Auch für die amtliche Statistik ergeben sich Synergieeffekte durch eine zunehmend automatisierte Vorgehensweise bei der Datensammlung bzw. -erhebung, Aufbereitung und Auswertung von statistischen Daten. Das Erhebungsprogramm der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder bietet den Meldern – verbindlich geregelt für berichtspflichtige Betriebe und Unternehmen sowie Stellen der öffentlichen Verwaltung – einen zentralen Zugang zu allen bestehenden Online-Erhebungen der amtlichen Statistik in Deutschland.¹⁹

Zweitens soll das kleinräumige bundesstatistische Datenangebot durch die Nutzung georeferenzierter Angaben erweitert und verbessert werden. Dies ist bislang nur für ausgewählte Statistiken auf einzelgesetzlicher Rechtsgrundlage möglich. Dazu gehören der Agrarzensus 2010, die Straßenverkehrsunfallstatistik sowie ausgewählte Umweltstatistiken. Eine generelle Rechtsgrundlage ist im Rahmen des so genannten E-Government-Gesetzes²⁰ geschaffen worden. Danach sollen Personen beziehbare Daten in geografischen Gitterzellen eines standardisierten – auch INSPIRE-konformen – Gitternetzes gespeichert werden. Für die Einheiten der Wirtschafts- und Umweltstatistiken sollen ergänzend zu den derzeit bereits vorhandenen Angaben auch die Geokoordinaten als Merkmale gespeichert werden dürfen. Derartige Regelungen ermöglichen kleinräumige und flexible Auswertungen, die auch Vergleiche im Zeitablauf zulassen. Auch wenn die Umstellung auf Gitterzellen aufgrund der Zuordnung von Erhebungseinheiten zu Gitterzellen und den damit verbundenen Problemen wie Adressstandardisierung zunächst einen hohen Aufwand erfordert, lassen sich dadurch für die Zukunft Effizienzgewinne realisieren.

4. Ausblick

Open Data ist der erste Schritt hin zu Open Government und E-Government. Die Bundesstatistik hat hier derzeit nicht zuletzt aufgrund ihres gesetzlichen Auftrages eine Vorrangstellung. Durch ihren föderalen Aufbau und die Bereitstellung eines breiten und tiefen Datenangebots im Internet hat sie sich bereits frühzeitig mit den Anforderungen auseinander-

gesetzt, die ein gemeinsames Datenangebot erst ermöglichen. Die Standardisierung und Harmonisierung der Vorgehensweisen, insbesondere ihrer Komponenten und Teilschritte, ist für die teilnehmenden öffentlichen Einrichtungen zwingend Voraussetzung für eine gemeinschaftliche Darstellung von statistischen Daten und anderen Informationen. Ob und wie weit eine einzelne Behörde dabei folgen kann oder möchte, hängt vor allem von ihrem jeweiligen Aufgabenspektrum, den zur Verfügung stehenden Ressourcen und der allgemeinen Informationspolitik ab. Letztlich bietet Open Data eine Chance für alle Beteiligten – Nutzern, wie Bürgerinnen und Bürgern sowie öffentlichen Einrichtungen – da hierdurch Synergieeffekte sowohl in inhaltlicher wie auch in technischer Hinsicht geschaffen werden können. Nur durch ein transparentes Datenangebot erscheint es möglich, sich auf die Kernkompetenzen zu konzentrieren. Ein weitgehend automatisierter Work-flow ermöglicht darüber hinaus allen Beteiligten Effizienzgewinne.

Anmerkungen

- 1 Zum Vortrag auf dem VDSt-Workshop "Open Data" am 24./25. Januar 2013 in Nürnberg; aktualisierte Fassung vom 14. März 2014.
- 2 Siehe dazu § 1 Bundesstatistikgesetz vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), das zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2749) geändert worden ist.
- 3 Vgl. ebenda.
- 4 Siehe dazu auch auf Bundesebene die Ausführungen des Bundesministerium des Innern: http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Moderne-Verwaltung/Open-Government/open-government_node.html;jsessionid=1168598C549F7C6E56211EE99DA79437.2_cid364
- 5 Informationsfreiheitsgesetz vom 5. September 2005 (BGBl. I S. 2722), das durch Artikel 2 Absatz 6 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist.
- 6 Siehe dazu auch die verschiedenen Initiativen für die Europäische Union: <http://ec.europa.eu/digital-agenda/en>; sowie die Quellenangaben zu E-Government bei Wikipedia: http://en.wikipedia.org/wiki/EGovernment_in_Europe
- 7 Ministerial Declaration on eGovernment approved unanimously in Malmö, Sweden, on 18 November 2009.
- 8 Ebenda, Randziffer 21.
- 9 So heißt es „We will enable and support the creation of seamless cross-border eGovernment services by focusing our efforts on these life-stages. Providing cross-border eGovernment services and enabling efficient electronic cooperation between Member States should make mobility for citizens easier and less costly.“, ebenda, Randziffer 15.
- 10 http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Moderne-Verwaltung/Open-Government/open-government_node.html;jsessionid=1168598C549F7C6E56211EE99DA79437.2_cid364
- 11 Siehe <https://www.govdata.de/>
- 12 In dieser grundlegenden Strategie der IT-Planung haben sich Bund, Länder Gemeinden zum ersten Mal darauf geeinigt, wie die elektronische Abwicklung von Verwaltungsangelegenheiten über das Internet weiter entwickelt wird; siehe http://www.it-planungsrat.de/DE/Strategie/negs_node.html
- 13 Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2007 zur Schaffung einer Geodateninfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft (INSPIRE), ABl. L 108 vom 25.4.2007, S. 1–14.
- 14 Auf Bundesebene siehe: Geodatenzugangsgesetz vom 10. Februar 2009 (BGBl. I S. 278), das durch Artikel 1 des Gesetzes vom 7. November 2012 geändert worden ist.
- 15 Siehe <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/logon>
- 16 Siehe <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2013:331:0001:0267:EN:PDF>
- 17 Siehe <http://www.geoportal.de/DE/GDI-DE/NGDB/ngdb.html?lang=de> bzw. http://geoportal.bkg.bund.de/nn_78634/DE/Geoviewer/NG-DB/NGDBViewerseite.html; zu den darin bislang enthaltenen Produkten siehe auch http://141.74.33.52/ngdb-liste/produkte_all_print.aspx
- 18 Zu weiteren Informationen siehe auch <http://www.statistikportal.de/statistik-portal/datenonline.asp>
- 19 Siehe <https://erhebungsportal.estatistik.de/Erhebungsportal/#3oBzt5halF/wie-funktioniert>
- 20 Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung sowie zur Änderung weiterer Vorschriften vom 25. Juli 2013 (BGBl. 2013, Teil I Nr.43, S. 2749), siehe dazu auch http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/IT-Netzpolitik/E-Government/E-Government-Gesetz/e-government-gesetz_node.html

Über Statistik:

Wer bei der Datenerhebung den dicken Daumen zulässt, veredelt die Informationen nicht dadurch, dass er sie mit der neusten Software verarbeitet.

Das Scoring-Modell von Drescher & Cie

Dirk Arning, Köln

Vergleich von Fondsleistungen

Wer sich an seine Schulzeit erinnert, erinnert sich wahrscheinlich auch daran, dass manche Lehrer sehr sparsam bei der Vergabe guter Noten waren, während andere die „Einsen“ und „Zweien“ inflationär unter Volk warfen. Das war der Aussagekraft von Noten nicht gerade dienlich. Einerseits soll eine Note für sich allein stehend aussagekräftig sein. Andererseits relativiert sich ein Zeugnis voller „Einser“, wenn jeder zweite Schüler ein solches bekommt. Und immer wenn Leistungen schließlich in einer einzigen Note zusammengefasst werden, gehen die Einzelaspekte verloren und es stellt sich die Frage: „Wie gerecht, wie aussagekräftig ist diese Note?“

Die Leistungen von Fondsmanagern in einer einzigen Zahl zusammenzufassen erscheint auf den ersten Blick vergleichsweise leicht: Wie hoch ist die erzielte Rendite? Doch sofort schließen sich daran weitere Fragen an: In welchem Zeitraum? In welchem Kapitalmarktumfeld? Und bei welchem Risiko?

Gleiches Anlageuniversum

Dem Kundenwunsch, verschiedene Vergangenheitsdaten von Investmentfonds zu einem einzigen Scoring-Wert zusammenzufassen, entspricht das auf Beratungsdienstleistungen für die Fonds-Branche spezialisierte Unternehmen Drescher & Cie mit seinem eigenen Scoring-Verfahren. Die Aufgabenstellung bestand darin, eine Methode zu definieren, die verfügbare

Daten über die Vergangenheitsleistungen von Fonds zu einer einzigen Zahl zusammenfasst. Dieser Scoring-Wert ermöglicht es, die Leistung eines Fonds relativ zu vergleichbaren Fonds zu beurteilen, ohne sich die Scoring-Werte aller anderen Fonds gleichzeitig ansehen zu müssen. Auch wenn sich jeder Nutzer dieser Scorings bewusst sein muss, dass die Vergangenheitsdaten nur begrenzt Rückschlüsse auf die Zukunft zulassen, besteht doch der Wunsch, eine signifikante Leistungssteigerung des Fondsmanagements, oder wichtiger noch, einen Leistungsabfall, mittels der Scoring-Werte möglichst früh zu erkennen.

Anlageuniversum

Um nicht die sprichwörtlichen Äpfel mit anderen Obstsorten zu vergleichen, wird das Scoring-Verfahren jeweils nur auf Gruppen vergleichbarer Fonds angewendet. „Vergleichbarkeit“ in diesem Sinne macht sich vor allem daran fest, dass sich die Fonds im gleichen „Anlageuniversum“ bewegen, d.h. nach Art der Wertpapiere (Aktien, Anleihen, ...), nach geografischer Beschränkung (Deutschland, Euro-Zone, weltweit, ...) oder thematischer Spezialisierung (Rohstoff-, Immobilien-, Technologie-Branche usw.) gleich ausgerichtet sind. Nicht berücksichtigt wird dabei in der Regel, auf welche Art und Wei-

se sie sich „ihrem“ Anlageuniversum nähern und wie sie bei ihren Anlageentscheidungen im Einzelnen vorgehen, denn gerade diese unterschiedlichen „Investmentprozesse“ führen zu unterschiedlichen Ergebnissen und damit letztendlich unterschiedlichen Scoring-Werten.

Dimension Zeit

Dass Vergangenheitsdaten nicht immer gute Rückschlüsse auf die Leistungen in der Zukunft zulassen, kann man gar nicht oft genug unterstreichen. Die Vergangenheit statistisch zu erfassen, ist dennoch legitim und nicht immer irreführend. Wer allerdings die (relativen) Leistung eines Investmentfonds bzw. seines Managements über einen Zeitraum von Jahrzehnten zur Grundlage seiner Benotung macht, lässt außer Acht, dass sich Strategien von Fonds über solche Zeiträume in der Mehrheit der Fälle verändert haben. Zudem sind Fondsmanager im Durchschnitt nur sechs Jahre für einen Fonds verantwortlich. Der Erwartungswert dafür, wie lange ein Fondsmanager seinen aktuellen Fonds schon managt, liegt mithin bei etwa drei Jahren. Der Beobachtungszeitraum über die jeweils jüngsten 36 Monate hat sich bei der Beurteilung von Investmentfonds bewährt. Weil sich aber signifikante Leistungssteigerungen und -verluste möglichst frühzeitig im Scoring niederschlagen

sollen, wird der jeweils jüngste Zwölf-Monats-Zeitraum verstärkt einbezogen. Dazu werden Kennzahlen und Teil-Scorings sowohl über 36 als auch über 12 Monate berechnet. Weil der jeweils jüngste 36-Monats-Zeitraum stets den jüngsten 12-Monats-Zeitraum einschließt, haben die Leistungen des Fonds in den jüngsten 12 Monaten im Endergebnis ein höheres Gewicht als die 24 Monate davor, die nur im 36-Monatszeitraum enthalten sind.

Dimension Risiko

Die Kapitalmarkttheorie kennt den Zusammenhang zwischen der (langfristigen) Rendite und dem eingegangenen Risiko: Wer ein höheres Risiko eingeht, verdient eine „Risikoprämie“ und kommt damit auf eine höhere Rendite. Allerdings nicht in jedem Einzelfall, denn sonst wäre es ja kein Risiko mehr. Als Maß für das Risiko gilt die den Statistikern hinlänglich bekannte Standardabweichung. So wie es üblich ist, Renditen als „per anno“-Renditen jeweils auf ein Jahr umgerechnet anzugeben, wird auch die Standardabweichung

annualisiert und heißt dann „Volatilität“. Eine Regressionsanalyse über die Ergebnisse der Fonds, d.h. erzielte Renditen und Volatilitäten, ergibt über den jeweiligen Betrachtungszeitraum gleichsam ein „durchschnittliches“ Verhältnis von Rendite zu Risiko. Und damit lässt sich auch ausrechnen, welche Rendite ein Fonds hätte erzielen müssen, um seinem Risiko gerecht zu werden. Die Differenz zur tatsächlich erzielten Rendite wird als „Jensen Alpha“ bezeichnet. Diese risiko-relative Kennzahl wird im Rahmen des Scorings für jeden Fonds sowohl über 12 als auch 36 Monate berechnet.

Verdichtung zu einer Zahl

Für jeden zu bewertenden Fonds liegen nun die Renditen über 12 und 36 Monate und die Jensen Alpha über 12 und 36 Monate vor. Für jedes dieser vier Merkmale wird im nächsten Schritt ein Teil-Scoring-Wert berechnet. Diese sind auf den Wertebereich von 0 bis 100 definiert, wobei der Median jeweils den Wert 50 erhält. Der jeweils schlechteste

Fonds bei einem Kriterium (niedrigste, ggf. „negativste“ Rendite bzw. Jensen-Alpha) erhält also den Wert Null, der jeweilige „Median-Fonds“ (durchschnittliche Rendite bzw. Jensen-Alpha) erhält den Wert 50 und der jeweils beste Fonds (höchste Rendite bzw. Jensen-Alpha) bekommt den Wert 100. Der Gesamt-Score für einen Fonds ergibt sich im letzten Rechenschritt als arithmetisches Mittel aus den vier Teil-Scoring-Werten. Der so ermittelte Fonds-Scoring-Wert erlaubt es, die Leistungen eines Fonds bzw. Fondsmanagements relativ zur relevanten Vergleichsgruppe zu beobachten: Scoring-Werte um 50 herum zeigen „in etwa durchschnittliche“ Leistungen. Werte über 50 bedeuten, dass der Fonds „in der besseren Hälfte“ vergleichbarer Fonds liegt, Werte darunter „die schlechtere Hälfte“. Nur wenn ein Fonds über ein und drei Jahre, absolut und risiko-relativ jeweils der Beste war, kann er die Bestnote 100 erreichen. Umgekehrt wird zur „Null“ nur derjenige erklärt, der absolut und risiko-relativ über beide Zeiträume der Schlechteste war.

Standardabweichung – Volatilität

Bestnote: 100

1964 – ein besonderes Jahr

Martin Schlegel, Hagen

Da präsentiert man 10, 20 oder 30 Zahlen und dann schickt jemand eine kleine Mail und man sagt sich: „Hätte ich das doch vorher gewusst.“

In Ausgabe 1/ 2014 hatte ich 50 Jahre zurückgeblickt und einige Daten aus 1964 vorgestellt. Daraufhin kam von Johann Fuchs

eine Nachricht, die neben Kommentaren zur aktuellen Ausgabe auch folgenden Satz enthielt: „Für die Rubrik ‚1964‘ auf Seite 22 hätte ich übrigens noch eine Ergänzung: Mit 1.357.304 Geburten das Jahr mit den meisten Geburten nach dem Krieg.“ Ein Punkt mehr, 1964 als besonderes Jahr anzusehen.

Was ist und was anders werden sollte

Rechtsgrundlagen

der Kommunalstatistik

Franz Abele, Stuttgart

1. Regelungspluralismus im Föderalismus

Die Rechtsgrundlagen der Kommunalstatistik sind im föderativen Staatswesen Deutschlands primär in Landesgesetzen geregelt. Regelungen finden sich auch im Bundesstatistikgesetz (BStatG) und in Fachgesetzen. Die Vorschriften in den Landesgesetzen haben eine sehr unterschiedliche Breite und Tiefe. Die Spanne reicht von der gesetzlichen Einbindung der Kommunalstatistik in die amtliche Statistik durch Landesstatistikgesetze, wie zum Beispiel in Baden-Württemberg, bis dahin, dass in einem Bundesland kein Landesstatistikgesetz (LStatG) vorhanden ist (Nordrhein-Westfalen) und die Kommunalstatistik dort auf der Grundlage des Landesdatenschutzgesetzes und der Landesverfassung durchgeführt wird. (vgl. Abbildung 1). Gemeinsamer Tenor ist,

dass die Kommunen im Rahmen des Selbstverwaltungsrechts nach Artikel 28 Grundgesetz (GG) (Art. 71 Verfassung des Landes Baden-Württemberg) kommunale Statistiken zur Wahrnehmung gemeindlicher Aufgaben durchführen können. Die Verfassungsrechtsprechung zum Volkszählungsurteil 1983 sieht zur Erfüllung des Sozialstaatsgebots des Art. 20 GG die Statistik als unentbehrliche Handlungsgrundlage.

Damit postuliert sie für alle föderativen Ebenen die Pflicht, als Grundlage einer planvollen, bedarfsgerechten Steuerung der Entwicklung, in ihrem Zuständigkeitsbereich eine entsprechend umfassende, stets aktuelle statistische Informationsbasis über die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Verhältnisse des Gemeinwesens bereitzustellen. Diese Grundsätze wurden sinngemäß auch in die Begründung für die Regelung kommunalstatistischer Aktivitäten der Landesstatistikgesetze übernommen.

Da die Sammlung von Daten und die Durchführung von Befragungen bei den Bürgern Eingriffscharakter haben, sind sie nur unter gesetzlich geregelten, einschränkenden Voraussetzungen zulässig. Diese richten sich nach ebenfalls in der Verfassungsrechtsprechung festgelegten Grundsätzen zum Schutz des Einzelnen gegen unbegrenzte Erhebung, Speicherung, Verwendung und Weitergabe

seiner persönlichen Daten. Sie basieren auf dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht des Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG. Einschränkungen dieses Rechts auf „informationelle Selbstbestimmung“ sind danach nur im überwiegenden Allgemeininteresse zulässig und bedürfen einer verfassungsgemäßen gesetzlichen Grundlage. Diese muss den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beachten und organisatorische sowie verfahrensrechtliche Vorkehrungen treffen, die der Gefahr einer Verletzung des Persönlichkeitsrechts entgegenwirken. Da die Informationserhebung und -verarbeitung für statistische Zwecke keine enge und konkrete Zweckbindung verlangt, hat der Gesetzgeber die entsprechenden datenschutzrechtlichen Schranken des Statistikrechts enger gesetzt als die der Informationsverarbeitung im allgemeinen Verwaltungsbereich.

2. Kommunalrelevante gesetzliche Regelungen

2.1 Regelungen im Bundesstatistikgesetz

Das BStatG sieht nach den Ausführungen in der Gesetzesbegründung die Kommunalstatistik als Teil des föderativ gegliederten Gesamtsystems der amtlichen Statistik.¹ Die Schaffung sogenannter „abgeschotteter

Abb. 1

Quellen mit Regelungen für die Kommunalstatistik
Grundgesetz
Landesverfassungen
Bundesstatistikgesetz
Landesstatistikgesetze
Landesdatenschutzgesetze
Kommunalstatistiksatzen
Satzungen/Anordnungen für Befragungen
Übermittlungsvorschriften in Spezialgesetzen
EU-Verordnungen

Bereiche“ zur Sicherung des Datenschutzes und der statistischen Geheimhaltung bezieht sich auch auf Kommunen. Hierbei stellt der § 16 Abs. 5 BStatG für die Gemeinden eine grundsätzliche Regelung dar, indem er die Übermittlung von Daten aus Bundesstatistiken unter der Voraussetzung zulässt, dass abgeschottete kommunale Statistikstellen eingerichtet sind. Für die Übermittlung regelt § 16 Abs. 5 BStatG konkret, dass für ausschließlich statistische Zwecke das Statistische Bundesamt und die statistischen Ämter der Länder Einzelangaben an kommunale Statistikstellen übermitteln dürfen. Dies gilt allerdings nur unter der Voraussetzung, dass es in dem die Statistik anordnenden Gesetz vorgesehen ist und Art und Umfang der zu übermittelnden Einzelangaben bestimmt sind. In § 16 Abs. 8 BStatG wird darauf hingewiesen, dass die Einzelangaben nur für die Zwecke verwendet werden dürfen, für die sie übermittelt werden. Für die Gemeinden bedeutet diese Zweckbindung, dass die Übermittlung für ausschließlich statistische Zwecke (nicht den Verwaltungsvollzug) erfolgt, die Daten innerhalb der Statistik aber ungebunden verwendet werden können. Im Gegensatz zur Übermittlung gem. § 16 Abs. 6 BStatG an die Wissenschaft ist für die Statistikstellen der Kommunen demgemäß auch keine Löschungspflicht nach Durchführung eines bestimmten Vorhabens vorgegeben. Auch in anderen Gesetzen, wie zum Beispiel dem § 53 Abs. 4 bis 7 Sozialgesetzbuch II, wo die Übermittlung von Daten der Arbeitsmarkt- und Grund sicherungsstatistik durch die Bundesagentur für Arbeit an Kreise und Gemeinden geregelt ist, wird auf § 16 Abs. 5 Satz 2 BStatG verwiesen – vgl. hierzu auch Punkt 2.3.

Bezüglich der kleinräumigen Gliederung der Ergebnisse wird festgelegt, dass bei Bundesstatistiken der Name der Gemeinde, die Blockseite und die geografische Gitterzeile für die regionale Zuordnung der Erhebungsmerkmale auf Dauer genutzt werden dürfen, die übrigen Teile der Anschrift aber nur bis zu vier Jahren nach der jeweiligen Erhebung für deren Zuordnung zu verwenden sind, falls keine spezialgesetzlichen Regelungen vorliegen (§ 10 BStatG)².

Die Regelung in § 4 des Bundesstatistikgesetzes, dass im Statistischen Beirat, der das Statistische Bundesamt in Grundsatzfragen berät, auch je ein Vertreter der kommunalen Spitzenverbände mitwirkt, bietet die Chance, frühzeitig kommunale Interessen bei grundsätzlichen Angelegenheiten einzubringen. Ferner sieht § 5 BStatG vor, dass bei der Anordnung von Bundesstatistiken das Informationsbedürfnis der Länder berücksichtigt werden soll, was die Gemeinden und Gemeindeverbände mit einschließt.

2.2 Regelungen in den Landesstatistikgesetzen

2.2.1 Kommunalstatistik und kommunale Selbstverwaltung

Den Gemeinden ist das Recht zur eigenverantwortlichen Planung und Regelung aller Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze verfassungsrechtlich garantiert. Die am Grundgesetz orientierte und nach den örtlichen Gegebenheiten und Bedürfnissen ausgerichtete rationale kommunale Aufgabenerfüllung setzt die Beschaffung der hierfür notwendigen Informationen voraus. Damit ist die Kommunalstatistik als ein Instrument der Beschaffung von Informationen über die Gegenstände kommunalen

Verwaltungshandelns Voraussetzung kommunaler Selbstverwaltung.³ Mit der Schaffung von Regelungen zur Durchführung von Kommunalstatistiken kamen die Landesgesetzgeber also ihrer verfassungsrechtlichen Verpflichtung nach, den Kommunen die wegen des Eingriffscharakters statistischer Primär- oder Sekundärerhebungen erforderlichen gesetzlichen Vorschriften zu schaffen. Notwendig waren insbesondere organisatorische und verfahrensrechtliche Regelungen zur Gewährleistung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung der Betroffenen bei der Durchführung von Kommunalstatistiken. So wird zum Beispiel in der Gesetzesbegründung des baden-württembergischen Landesstatistikgesetzes ausgeführt: „Diese Vorgaben des BVerfG sind auch im Bereich der Landes- und Kommunalstatistik umzusetzen, damit für landes- und kommunalstatistische Erhebungen eine verfassungskonforme Grundlage besteht“⁴.

Die in den Landesgesetzen die Kommunalstatistik betreffenden Regelungen umfassen im Wesentlichen drei Bereiche: die Einrichtung besonderer Verwaltungsstellen für statistische Aufgaben in Verbindung mit den Vorgaben zu Datenschutz, statistischer Geheimhaltung und Datenweitergabe, die Durchführung eigener primärstatistischer Erhebungen sowie die Übermittlung, Speicherung und sekundärstatistische Auswertung von Daten anderer Verwaltungsbereiche und die Übermittlung von Einzelangaben aus Landes- und Kommunalstatistiken – vgl. Abbildung 2.

2.2.2 Einrichtung abgeschotteter Statistikstellen

Zwingende gesetzliche Voraussetzung für die Durchführung von Kommunalstatistiken

Übermittlung von Einzeldaten

Ungebundene Verwendung

Bundesland	Rechtsgrundlage	Einrichtung Kommunale Statistikstellen	Ermächtigung für kommunale Erhebungen	Regelung zur Übermittlung von Daten des Verwaltungsvollzugs
Baden-Württemberg	LStatG 1991	§ 9 Abs. 1 bis 5, 7 LStatG.	§ 8 LStatG	§ 9 Abs. 6 LStatG
Bayern	BayStatG 1990	Art. 24 BayStatG	Art. 23 BayStatG	Art. 23 BayStatG
Berlin	LStatG 1992	§ 3, 4 LStatG	§ 6 LStatG	§ 2, 4, 22 LStatG
Brandenburg	BbgStatG 1996	§ 11 Abs. 1 bis 3, 5, 6 BbgStatG	§ 10 BbgStatG	§ 11 Abs. 4 BbgStatG
Bremen	LStatG Bremen 1989	§ 3 u. 5 LStatG	§ 4 LStatG	§ 11 i. V. mit § 3 LStatG
Hamburg	HmbStatG 1991	§ 5, 7 HmbStatG	§ 2 HmbStatG	§ 8 HmbStatG
Hessen	HessLStatG 1987	§ 12 Abs. 1 bis 3, 5 HessLStatG	§ 10 Abs. 4 HessLStatG	§ 12 Abs. 4 HessLStatG
Mecklenburg-Vorpommern	LStatG M-V 1994	§ 11 LStatG M-V	§ 10 LStatG M-V	§ 5 LStatG M-V
Niedersachsen	NStatG 1988	§ 3 und 9 NStatG	§ 2 und 3 NStatG	§ 3 Abs. 1 NStatG
Nordrhein-Westfalen	Datenschutzgesetz NRW	§ 32 DSGNRW		§ 31 DSGNRW
Rheinland-Pfalz	LStatG 1987	§ 8 i. V. mit § 5 LStatG	§ 8 Abs. 1 bis 3 LStatG	§ 8 Abs. 3 LStatG
Saarland	SLStatG 1989	§ 13 SLStatG	§ 12 SLStatG	§ 12 SLStatG
Sachsen	SächsStatG 1993	§ 9 SächsStatG	§ 8 SächsStatG	§ 9 Abs. 6 SächsStatG
Sachsen-Anhalt	StatG-LSA 1995	§ 7 StatG-LSA	§ 6 StatG-LSA	§ 6 StatG-LSA
Schleswig-Holstein	LStatG 1991	§ 7 Abs. 4 bis 9 LStatG	§ 7 Abs. 1 und 2 LStatG	§ 7 Abs. 1 u. 2 LStatG
Thüringen	ThürStatG 1992	§ 22, 20 ThürStatG	§ 22, 23, 20 ThürStatG	§ 22 ThürStatG

Abb. 2

Organisatorische Trennung

ist die Einrichtung besonderer Verwaltungsstellen. Diese sind räumlich, organisatorisch und personell von den übrigen Verwaltungsstellen der kommunalen Körperschaft zu trennen (Kommunale Statistikstelle). Räumliche Trennung bedeutet, dass jede andere Nutzung dieser Räumlichkeit, sei es für Verwaltungsvollzugsaufgaben oder für andere Verwaltungsaufgaben unzulässig ist und umgekehrt sämtliche statistische Arbeiten der Statistikstelle grundsätzlich in den abgeschotteten Räumen verrichtet werden. Organisatorische Trennung bedeutet, dass es sich um eine von anderen Organisationseinheiten getrennte Verwaltungseinheit handelt, für die klare Regelungen über Leitung und Dienstaufsicht gelten. Weiterhin ist die kommunale Statistikstelle mit eigenem Personal auszustatten, das während der statistischen Tätigkeit nicht mit Aufgaben des Verwaltungsvollzugs betraut sein darf. Falls eine ständige Besetzung der Statistikstelle nicht möglich ist, kann Personal tageweise in den Statistikbereich pendeln, darf jedoch im anderen Bereich keine Verwaltungsaufgaben verrichten, die mit belastenden oder begünstigenden Maßnahmen gegenüber einzelnen Kunden zu tun haben.

Einige Landesstatistikgesetze verlangen für die Einrichtung und Abschottung der kommunalen Statistikstelle eine Satzung, in anderen Ländern genügt hierfür eine Verwaltungsvorschrift. Für Baden-Württemberg ist geregelt, dass die Abschottungsvorgaben in einer schriftlichen Dienstanweisung des Bürgermeisters festzulegen und die Einrichtung der Statistikstelle ortsüblich bekanntzugeben sowie dem Statistischen Landesamt, der Rechtsaufsichtsbehörde und dem Landesbeauftragten für den Datenschutz schriftlich anzuzeigen ist (§ 9 Abs. 3 u. Abs. 5 LStatG Baden-Württemberg).

2.2.3 Durchführung eigener Erhebungen

Die Ermächtigung der Kommunen durch die Landesstatistikgesetze, eigene Erhebungen durchführen zu können, ist rechtssystematisch der Regelung für Bundes- und Landesstatistiken ähnlich. Sie räumt jedoch in den einzelnen Landesgesetzen den Kommunen ein unterschiedliches Kompetenzspektrum ein, das von ausschließlich freiwilligen Erhebungen bis dahin reicht, dass wie bei vielen Landes- und Bundesstatistiken üblich, statistische Befragungen auch mit

Auskunftspflicht durchgeführt werden können.

Das LStatG Baden-Württemberg (BW) zum Beispiel ermächtigt im § 8 Abs. 1 zur Durchführung von Primärerhebungen mit Auskunftspflicht, die dann aber einer Satzung bedürfen. Freiwillige Erhebungen können durch eine sogenannte Anordnung des Bürgermeisters geregelt werden. Satzung oder Anordnung müssen inhaltlich den gleichen Anforderungen genügen wie die Rechtsvorschriften, mit denen Landesstatistiken angeordnet werden⁵. Zu den grundsätzlich geforderten Inhalten gehören das Erhebungsprogramm, die Hilfsmerkmale, die Art und Weise der Erhebung (z.B. Totalerhebung oder Stichprobe), der Zeitraum und der Zeitpunkt, auf den sich die statistischen Daten beziehen, die zeitlichen Abstände wiederkehrender Erhebungen und der Kreis der zu Befragenden. Die Befugnis für Befragungen mit Auskunftspflicht ist dahingehend eingeschränkt, dass sie nur zulässig ist, wenn statistische Einzelangaben oder Tabellen zu einem bestimmten Informationsbereich den Kommunen nicht vom Statistischen Landesamt zur Verfügung gestellt werden können (z.B. § 8 Abs. 2 LStatG BW).

Dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz entsprechend wird damit eine mit Auskunftspflicht belegte Doppelbefragung des Bürgers ausgeschlossen. Die so festgeschriebene Subsidiarität der Kommunalstatistik im Verhältnis zur sonstigen amtlichen Statistik verleiht den Statistischen Landesämtern allerdings nicht die Befugnis, anstelle der Kommunen Erhebungen durchzuführen. Sie greift auch nur dann, wenn die Landes- oder Bundesstatistik die benötigten Daten auch liefern kann und der Übermittlung keine rechtlichen Hindernisse entgegenwirken.

Für die Durchführung eigener Erhebungen gelten weitere formale Vorschriften der Landesstatistik analog, wie zum Beispiel die Gewährleistung des Statistikgeheimnisses (§ 14 LStatG BW) und die schriftliche Unterrichtungspflicht gegenüber den Befragten (§ 16 LStatG BW).

2.2.4 Kommunale Sekundärstatistiken und Datenübermittlung aus Bundes- und Landesstatistiken

In den Landesstatistikgesetzen wird den Kommunen auch die Möglichkeit eingeräumt, die im Rahmen ihrer Verwaltungstätigkeit angefallenen Daten zu ausschließlich statistischen Zwecken an ihre abgeschotteten Statistikstellen weiterzugeben und dort auszuwerten. Den kommunalen Körperschaften ist es damit erlaubt, unter grundsätzlicher Aufhebung des Zweckbindungsgebots sämtliche in ihrem Verwaltungsbereich befindliche Daten sekundärstatistisch auszuwerten und die Einzeldaten für spätere Verwertungen ohne Zeitbeschränkung vorzuhalten. Einschränkend ist in den Landesstatistikgesetzen (Baden-Württemberg § 9 Abs. 6) jedoch bestimmt, dass die Weitergabe nur insoweit möglich ist, als dass die Auswertungen zur Wahrnehmung der Aufgaben der Gemeinde erforderlich sind und gesetzliche Weitergabeverbote nicht entgegenstehen. Auch gilt die Einschränkung wie bei Primärerhebungen, dass eine Übermittlung nur zulässig ist, wenn Daten nicht vom Statistischen Landesamt zur Verfügung gestellt werden können. Regelmäßige Weitergaben der Daten der Fachämter an die Statistikstelle bedürfen in den meisten Bundesländern einer Satzung (Baden-Württemberg § 9 Abs. 6 Satz 3 LStatG). Ab-

bildung 3 zeigt unter anderem die Themenbereiche, für deren Weitergabe bisher in der Landeshauptstadt Stuttgart eine Satzungsregelung besteht. Die Übermittlung von Einzeldaten aus Bundes- und Landesstatistiken an kommunale Statistikstellen ist in den Landesstatistikgesetzen mit ähnlichem Wortlaut wie im Bundesstatistikgesetz geregelt. Zum Beispiel sieht § 15 Abs. 1 LStatG BW die Übermittlung unter folgenden Voraussetzungen vor: sie muss ausschließlich statistischen Zwecken dienen, in einer landesstatistischen Rechtsvorschrift vorgesehen sein und Art und Umfang der zu übermittelnden Einzelangaben müssen bestimmt sein.

2.3. Weitere Regelungen für Datenübermittlungen an Kommunen

Regelungen zur Übermittlung von Daten an Gemeinden sind auch in Spezialgesetzen, wie zum Beispiel dem Sozialgesetzbuch (SGB), vorhanden. Dabei wird, wie bei den Übermittlungsregelungen in Statistikgesetzen, als Vorbehalt auf § 16 Abs. 5 Satz 2 BStatG verwiesen, der als Voraussetzung einer Datenübermittlung das Vorhandensein einer abgeschotteten kommunalen Statistikstelle verlangt. Abbildung 4 zeigt Fundstellen für Weitergaberegulungen in Gesetzen. Eine für die Kommunalstatistik sehr wichtige Quelle stellt § 53 Sozialgesetzbuch II dar, in dem die Übermittlung der Daten der Arbeitsmarkt- und Grundsicherungsstatistik durch die Bundesagentur für Arbeit geregelt ist. Die Datenweitergabe wurde für diesen Bereich durch das Gesetz zur Fortentwicklung der Grundsicherung (GSiFoG)⁶ im Jahr 2006 erweitert, indem in § 53 Sozialgesetzbuch II die Absätze 4 bis 7 neu eingefügt wurden.

Datenquellen der Kommunalstatistik	
Datenübermittlung aus Fachämtern	
zum Beispiel	Einwohnerbestand u. -bewegung, Flächennutzung, Bildungs-, Finanz-, Sozialdaten, Kfz-Statistik, Infalldaten
Eigene Erhebungen	
zum Beispiel	Bürgerumfrage, Mietspiegel- u. Wohnungsmarktbefragung, Jugendbefragung, Alterssurvey, Kundenbefragungen
Übermittlung aus Bundes- und Landesstatistiken	
zum Beispiel	Baustatistik, Unternehmensregister, Fremdenverkehr, Jugendgerichtshilfe, Schulstatistik, Zensus, Mikrozensus, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung
Datenübermittlung aus anderen Quellen	
zum Beispiel	Arbeitsmarkt und Grundsicherung kleinräumige Einkommensteuerstatistikdaten Daten der Kammern

Abb. 3

Beispiele gesetzlicher Übermittlungsregelungen bei Abschottung	
Gesetz	Fundstelle
Straßenverkehrsunfallstatistikgesetz 1990	§ 5 Abs. 2
Hochbaustatistikgesetz 1998	§ 9 Abs. 2
Statistikregistergesetz 1998	§ 9
Finanz- u. Personalstatistikgesetz 2006	§ 14 Abs. 3
Überschuldungsstatistikgesetz 2011	§ 8 Abs. 2
Zensusgesetz 2011	§ 22 Abs. 2
Sozialgesetzbuch II	§ 53
Sozialgesetzbuch III	§ 282a
Sozialgesetzbuch XII	§ 127

Abb. 4

Aus dem Wortlaut von Absatz 4: „Die Bundesagentur stellt den statistischen Stellen der Kreise und kreisfreien Städte die für Zwecke der Planungsunterstützung und für die Sozialberichterstattung erforderlichen Daten und Tabellen der Arbeitsmarkt- und Grundsicherungsstatistik zur Verfügung“, lässt sich für

die Kreise und kreisfreien Städte ein Anspruch auf Lieferung gegenüber der Bundesagentur ableiten.

Der Absatz 5 regelt als Kann-Bestimmung die Weitergabe an die Bundes- und Landesstatistik.

Mit der Regelung in Absatz 6 wird gegenüber den Gemeinden unterhalb der Kreisebene die Datenübermittlung mit dem Vorbehalt des Vorhandenseins einer abgeschotteten Statistikstelle eröffnet. Trotz des Wortlauts „Die Bundesagentur ist berechtigt, Daten und Tabellen zu übermitteln...“ kann bei nachweisbarer Erforderlichkeit für die Aufgabenerfüllung auch hier von einer den Gemeinden und Gemeindeverbänden einen Anspruch vermittelnden Norm ausgegangen werden (vgl. Punkt 2.2.1 und Fußnote 3).

Bezüglich der Frage, bis zu welcher untergemeindlichen Gebietsebene die Daten von der Bundesagentur zur Verfügung gestellt werden sollen, bedeutet die Ausklammerung der Anschriftenebene in § 53 Abs. 6 Satz 3 SGB II im Umkehrschluss, dass eine Übermittlung bis zur Gebietseinheit der Baublocksebene möglich ist.

Aus der Begründung des Gesetzes zur Fortentwicklung der Grundsicherung in der Bundestagsdrucksache 16/1696 geht hervor, dass der Gesetzgeber, dem ausgeweiteten Aufgabenumfang entsprechend, der kommunalen Ebene durch die Neuregelung auch den Zugang zu Statistik- und Planungsdaten erweitern wollte. Es wird ausgeführt, dass für ausschließlich statistische Zwecke und zur Planungsunterstützung, jedoch nicht für die Regelung von Einzelfällen, anonymisierte oder pseudonymisierte Einzeldatensätze sowie tief disaggregierte Tabellen an Kreise und kreisfreie Städte sowie Gemeinden

und Gemeindeverbände übermittelt werden können. Als Voraussetzung für die Lieferung von Daten für Gemeindeteile und Straßenabschnitte wird verlangt, dass eine kleinräumige Gliederung besteht und Verträge über die Datenübermittlung abgeschlossen werden.⁷

3. Weiterentwicklung kommunalstatistischer Normen ist erforderlich

Der Statistische Beirat⁸ hat im November 2012 Empfehlungen zur Fortentwicklung der amtlichen Statistik vorgelegt, die 40 Vorschläge für die Fortentwicklung der gesetzlichen Grundlagen, insbesondere des Bundesstatistikgesetzes, enthalten.⁹ Unter Punkt 19 wird dabei die Empfehlung ausgesprochen, dass im Bundesstatistikgesetz eine Regelung eingeführt werden soll, welche den Gesetzgeber dazu verpflichtet, die Interessen der Kommunalstatistik im Hinblick auf die Übermittlung von Einzelangaben aus Bundesstatistiken in den jeweiligen einzelstatistischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigen. Eine solche Regelung ist jedoch nicht weitgehend genug, um den Anforderungen der kommunalen Informationshoheit, die zum Kernbereich der verfassungsrechtlich garantierten Selbstverwaltung gehört, zu entsprechen. Der Datenzugang der abgeschotteten kommunalen Statistikstellen zu kommunalrelevanten Daten in den abgeschotteten Bereichen der Bundes- und Landesstatistik muss darüber hinaus in Richtung eines gleichberechtigten Datenzugangs verbessert werden. Die Gemeinden unterliegen in gleicher Weise den strengen Abschottungs- und Geheimhaltungsvorschriften und sind Teil

der amtlichen Statistik¹⁰. Eine Übermittlung der bei Statistischen Landesämtern und dem Statistischen Bundesamt vorliegenden untergemeindlichen Einzeldaten für rein statistische Zwecke wäre als Regelfall vorzusehen, auch wenn keine Übermittlungsvorschrift im jeweiligen, die Statistik anordnenden Gesetz vorhanden ist.¹¹

So müsste der derzeitige § 16 Abs. 5 BStatG und die entsprechenden Bestimmungen in den Landesstatistikgesetzen, zum Beispiel § 15 Abs. 1 LStatG BW, folgendermaßen formuliert werden: „Für ausschließlich statistische Zwecke übermitteln das Statistische Bundesamt und die statistischen Ämter der Länder Einzelangaben an die zur Durchführung statistischer Aufgaben zuständigen Stellen der Gemeinden und Gemeindeverbände ...“. Gemäß einem Gutachten zur Stellung der Städtestatistik bei der Weiterentwicklung der rechtlichen Grundlagen der amtlichen Statistik in Deutschland aus dem Jahr 2013 bestehen keine verfassungsrechtlichen Bedenken gegen eine dementsprechende Regelung¹². Parallel sollten die kommunalen Spitzenverbände schon heute bei jedem Rechtssetzungsakt und jeder Änderung von Gesetzen prüfen, ob Daten auf kommunaler Ebene anfallen und die Aufnahme von Datenübermittlungsvorschriften entsprechend dem Normierungsvorschlag 19 des Statistischen Beirats fordern.

Nur bei vollem und gleichberechtigtem Zugang der Kommunen zu allen kleinräumigen Informationen der Bundes- und Landesstatistik können vorhandene Datenpotentiale effizient verwertet werden.

Für verschiedene Steuerungs- und Planungsaufgaben der Kommunen ist die Adressebene von maßgeblicher Bedeutung.

Ohne sie ist eine Umrechnung der statistischen Ergebnisse auf unterschiedliche kleinräumige Gebietseinheiten (Planungs-/ Sanierungsgebiete, Schulbezirke, Einsatzgebiete in Notfällen ...) unterhalb der Gemeindeebene oft nicht möglich. Auch für die gängigen Bevölkerungs- und Haushaltsprognosemodelle ist die Adressebene erforderlich.

Das Bundesstatistikgesetz sieht in § 10 Abs. 2 eine Verwendung von Straße und Hausnummer für die Zuordnung der Erhebungsmerkmale zu Blockseiten und geografischen Gitterzellen allerdings nur für maximal vier Jahre nach Abschluss der jeweiligen Erhebung vor. Dies geht, wie oben aufgezeigt, an den Erfordernissen für eine sachgerechte Aufgabenerfüllung der Kommunen vorbei, da die Neuerschließung von Daten, die Analyse von Zusammenhängen und das Handling der Daten sehr eingeschränkt werden.

Für die Gemeinde ist die Einordnung der Adresse als Hilfsmerkmal, das gemäß § 12 BStatG nach Durchführung der Erhebungsphase zu löschen ist, in vielen Fällen ungeeignet. Da die Kommunen wegen ihres spezifischen kleinräumigen Datenbedarfs auf diese Daten dauerhaft und elementar angewiesen sind, ist es typologisch gerechtfertigt, die Adresse statistischer Einheiten als Erhebungsmerkmal zu behandeln. Auch wenn eine generelle Festlegung der Adresse statistischer Einheiten als Erhebungsmerkmal in einem allgemeinen Statistikgesetz für verfassungsrechtlich bedenklich angesehen wird, wäre eine sogenannte Aufforderungsregelung zulässig. Diese würde beinhalten, „dass der jeweilige Normgeber bei der Anordnung der einzelnen Statistik die Adresse statistischer Einheiten zugunsten der kommunalen

Aufgabenerfüllung soweit, wie rechtlich zulässig, als Erhebungsmerkmal aufnimmt“¹³. In den Bundesländern, in denen eine gesetzliche Vorschrift vorliegt, wie zum Beispiel § 12 Abs. 2 Satz 2 LStatG BW, die „besondere Regelungen“ im Hinblick auf die Zuordnung von Erhebungsmerkmalen zulässt, ist auch nach der gegenwärtigen Rechtslage in Einzelfällen unter Beachtung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes eine tiefere regionale Gliederung möglich.

Die Nutzung kleinräumiger Daten unterhalb der Gemeindeebene ist für die Aufgabenerfüllung durch die Kommunen von zentraler Bedeutung, während bei Land und Bund die Erforderlichkeit nicht in gleichem Maße vorliegt. Art. 28 Abs. 2 GG bringt den prinzipiellen Vorrang einer gemeindlichen vor einer staatlich determinierten Aufgabenwahrnehmung zum Ausdruck – dieser Vorrang muss sich konsequenterweise auch auf die informationellen Grundlagen der Aufgabenwahrnehmung erstrecken.¹⁴ Ansonsten besteht die Gefahr, dass die Gemeinden von einer gestaltenden in eine reaktive Rolle gebracht werden und die planerische Gestaltung durch die Kommunen eingengt wird. Die Nutzung untergemeindlicher Daten ist somit für Land und Bund nur im Rahmen ihrer gesetzlich festgelegten Aufsichtsfunktionen zulässig. Eine anderweitige Verwertung untergemeindlicher Daten, insbesondere in kommerzieller Richtung, aber auch hinsichtlich der Offenlegung im Rahmen der OpenData-Bewegung, muss den Gemeinden vorbehalten bleiben. Auf die Festschreibung dieser Grundsätze ist bei einer Novelle des Statistikrechts des Bundes ebenfalls seitens der Kommunalvertretungen zu achten.

4. Zusammenfassung

Die Rechtsgrundlagen der Kommunalstatistik sind in Deutschland im Bundesstatistikgesetz, in den Statistikgesetzen der Bundesländer mit unterschiedlichen Kompetenzspektren und in Übermittlungsvorschriften von Spezialgesetzen geregelt. Dem verfassungsrechtlichen Auftrag, als Voraussetzung kommunaler Selbstverwaltung eine stets aktuelle statistische Informationsbasis über die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Verhältnisse des Gemeinwesens bereitzustellen, kann die Kommunalstatistik nur nachkommen, wenn der gesetzliche Rahmen dies zulässt. Kommunen können unter der Voraussetzung, dass sie von den übrigen Verwaltungen getrennte, abgeschottete Statistikstellen eingerichtet haben, Kommunalstatistik betreiben. Die Effektivität des kommunalstatistischen Systems könnte jedoch noch deutlich verbessert werden, wenn unter anderem rechtliche Hürden zur Nutzung und Übermittlung statistischer Einzeldaten aus der Bundes- und Landesebene abgebaut würden. Die Beschränkungen sind umso weniger verständlich, da die für die Bundes- und Landesstatistik geltenden, sehr strengen Auflagen der Abschottung gegenüber dem sonstigen Verwaltungsbereich und der Sicherung der statistischen Geheimhaltung für den Kommunalbereich ebenfalls ohne Einschränkung gelten und die Kommunalstatistik gemäß Bundesstatistikgesetz Teil der amtlichen Statistik ist. Nur mit dem gleichberechtigten Zugang zu den Einzeldaten ist eine effektive, am Gemeinwohl orientierte Informationsauswertung und -bereitstellung für die Kommunalpolitik möglich.

Änderungen sind besonders in folgenden Bereichen notwendig:

Nutzung unterhalb der Gemeindeebene

Notwendige Änderungen

- Verbesserung des Zugangs zu allen kommunalrelevanten Daten der Bundes- und Landesebene;
- Ausweitung der Nutzungsmöglichkeit der Daten auf der Adressebene;
- Nutzungsvorbehalt für untergemeindliche Daten außerhalb von Aufsichtsaufgaben für höhere Verwaltungsebenen.

Die Ausweitung der Aufgabebereiche der Kommunen und die auf kleinräumige Daten angewiesene Aufgabenerfüllung erfordert eine entsprechende Ausweitung der Möglichkeiten zum Informationszugang und lässt dahingehende Restriktionen als unverhältnismäßig erscheinen. Die technischen Möglichkeiten der Datenverarbeitung und -auswertung haben sich seit der Verkündung der Landesstatistikgesetze in den 90er Jahren deutlich verbessert. Durch eine bundesweite Vernetzung über den Verband Deutscher Städtestatistiker¹⁵ sind Niveau und Standard der Informationsverarbeitung und -bereitstellung der Kommunalstatistik, aber auch die Berücksichtigung datenschutzrechtlicher Belange auf einem sehr hohen Niveau. Dementsprechend muss auch die Datenverfügbarkeit den aktuellen Erfordernissen angepasst werden.

Besserer Informationszugang

Bundesweite Vernetzung

Anmerkungen

- 1 Vgl.: Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke vom 22. Januar 1987 (BStatG), Begründung zum Gesetz, B. Besonderer Teil zu § 1, 2. Absatz, in: BT-Drucks. Nr. 10/5345 vom 17. April 1986; sowie Dorer, P., Mainusch, H., Tubis, H.: Bundesstatistikgesetz, Kommentar, § 1 Rn 5.
- 2 § 10 Bundesstatistikgesetz wurde zuletzt geändert durch Artikel 13 des „Gesetzes zur Förderung der elektronischen Verwaltung sowie zur Änderung weiterer Vorschriften vom 25. Juli 2013, BGBl I. S. 2749.
- 3 Vgl. umfassend v. Arnim, Volkszählungsurteil und Städtestatistik,

Rechtsgutachten für den Deutschen Städtetag, DST-Beiträge zur Statistik und Stadtforschung, Köln 1987, Anm. 10 S. 48, 49. v. Arnim spricht von „gemeindlicher Informationshoheit“.

- 4 Vgl.: Landesstatistikgesetz Baden-Württemberg vom 24. April 1991 (LStatG BW), Gesetzesbegründung Allgemeiner Teil, Landtagsdrucksache 10/4430 S. 20.
- 5 Die Anforderungen sind z. B. in § 6 Abs. 5 LStatG BW definiert, auf den § 8 Abs. 1 Satz 3 und § 8 Abs. 6 Satz 4 LStatG BW verweisen.
- 6 Gesetz zur Fortentwicklung der Grundsicherung für Arbeitssuchende vom 20.07.2006 (GSiFoG), Bundesgesetzblatt I Nr. 36 vom 25.07.2006, S. 1706 ff, RdNr. 47 S. 1714.
- 7 Die das Gesetz zur Fortentwicklung der Grundsicherung für Arbeitssuchende (GSiFoG) begründende BT-Drucks. 16/1696 unterstreicht, dass mit den ergänzenden Regelungen zur Datenübermittlung (§ 53 Abs. 4–7 SGB II) die Belieferung der statistischen Stellen der Kreise und kreisfreie Städte mit den ihren Zuständigkeitsbereich als Träger der Leistungen nach dem SGB II berührenden statistischen Daten der Grundsicherungsstatistik und Arbeitsmarktstatistik durch die Bundesagentur für Arbeit sichergestellt werden soll (BT-Drucksache 16/1696, S. 28 „zu Nummer 15“, S. 29 „zu Nummer 15, Buchstabe d“). Gemeinden unterhalb der Kreisebene können unter der Voraussetzung, dass Sie abgeschottete Statistikstellen haben, beliefert werden (BT-Drucksache 16/1696, S. 28/29 „zu Nr. 15, Buchstabe b“). Umfasst sind pseudonymisierte bzw. anonymisierte Einzeldaten bis auf Baublocksebene (§ 53 Abs. 6 SGBII) bzw. Tabellen der Arbeitsmarkt- und Grundsicherungsstatistik, auch soweit Tabellenfelder nur einen einzigen Fall ausweisen (BT-Drucksache 16/1696 S. 29 „zu Nr. 15, Buchstabe b“).
- 8 Aufgaben und Zusammensetzung des Statistischen Beirats sind im § 4 Bundesstatistikgesetz geregelt. Vgl. auch: Pkt. 2.1, letzter Absatz, in diesem Beitrag.
- 9 Vgl.: Statistischer Beirat: Fortentwicklung der amtlichen Statistik, Empfehlungen des Statistischen Beirats, November 2012.
- 10 Vgl. auch: Schwarz Thomas: Nutzen des Zensus 2011 für die Kommunen, Abschnitt „Verfassungsrechtliche Grundlagen der Kommunalstatistik“, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 2/2012, S. 12–14; sowie: Fußnote 1.
- 11 Auch die meisten Landesstatistikgesetze fordern als Voraussetzung für die Übermittlung von Einzeldaten

des Statistischen Landesamtes an abgeschottete Statistikstellen der Kommunen eine ausdrückliche Regelung in dem die jeweilige Statistik anordnenden Gesetz (nicht Bayern und Niedersachsen). Hier ist eine generelle Öffnung des Datenzugangs für die Kommunen anzustreben in der Art, dass die Übermittlung an die Gemeinden im Normalfall zu erfolgen hat und der Gesetzgeber nur für begründete Einzelfälle eine engere Zweckbindung regeln kann. Ausgehend von einer Öffnung im Bundesrecht sollten dann auch die Landesstatistikgesetze angepasst werden.

- 12 Rechtsgutachten zur Stellung der Städtestatistik bei der Weiterentwicklung der rechtlichen Grundlagen der amtlichen staatlichen Statistik in Deutschland im Spannungsfeld grundgesetzlich verbrieft kommunaler Planungshoheit, einer tiefgreifend gewandelten Informationsgesellschaft, den Auswirkungen der Föderalismusreform und den Anforderungen der Europäischen Union, von Univ. Prof. Dr. Jan Ziekow, Punkt V.1.: „Kommunenbezogene Regelungsbedarfe im Statistikrecht – Datenzugang der kommunalen Statistikstellen“, in: Stadtforschung und Statistik, November 2013, S. 82.
- 13 Vgl.: Rechtsgutachten zur Stellung der Städtestatistik ..., Univ. Prof. Dr. Jan Ziekow, in: Stadtforschung und Statistik, November 2003, S. 73. Zu diesem Thema auch: Prof. Dr. von Arnim: Städtestatistik und Grundgesetz, Vortrag Statistische Woche 1987, in: Kommunalstatistik zwischen Grundrechtsschutz und Selbstverwaltungsgarantie, Herausgeber: Verband Deutscher Städtestatistiker, S. 11.
- 14 Vgl.: Rechtsgutachten zur Stellung der Städtestatistik ..., Univ. Prof. Dr. Jan Ziekow, in: Stadtforschung und Statistik, Punkt IV.2. „Nutzung kleinräumiger (untergemeindlicher) Daten durch den Staat“, S. 74–79 – mit Hinweis auf: Marion Albers: Regulierung und Gestaltung des Umgangs mit personenbezogenen Informationen und Daten, bb) Phasenbezogene Elemente im Verarbeitungsprozess, in: Hoffmann-Riem/Schmidt-Abmann/Voßkuhle, Grundlagen des Verwaltungsrechts, Bd. II, 2. Aufl. 2012; § 22 Rdnr. 135 ff.
- 15 Der Verband Deutscher Städtestatistiker (VDST) hat über 300 Mitglieder und ist die Plattform für Erfahrungsaustausch, Weiterentwicklung und Fortbildung in der Kommunalstatistik. Unter seiner Trägerschaft betreibt der KOSIS-Verband eine breite kooperative Verfahrensentwicklung und bietet Datensammlungen an: www.stadtestatistik.de

Über Statistik:

„Crear un, dos ... muchos statistics!“ hat Fidel Castro nie verlangt.

50 Jahre Goslarer Beschlüsse¹

Klaus Trutzel, Nürnberg

Mit ihren „Goslarer Beschlüssen“ verabschiedeten die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder bei ihrer Amtsleiter-tagung am 2./3. Dezember 1964 „Richtlinien zur Abgrenzung der Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter.“

Damals legte man fest: „Die Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter sollen in ihrer regionalen Tiefe so weit wie irgend möglich gegeneinander abgegrenzt werden. Als allgemeine Richtlinie soll gelten, daß das Statistische Bundesamt Ergebnisse in sachlicher und systematischer Ausführlichkeit, aber in begrenzter regionaler Differenzierung veröffentlicht, während die Statistischen Landesämter in ihren Veröffentlichungen auch weitergehende regionale Aufgliederungen bringen.“ (Ziff. 1 der Beschlüsse). Auch bei Zählungen und Strukturhebungen soll „die Gliederung solcher Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes ... grundsätzlich in sachlicher und regionaler Hinsicht nicht tiefer sein als die Veröffentlichungen der Statistischen Landesämter.“ (Ziff. 2, Abs. 2 der Beschlüsse). Zusätzlich fordern die Beschlüsse in Ziff. 3 „grundsätzlich ein in seiner regionalen und fachlichen Tiefengliederung sowie formalen Tabellengestaltung einheitliches Grundprogramm“ und in Ziff. 4, dass „die Veröffentli-

chungsprogramme des Bundesamtes und der Landesämter ... rechtzeitig nach Ziffer 1–3 aufeinander abgestimmt“ werden und verlangen so auch bereits die inhaltliche Koordination der staatlichen Statistik. Im Gesamtsystem der amtlichen Statistik, vor allem für die Städtestatistik, lag ihre Bedeutung aber damals eindeutig im Schutz der zweiten föderalen Ebene vor einer Vereinnahmung durch die obere Ebene, also im Subsidiaritätsprinzip, das bis heute auch das Verhältnis der EU zu ihren Mitgliedstaaten bestimmt.

Diesen Grundsatz haben die Statistischen Landesämter, ohne förmliche Festlegung, bisher weitestgehend auch in ihrem Verhältnis zur Städtestatistik beachtet und so gut wie keine Statistiken unterhalb der Gemeindeebene, also etwa für Stadtbezirke, veröffentlicht.

Inzwischen sind im Verhältnis von Bund und Ländern die Goslarer Beschlüsse längst in einem modernen Marketingkonzept aufgegangen, das der technischen Entwicklung (Internet) und der mit den veränderten gesellschaftlichen Zielsetzungen im demokratischen Staat gewandelten Anforderungen an die amtliche Statistik Rechnung trägt. Die Veränderungen des gesellschaftlichen Bewusstseins haben in der Amtspolitik die Perspektiven von der gegenseitigen Abgrenzung hin zu einer am Nutzerinteresse und der gesellschaftlichen Wirksamkeit

orientierten ebenen- und länderübergreifenden Zusammenarbeit verschoben.

Dabei hat man sich auch nicht vom restaurativen Geist der sog. Föderalismusreform beirren lassen, sondern setzt im Gegenteil in dem neuen zukunftsweisenden Marketingkonzept auf eine an der gesellschaftlichen und politischen Wirksamkeit ausgerichtete ganzheitlichen Ergebnispräsentation.

Das Marketingkonzept 2011 der Landes- und Bundesstatistik²

In den Vorbemerkungen zum neuen Marketingkonzept wird dieser Bewusstseinswandel begründet: „In den vergangenen Jahren hat sich die Verbreitungspolitik innerhalb der Europäischen Union (EU) drastisch verändert. Das Statistische Amt der EU (Eurostat) und die deutliche Mehrheit der nationalen Statistischen Ämter der EU bieten mittlerweile die in ihren Internetangeboten vorgehaltenen Online-Publikationen im Gegensatz zu früher kostenfrei an. Die Gründe für diesen Wechsel in der Verbreitungspolitik sind vielfältig. Zu nennen sind hier z. B. der Abbau von Zugangsbarrieren, der Vorrang der Erhöhung der Nutzungszahlen gegenüber der Einnahmenerzielung, Wirtschaftlichkeitsüberlegungen und insbesondere eine weiter als früher gefasste Auslegung des Informationsauftrages der amtlichen Statistik.“

Zukunftsweisendes Marketing

Bewusstseinswandel

Keine Lizenzentgelte

Das vorliegende Marketingkonzept basiert auf dem Informationsauftrag und den grundlegenden Normen des Bundesstatistikgesetzes sowie dem Verhaltenskodex für die Europäischen Statistiken („Code of Practice“).“ (S. 5)

Nutzerorientiert

Die übergreifende Zusammenarbeit hat ein gemeinsames Datenangebot zum Ziel:

„Das Gemeinsame Datenangebot (GDA) ist ein in sich konsistentes Gesamtsystem statistischer Informationen, das die gesellschaftliche, soziale, wirtschaftliche und ökologische Realität Deutschlands möglichst umfassend abbildet. Es wird aus sachlich und regional abgestimmten Veröffentlichungen (z. B. Gemeinschaftsveröffentlichungen, Statistische Berichte entsprechend der gemeinsamen Systematik und Monatszeitschriften), Tabellen und interaktive Elemente (z. B. Datenbanken und Online-Atlanten) sowie den dazugehörigen Metadaten bestehen. Die Statistischen Ämter vereinbaren die konkreten Elemente des GDA und bauen es kontinuierlich aus. Es ist Bestandteil der informationellen Grundversorgung und somit grundsätzlich kostenfrei. Die Öffentlichkeit erhält Zugang u. a. über das Statistikportal im Internet. ... Das GDA besteht aus verbindlich vereinbarten Daten, Tabellen, Kartierung und Analysen auf Bundes-, Länder- und Regionalebene (NUTS 1 und NUTS 2) sowie Kommunalebene (LAU 1 und LAU 2), die entweder bereits jetzt verbindlich vereinbart sind (z. B. Regio-Stat-Katalog) oder noch werden.“ (S. 9)

Die Zusammenarbeit manifestiert sich in einem gemeinsamen Statistikportal, in Gemeinschaftsveröffentlichungen und technisch in einem gemeinsamen Publikumsserver.

„Die Weiterverbreitung von statistischen Informationen durch

Dritte in elektronischer Form sowie in gedruckten Veröffentlichungen ist mit Quellenangabe erwünscht. Es werden grundsätzlich keine Lizenzentgelte erhoben. Alle Produkte werden mit Copyright-Vermerken versehen, die bei der Weiterverbreitung zur Quellenangabe verpflichten und ggf. weitere Regelungen enthalten.“ (S. 16)

„Überall dort, wo ein Nutzerinteresse an bundesweit vergleichbaren Regionaldaten besteht, streben die Statistischen Ämter die Erstellung von Gemeinschaftsveröffentlichungen sowie eine Datenverfügbarkeit in gemeinsamen Online-Datenbanken an. Das Angebot an Gemeinschaftsveröffentlichungen wird sukzessive ausgebaut. Bundesergebnisse in tiefer regionaler Gliederung unterhalb der Länderebene werden daher in der Regel als Gemeinschaftsveröffentlichungen sowie im Rahmen der gemeinsamen Regionaldatenbank Deutschland herausgegeben. Gemeinsame Verbreitungsplattform ist das Statistikportal ... Den Gemeinschaftsveröffentlichungen und sonstigen gemeinsamen Angeboten liegt als territoriales Gliederungsprinzip die NUTS-Systematik zugrunde. Auch damit kompatible nichtadministrative Gebietseinheiten werden bei Bedarf dargestellt.“ (S. 18)

Ein Nachklang zu den Goslarer Beschlüssen findet sich nur noch in den Regeln für die Erstveröffentlichung von Daten:

„Das Statistische Bundesamt publiziert das Bundesergebnis in tiefer fachlicher Gliederung und, soweit es sachgerecht und möglich ist, bis zur Länderebene. Wenn es für eine sachgerechte Darstellung sinnvoll und erforderlich ist und eine Gemeinschaftsveröffentlichung nicht in Betracht kommt, kann das Statistische Bundesamt das Bundesergebnis in Abstimmung

mit den Statistischen Ämtern der Länder auch nach Regierungsbezirken und anderen regionalen Einheiten veröffentlichen. Die Statistischen Ämter der Länder veröffentlichen ihr jeweiliges Landesergebnis in tiefer fachlicher Gliederung sowie, soweit es sachgerecht und möglich ist, auch in tieferen regionalen Gliederungen ... Nach der Erstveröffentlichung in Publikationen oder öffentlich zugänglichen Datenbanken haben sowohl der Bund als auch die Länder die gleiche Veröffentlichungsfreiheit, wie sie Dritten gewährt wird, d. h. die Ergebnisse können in jeder sachlich begründeten regionalen Tiefe für eigene Zwecke veröffentlicht werden. Dasselbe gilt für die Daten, die für Dritte bereitgestellt werden. Eine gegenseitige rechtzeitige Vorab-Unterrichtung ist selbstverständlich.“ (S. 19)

Auf dem Weg zu einer koordinierten Städtestatistik?

Formal ist die im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung betriebene Städtestatistik von diesem Marketingkonzept allenfalls als Nutzer betroffen. Sie hat sich unabhängig davon auch selbst längst zu einem offeneren Umgang mit ihren Daten weiterentwickelt und in den Ämtern ein vielfältiges, fachlich und regional tief gegliedertes Angebot an Informationen und an Auswertungsinstrumenten hierzu geschaffen. Die technischen Instrumente hat sie – vor allem mit DUVA – im KOSIS-Verband entwickelt, in dem auch einige Statistische Landesämter mitwirken.

Ein gemeinsames städteübergreifendes Datenangebot, das seit Jahrzehnten angestrebt wird, ist in Ansätzen, etwa bei der Innerstädtischen Raumbewertung, bei KOSTAT und auch im Urban Audit vorhan-

den. Es ist jedoch noch nicht zu einem übergreifend koordinierten Angebot zusammengewachsen. Hieran wird in den nächsten Jahren mit Nachdruck zu arbeiten sein, nicht zuletzt mit Blick auf die Nutzerinteressen, die, wie im ebenen-übergreifenden „Netzwerk Stadt- und Regionalstatistik“ postuliert, eine konsistente Datenbasis vom Stadtteil bis zur Region verlangen.

Wie zwischen Bund und Ländern gilt es dabei in der Städtestatistik nicht nur organisatorische Aufgaben zu bewältigen, sondern auch inhaltliche und vor allem raumbezogene Standards zu vereinbaren, die sich heute noch zwischen den genannten übergreifenden Gemeinschaftsvorhaben unterscheiden. Im deutschen Urban Audit sind sie allerdings nach Vorgaben der EU (Eurostat) schon weit gediehen. Mit Förderung der EU und Unterstützung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder ist die KOSIS-Gemeinschaft Urban Audit heute eine zur Produktion europäischer amtlicher Statistik autorisierte Institution und insofern auch dem europäischen Code of Practice verpflichtet.

Sie bemüht sich deshalb aus eigenem, wie aus gemeinsamem städtestatistischen Interesse um eine übergreifende Abstimmung und um die inhaltliche, raumbezogene und organisatorisch-technische Standardisierung des städtestatistischen Datenangebotes, vor allem für Gebietseinheiten unterhalb der Gemeindeebene. Mit diesem Ziel hat sich die KOSIS-Gemeinschaft Urban Audit mit Erfolg um das sog. Merging-Projekt der EU beworben, in dem es um die Verknüpfung des statistischen Datenangebotes mit dem Raumbezug geht. Wo anders als vor Ort kann man besser für eine vollständige, zuverlässige und stets aktuelle räumliche Zuordnung der statistik-relevanten Daten aus den Registern sorgen. Die kommunale Statistik kann daher einen wertvollen Beitrag auch zur Geodaten-Infrastruktur leisten. Wie dieses Angebot hinsichtlich seiner inhaltlichen und räumlichen Differenzierung und Vergleichbarkeit zu gestalten ist, soll in diesem Projekt unter anderem konzeptionell entwickelt und mit den Städten abgestimmt werden. Insofern geht es auch, in Weiterentwicklung der Analogie zu den Goslarer Beschlüssen, nicht zuletzt um ein

zukunftsweisendes Marketingkonzept der deutschen Städtestatistik. Die Zusammenarbeit mit der Landes- und Bundesstatistik wird dabei eine Rolle spielen. Für diese Zusammenarbeit gilt es, auf beiden Seiten, der staatlichen wie der kommunalen Statistik, ein gemeinsames Bewusstsein zu entwickeln. Städtestatistiker beklagen, dass etwa beim aktuellen Zensus die kommunalen Belange bewusst ignoriert wurden und bei der Weitergabe von Rasterdaten die staatliche Statistik ohne den Versuch einer Abstimmung auch innergemeindliche Verhältnisse statistisch durchleuchtet. Bis zu einer gemeinsam getragenen räumlich tief gegliederten amtlichen Statistik ist also noch ein längerer Weg zurückzulegen. Es ist aber an der Zeit, sich im Interesse der Nutzer mit diesem Ziel auf den Weg zu machen.

Gemeinsames Bewusstsein

Anmerkungen

- 1 Richtlinien zur Abgrenzung der Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter, Wortlaut der bei der Landesamtsleitertagung in Goslar beschlossenen Richtlinien (Punkt 5 des Protokolls der ALT vom 2./3. Dezember 1964).
- 2 Marketingkonzept der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Ausgabe 2011.

Über Statistik:
Wenn die Preise um 1,6 % stiegen, waren Statistiker am Werk.

18 000 000 000

Martin Schlegel, Hagen

Die Größe von Zahlen kann man sich schwer vorstellen. Wie viel sind beispielsweise 18 Mrd. Euro, also das Vermögen, auf das der in diesem Jahr verstorbene Theo Albrecht geschätzt wurde? Nehmen wir an, Herr Albrecht begann 1954 so richtig Geld zu verdienen. Dann hätte er für seine 18 Mrd. Euro 60 Jahre gebraucht, d.h. pro Jahrzehnt 3 Mrd. Jedes Jahr kamen mithin 300 Mill. hinzu. Lassen wir Sonn- und Feiertage außen vor, dann sind das pro Tag 1 Millionen Euro. Nach Steuern.

Spannung erhöht die Wahlbeteiligung

Alexandra Klein, Stuttgart

**Wahlbeteiligung:
16% bis 90%**

4 Wahltypen

Die Wahlbeteiligung bei baden-württembergischen Bürgermeisterwahlen unterscheidet sich maßgeblich von der Wahlbeteiligung bei anderen Wahlen. Es gibt ausgeprägte Schwankungen von einer Wahl zur anderen in einer Gemeinde oder Stadt und es gibt große Unterschiede in der Wahlbeteiligung zwischen den Gemeinden. Außerdem kann die Beteiligung außerordentlich gering sein. So beteiligten sich an einer Wahl im Zeitraum zwischen 1990 und 2009 lediglich 16,4 Prozent der Wahlberechtigten. Es gab aber auch Wahlen an denen sich über 90 Prozent der Wahlberechtigten beteiligten. Eine solche Spannweite gibt es bei der Wahlbeteiligung bei anderen Wahlen nicht.

Dass die Wahlbeteiligung starken Schwankungen unterliegt hat vielfältige Gründe, was z. B. am Wahltyp liegt. Dabei lassen sich die Bürgermeisterwahlen in vier Wahltypen unterscheiden:

1. **Bestätigungswahlen** bei denen der Amtsinhaber ohne Gegenbewerber antritt;
2. **Wiederwahlen** des Amtsinhabers mit einem Herausforderer;
3. **Abwahlen** bei denen ein Gegenkandidat gegen den Amtsinhaber gewinnt;
4. **Neue Kandidatenrunden** bei denen der Amtsinhaber nicht wieder antritt.

Bestätigungswahlen

Bei über einem Viertel der Wahlen zwischen 1990 und 2009

trat der bisherige Amtsinhaber als einziger Bewerber an. In Baden-Württemberg ist es Teil der politischen Kultur, dass erfolgreiche Bürgermeister bei ihrer Wiederwahl nicht herausgefordert werden.

Die Amtsinhaber gehen eine weitere Wiederwahl ohne Herausforderer sehr unterschiedlich an. Einige Amtsinhaber sparen sich angesichts ausbleibender Herausforderer Kosten und Zeit für einen Wahlkampf. Andere begreifen ihre Wiederwahl als Chance, ziehen Bilanz über die vergangenen acht Jahre und präsentieren den Einwohnern, wie sie sich die Weiterentwicklung der Gemeinde vorstellen. Die Wahlberechtigten honorieren einen solchen Einsatz meistens damit, dass sie sich in größerem Umfang an der Wahl beteiligen.

Durchschnittlich beteiligten sich 41,6 Prozent der Wahlberechtigten an Bestätigungswahlen. Die Beteiligung hat in den vergangenen Jahren abgenommen. Während sich zwischen 1990 und 1994 durchschnittlich noch 48 Prozent der Wahlberechtigten an Bestätigungswahlen beteiligten, waren es in den Jahren 2004 bis 2009 nur noch 39 Prozent der Wahlberechtigten.

Wiederwahlen mit Herausforderer

Bei Wiederwahlen mit Herausforderer haben die Amtsinhaber einen Mitbewerber, gegen

den sie sich durchsetzen, wenn sie sich um ihre Wiederwahl bewerben. Die durchschnittliche Beteiligung für alle Wiederwahlen mit Herausforderer betrug 49,6 Prozent.

Es gibt starke Herausforderer, die sehr viele gültige Stimmen erhalten, und es gibt schwache Bewerber, die die Wähler offenbar nicht als Alternative zum Amtsinhaber wahrnahmen. Das zeigt sich daran, dass sie nur wenige Stimmen erhalten. Diese Bewerber weisen meistens wenige Merkmale des Sozialprofils des baden-württembergischen Bürgermeisters auf. Bei über der Hälfte der Wahlen liegen die Stimmenanteile der beiden Bewerber mit den meisten Stimmen weit auseinander. Bei nicht einmal jeder zehnten Wiederwahl liegen die Stimmenanteile der beiden Bewerber mit den meisten Stimmen um weniger als 20 Prozentpunkte auseinander. Die Wiederwahlen sind in aller Regel also eindeutige Angelegenheiten zugunsten der Amtsinhaber. Dementsprechend sind diese Wahlen meistens nicht besonders spannend und die Wahlbeteiligung gering.

Abwahlen

Die höchste Wahlbeteiligung, wenn Stelleninhaber wieder antraten, verzeichneten die Abwahlen. In aller Regel wird der Amtsinhaber hier durch einen starken Gegenbewerber herausgefordert, der die Wahl gegen ihn gewinnt. Dies ist in

Baden-Württemberg ein eher unüblicher Vorgang, auch wenn das in den Medien gelegentlich anders dargestellt wird. Bei 92 Prozent der Wahlen bei denen Amtsinhaber antraten wurden sie wiedergewählt.

Der Anteil der Abwahlen an allen Bürgermeisterwahlen hat in den letzten Jahren nicht zugenommen, sondern verteilt sich ungleichmäßig über die Jahre. Bei näherer Betrachtung der Abwahlen kann den Ergebnissen von Timm Kern (2007) zugestimmt werden, dass es für eine Abwahl meistens besondere Gründe gibt. Häufig gibt es schon Monate vor der Wahl Hinweise darauf, dass die Wiederwahl des Amtsinhabers nicht als sicher gelten kann, beispielsweise wenn der Gemeinderat bei der Ausschreibung der Stelle auf den Satz „Der Amtsinhaber bewirbt sich wieder“ verzichtet. Dadurch signalisiert der Gemeinderat, dass er an weiteren Bewerbungen interessiert ist. Wenn Auseinandersetzungen zwischen dem Gemeinderat und dem Bürgermeister oder zwischen der Verwaltung und dem Bürgermeister überregional bekannt geworden sind, zieht das häufig ebenfalls ernsthafte Herausforderer an.

Die durchschnittliche Beteiligung bei Abwahlen von Bürgermeistern beträgt 56,4 Prozent und liegt damit über der Beteiligung der Wahlen, bei denen der Amtsinhaber antrat, herausgefordert und wiedergewählt wurde.

Dabei zeigt sich der oben bereits beschriebene Zusammenhang zwischen der Gemeindegröße und der Beteiligung, der auch bei Abwahlen gilt: Es gibt überproportional viele Abwahlen in größeren Städten. Die Beteiligung ist dort geringer als in kleineren Gemeinden. Deshalb ist die durchschnittliche Beteiligung aller Abwahlen mit

56,4 Prozent nicht besonders hoch. In Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern beteiligten sich über drei Viertel, in Städten über 20.000 Einwohner nur knapp die Hälfte der Wahlberechtigten an Abwahlen.

Nur ausnahmsweise, wenn sich ein Fehlverhalten des Amtsinhabers auch über die Gemeindegrenzen hinweg herumgesprochen hat und sich qualifizierte Bewerber berechneten auf einen Wahlsieg machen können, fordern sie in kleineren Gemeinden die Amtsinhaber heraus. Dies motiviert dann besonders viele Wahlberechtigte, an der Wahl teilzunehmen.

Neue Kandidatenrunde

Als „Neue Kandidatenrunden“ werden Bürgermeisterwahlen bezeichnet, bei denen der bisherige Amtsinhaber nicht wieder antritt. Sie zeichnen sich im Vergleich mit anderen Wahltypen in der Regel durch viele Bewerber und eine hohe Beteiligung aus. Bei Neuen Kandidatenrunden traten durchschnittlich 3,9 Bewerber an und damit mehr Bewerber als bei anderen Wahlen. Durch-

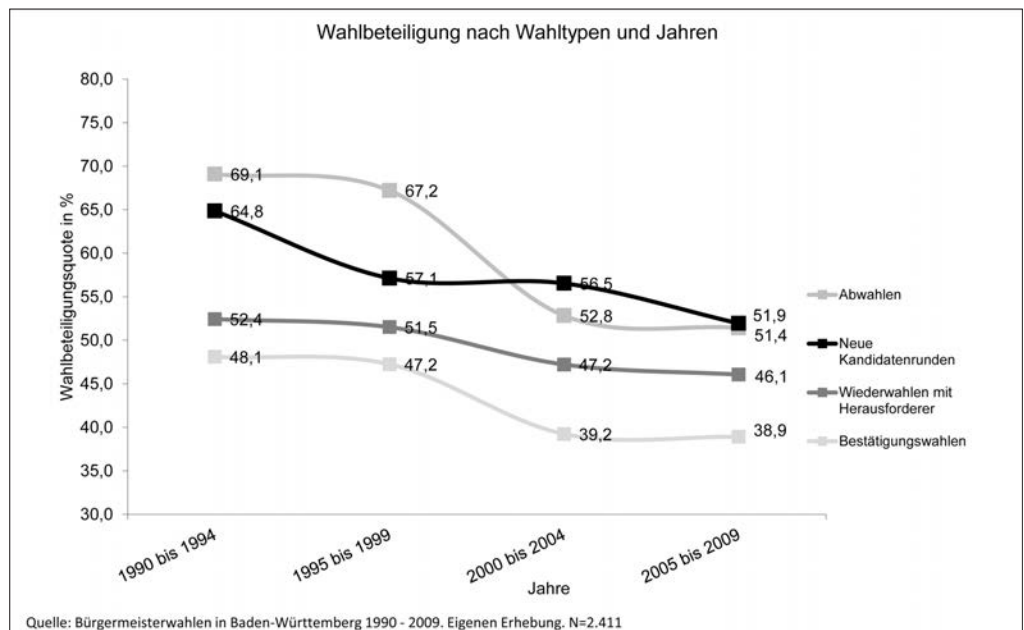
schnittlich beteiligen sich 56,7 Prozent der Wahlberechtigten an Neuen Kandidatenrunden. Die Beteiligung ging im Laufe der Zeit kräftig zurück. Während sich zwischen 1990 und 1994 noch fast zwei Drittel der Wahlberechtigten bei Neuen Kandidatenrunden beteiligten, waren es zwischen 2005 und 2009 nur noch etwas mehr als die Hälfte. Es spielte für die Wahlbeteiligung bei Neuen Kandidatenrunden keine Rolle, ob zwei oder vier Bewerber antraten. Wichtiger war, ob es mindestens zwei qualifizierten Bewerbern gelang, einen großen Stimmenanteil zu erlangen. Bei über einem Drittel der Neuen Kandidatenrunden lagen die Stimmenanteile der beiden Bewerber mit den meisten Stimmen weniger als 20 Prozentpunkte auseinander. Es gab also im Vergleich zu den Wiederwahlen mit Herausforderer viele spannende Wahlen.

Wahlbeteiligungen

Aus Abbildung 1 ist ersichtlich, dass die Wahlbeteiligung bei allen Wahltypen zwischen 1990 und 2009 zurückging, besonders stark bei den Abwahlen: Während zwischen 1990 und

Rückläufige Wahlbeteiligung

Abbildung 1



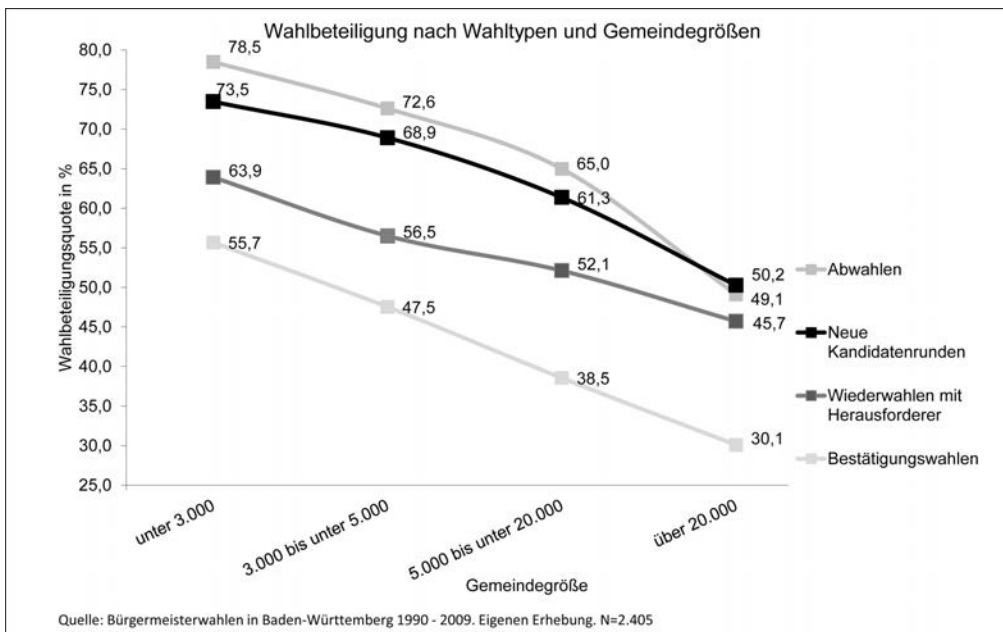


Abbildung 2

1994 durchschnittlich noch fast 70 Prozent der Wahlberechtigten an Wahlen teilnahmen, bei denen ein Amtsinhaber, der sich bewarb, nicht wieder gewählt wurde, nahmen zwischen 2005 und 2009 nur noch 52 Prozent der Wahlberechtigten daran teil. An Bestätigungswahlen beteiligten sich dagegen auch schon in den Jahren 1990 bis 1994 weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten. Die Beteiligung an den Wahlen dieses Typs ging um 10 Prozentpunkte zurück. Den geringsten Rückgang der Wahlbeteiligung verzeichneten die Wahlen, bei denen sich der Amtsinhaber gegen einen Herausforderer durchsetzen konnte.

Bewerber

Die Wahlbeteiligung bei Bürgermeisterwahlen nahm mit der Zahl der Bewerber zu. Hier bestätigt sich die Vermutung, dass die Wahlberechtigten sich stärker angesprochen fühlen, wenn unter mehreren Bewerbern wählen können. Unterschiedliche Kandidaten mobilisieren unterschiedliche Wählergruppen. Entscheidender als die Anzahl der Bewerber ist jedoch das Profil der Bewerber. Wenn

es sich um starke Bewerber handelt, die in hohem Maß dem Sozialprofil des baden-württembergischen Bürgermeisters entsprechen, dann ist häufig der Abstand der Stimmenanteile der beiden Bewerber gering. Es handelt sich, zumindest bei retrospektiver Betrachtung um eine spannende Wahl. Die Beteiligung ist dann nicht nur deshalb hoch, weil die Wähler davon ausgehen, dass sie die entscheidende Stimme abgeben und damit die Wahl entscheiden. Vielmehr schätzen die Kandidaten die Wahl als knapp ein und intensivieren in ihren Wahlkampf und mobilisieren dementsprechend die Wahlberechtigten (Kirchgässner/Schulz 2004: 6 f.).

Größe der Gemeinden

Einer der wichtigsten Einflussfaktoren auf die Wahlbeteiligung ist der Unterschied zwischen den Gemeinden. Dazu zählt sowohl die Größe der Gemeinde als auch die soziostrukturelle Zusammensetzung der Bevölkerung. Generell gilt, dass die Beteiligung bei Bürgermeisterwahlen mit zuneh-

mender Gemeindegröße sinkt. Je kleiner die Gemeinde, desto höher ist die Wahlbeteiligung. Dies zeigt sich deutlich bei der Unterscheidung nach Wahltypen. An Wahlen bei denen der Amtsinhaber ohne Gegenkandidat antrat, beteiligten sich in kleinen Gemeinden durchschnittlich über die Hälfte der Wahlberechtigten, in Städten über 20.000 Einwohnern war es noch nicht einmal ein Drittel.

Zeitliche Entwicklung

Die Wahlbeteiligung nimmt bei allen Wahltypen und Gemeindegrößen im Laufe der Zeit ab. Dies kann als Indiz dafür gewertet werden, dass die Wahlnorm abnimmt d.h. dass immer weniger Wähler es als ihre Pflicht ansehen an einer Wahl teilzunehmen. Im Jahr 1990 nahmen durchschnittlich 54,6 Prozent der Wahlberechtigten an einer Bürgermeisterwahl teil. Im Jahr 2009 waren es nur noch 50,6 Prozent.

Der Rückgang der Wahlbeteiligung war zwischen 1995 und 2000 besonders ausgeprägt. Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass die Zunahme der Zahl der Wahlberechtigten durch die Bevölkerungszunahme und das Wahlrecht für EU-Angehörige zu einer Abnahme der Wahlbeteiligung führte. Seit 2000 geht die Wahlbeteiligung bei allen Wahltypen nicht mehr so stark zurück wie in den zehn Jahren zuvor.

Zusammengelegte Wahlen

In Baden-Württemberg kann die Bürgermeisterwahl erst seit 2005 mit anderen Wahlen zusammengelegt werden. Aus terminlichen Gründen kann nur eine sehr begrenzte Anzahl von Kommunen die Bürgermeisterwahl mit anderen Wahlen zu-

sammenlegen. Erwartungsgemäß liegt die Wahlbeteiligung bei den zusammengelegten Wahlen über jener der übrigen Wahlen. Die geringste Wahlbeteiligung bei den Bürgermeisterwahlen, die mit der Bundestagswahl 2009 zusammengelegt wurden, betrug 65 Prozent, die höchste 83 Prozent. Mit einer Beteiligung von 74 Prozent lag die durchschnittliche Wahlbeteiligung der mit der Bundestagswahl zusammengelegten Bürgermeisterwahlen weit über derjenigen der nicht zusammengelegten Wahlen mit 48,3 Prozent in diesem Jahr. Offensichtlich profitierten alle Bürgermeisterwahlen von der hohen Beteiligung bei den Bundestagswahlen. In zwei Drittel der Wahlen, die mit der Bundestagswahl 2009 zusammengelegt waren, traten die Amtsinhaber ohne Gegenkandidaten an.

Fazit

Es gibt Gründe, weshalb die Wahlbeteiligung bei Bürgermeisterwahlen zwischen den Gemeinden und bei Wahlen in einer Gemeinde große Abweichungen aufweisen. Die Beteiligung hängt vor allem davon ab, ob die Wahl spannend ist. Spannende Wahlen zeichnen sich dadurch aus, dass der Wahlausgang knapp ist, also zwei starke Bewerber gegeneinander antreten. Es gibt in Baden-Württemberg jedoch nur wenige spannende Bürgermeisterwahlen. Häufig treten die amtierenden Bürgermeister ohne oder mit einem schwachen Konkurrenten an, der nicht mit dem Sozialprofil des baden-württembergischen Bürgermeisters entspricht. Der knappe Wahlausgang ist ein entscheidender Einflussfaktor, um die unterschiedlichen Wahlbeteiligungen in derselben Gemeinde

bei aufeinanderfolgenden Bürgermeisterwahlen zu erklären. Außerdem spielt die Größe der Gemeinde eine entscheidende Rolle. Finden spannende Wahlen wie eine Abwahl oder eine Neue Kandidatenrunde in kleinen Gemeinden statt, dann beteiligen sich durchschnittlich Drei Viertel der Wahlberechtigten daran. Bei den Wahlen jedes Wahltyps und in allen Gemeindegrößen ist die Beteiligung zwischen 1990 und 2009 zurückgegangen.

Literatur

- Kern, Timm, 2007: Warum werden Bürgermeister abgewählt. Stuttgart: Kohlhammer Verlag.
 Kirchgässner, Gebhard/Schulz, Tobias, 2004: Was treibt die Stimmbürger an die Urne? Eine empirische Untersuchung der Abstimmungsbeteiligung in der Schweiz, 1981–1999. Discussion Paper No. 10. Department of Economics. University of St. Gallen.

Impressum

Herausgeber: Verband Deutscher Städtestatistiker, gegründet 1879
 Vorsitzender: Rudolf Schulmeyer
 Grafenwerthstraße 43, 50937 Köln
 Telefon 0221/443403, E-Mail: RSchulmeyer@t-online.de

Stellvertretender Vorsitzender: Hermann Breuer,
 Abteilungsleiter im Amt für Stadtentwicklung und Statistik
 Willy-Brandt-Platz 2, 50679 Köln
 Telefon 0221/22121871, E-Mail: hermann.breuer@stadt-koeln.de

Redaktion: Martin Schlegel, Redaktionsleiter
 Franzstr. 21, 58091 Hagen, Telefon 02331-79101,
 E-Mail: me.schlegel@t-online.de

Herstellung: Schibri-Verlag, Milow 60, 17337 Uckerland, Telefon 039753/22757
 Telefax 039753/22583, E-Mail: info@schibri.de

Bezug: Stadtforschung und Statistik erscheint seit 1988 zweimal jährlich
 und ist beim Schibri-Verlag oder über den Buchhandel zu beziehen.
 Abonnementpreis jährlich 15 EUR

Bei Nachdruck Belegexemplare erbeten

•

ISSN 0934-5868

Europa-Wahlrecht

Martin Schlegel, Hagen

Für Ausgabe 1/2014 hatte ich vorgesehen, einen Überblick über die unterschiedlichen Wahlregelungen bei der Europawahl geben zu können. Es ging gründlich schief und so erschien in dem Heft nur Öster-

reich. Doch Asmus Rösler (früher Landeswahlamt Hamburg) brachte mich weiter. Zwei Seiten informieren:
<http://www.wahlrecht.de/ausland/europa.htm>
<http://www.bpb.de/politik/wahlen/europa->

wahl/71360/wie-waehlt-europa-2014.

Der Veröffentlichung der Bundeszentrale für politische Bildung „Wie wählt Europa 2014?“ entnehme ich die folgende Übersicht.

	Zahl der Mandate (a)		Wahlkreise	Form der Liste	Verrechnungsverfahren	Sperrklausel
Belgien	22	21	4	lose geb. Liste	d'Hondt	keine
Bulgarien	17	17	nat. WK	starre Liste	Hare/Niemeyer	keine
Dänemark	13	13	nat. WK	lose geb. Liste	d'Hondt	keine
Deutschland	99	96	nat. WK	starre Länder- oder Bundesliste	Sainte-Laguë/Schepers	keine
Estland	6	6	nat. WK	starre Liste	d'Hondt	keine
Finnland	13	13	nat. WK	lose geb. Liste	d'Hondt	keine
Frankreich	72	74	8	starre Liste	Hare/d'Hondt	5 % (im WK)
Griechenland	22	21	nat. WK	starre Liste	Droop/größter Überrest	keine
Irland	12	11	4	freie Liste/STV	Droop/STV	keine
Italien	72	73	5/nat. WK	lose geb. Liste	Hare/größter Überrest	4 %
Kroatien	-	11	nat. WK	lose geb. Liste	d'Hondt	5 %
Lettland	8	8	nat. WK	lose geb. Liste	Sainte-Laguë	5 %
Litauen	12	11	nat. WK	lose geb. Liste	Hare-Niemeyer	5 %
Luxemburg	6	6	nat. WK	freie Liste	d'Hondt	keine
Malta	5	6	nat. WK	freie Liste/STV	Droop/STV	keine
Niederlande	25	26	nat. WK	lose geb. Liste	Hare/d'Hondt	keine
Österreich	17	18	nat. WK	lose geb. Liste	d'Hondt	4 %
Polen	50	51	13/nat. WK	starre Liste	d'Hondt (b)	5 %
Portugal	22	21	nat. WK	starre Liste	d'Hondt	keine
Rumänien	33	32	nat. WK	starre Liste	d'Hondt	5 %
Schweden	18	20	nat. WK	lose geb. Liste	mod. St.-Laguë	4 %
Slowakei	13	13	nat. WK	lose geb. Liste	Droop	5 %
Slowenien	7	8	nat. WK	lose geb. Liste	d'Hondt	4 %
Spanien	50	54	nat. WK	starre Liste	d'Hondt	keine
Tschechien	22	21	nat. WK	starre Liste	d'Hondt	5 %
Ungarn	22	21	nat. WK	starre Liste	d'Hondt	5 %
Vereinigtes Königreich	72	73	12 (c)	starre Liste	d'Hondt	keine
Zypern	6	6	nat. WK	starre Liste	Droop/größter Überrest	keine

Anmerkungen: (a) erste Spalte: für Wahlen 2009 nach Vertrag von Nizza; zweite Spalte für Wahlen 2014 nach Vertrag von Lissabon und nach Beitritt Kroatiens;
 (b) Vergabe der auf die Parteien national vergebenen Mandate auf die Wahlkreise nach Hare/Niemeyer;
 (c) Nordirland wählt in einem Wahlkreis drei Abgeordnete nach listenloser Verhältniswahl (STV)

1984 – ein kritisches Jahr

Martin Schlegel, Hagen

Bei „1984“ denken die meisten an Orwell, ich eher an die damalige Kommunalwahl. Sie war die erste, die ich zu organisieren hatte – und hätte leicht meine letzte sein können. Doch ich hatte Glück und so folgten weitere.

Bezeichnet man die Europawahl schon mal als Fingerhutwahl, weil die Probleme und öffentliche Aufmerksamkeit in einen Fingerhut passen, so ist jede Kommunalwahl das andere Extrem. Selbst der kleinste Verdacht eines Fehlers wird zur Kenntnis genommen – gerne auch von der Lokalpresse. Da ist man als Wahl-Novize froh, wenn man wenigstens teilweise durch kundige Kräfte entlastet wird; z. B. durch die erfahrene Sekretärin der damaligen Mehrheitspartei. Die von ihr eingereichten Wahlunterlagen waren tipp-topp. Kein Gewusel und Geschmiere; es gab keinen Anlass für Nachfragen oder Nachlieferungen. Das freut einen, so etwas spart Zeit – und davon hat man ja ohnehin nicht viel.

Doch zwei Tage vor der Sitzung des Wahlausschusses platzte die Bombe. Ganz leise, nur ich hörte es.

Bei der mir sehr gut bekannten Partei war es üblich, dass die 30 Personen, die für ein Direktmandat kandidierten, auf der Reserveliste die Plätze 1–30 einnahmen. Jeder dieser 30 Leute hatte ordnungsgemäß eine Zustimmungserklärung abgegeben; allerdings nur für das Direktmandat, nicht auf der Reserveliste. Dort begannen die Unterschriften erst bei Platz 31. Das betraf beispielsweise den OB-Kandidaten, der auch noch in einem Wahlbezirk antrat, wo selbst er keine Chance hatte, der also auf die Reserveliste angewiesen war.

Was tun?

Der eine Weg war, die fehlenden Unterschriften noch einzutreiben. Theoretisch machbar, so etwas kriegt man hin. Doch Urlaub, Krankheit, Dienstreise waren Gegebenheiten, für die entscheidenden Tage unerreichbar zu sein. Dann wäre das Problem

öffentlich geworden, die Bombe wäre laut hochgegangen.

Deswegen ging ich einen anderen Weg, die Jäger kennen hier den Begriff der „Ablenkenden Fütterung“.

Die Sitzung des Wahlausschusses wird von einer eingespielten Routine beherrscht: Der Wahlleiter gibt einen Bericht. Dann erhalten die Mitglieder des Ausschusses die eingereichten Unterlagen: Sitzungsprotokolle, Vorschlagslisten, Zustimmungserklärungen und Unterstützungsunterschriften. Nun haben die Mitglieder Zeit, sich alles anzusehen. Das tun sie auch, wobei sie vor allem an einem interessiert sind, den Unterstützungsunterschriften. „Sind Bekannte dabei? Hat einer meiner Partei für eine andere Partei unterschrieben?“ Natürlich darf man nicht drüber reden, aber wissen will man es schon.

Also habe ich in einen Ordner die SPD und die DKP gepackt. So blieb die SPD unbesichtigt und unbeanstandet.

Wer sagt eigentlich, die DKP sei zu nichts nütze gewesen?

Leise Bombe

Fingerhutwahl

SPD und DKP

Über Statistik:

*Wissen ist Macht.
Zu viel Wissen
ist Ohnmacht.*

Wissenschaftsstädte in Europa – Eine aktuelle Analyse – Teil 1

Günther Bachmann, Darmstadt

*„Schau zurück auf die großen Reiche,
die kamen und gingen,
und du kannst in die Zukunft sehen.“*

MARC AUREL

Über 400.000 Rollen

Einleitung

Die Entstehung der modernen europäischen Wissenschaftsstadt ist aufs Engste mit der Gründung der ersten Universitäten in Europa verbunden. Doch bereits in der Konstitutionsphase früher Imperien der Menschheit gab es berühmte „Orte des Wissens“, in denen versucht wurde, das gesammelte Wissen der damaligen Zeit zusammen zu tragen. Erwähnt seien hier drei prominente Beispiele der frühen Wissenschaftsstädte: die Bibliothek des neuassyrischen Königs Assurbanipal, die große Bibliothek von Alexandria und die historische Universität von Nalanda im indischen Bundesstaat Bihar.

Die Bibliothek des Assurbanipal

Der ungeheure Wissensschatz der Bibliothek des Assurbanipal¹ in Ninive umfasste mit über 25.000 Tontafeln das gesamte Wissen der damaligen Zeit über die Kulturen des alten Mesopotamien. Vom assyrischen Herrscher Assurbanipal wurde in seinem Palast in seiner Regierungszeit von 668 bis 627 v. Chr. eine Vielzahl an Werken der Medizin, Mathematik, Astronomie und Astrologie, der Philosophie und Philologie, ferner wichtige Texte wie das Gilgamesch-Epos, Gebete, Lieder, Rechtsurkunden, Abschriften des Codex Hammurabi, Wirtschafts- und Verwaltungstexte, Briefe, Verträge, his-

25.000 Tontafeln

10.000 Studenten

torische Texte, politische Palastnotizen, Königslisten wie auch poetische Literatur zusammen getragen, selbstverständlich auch Statistiken für eine „Gebäude- und Flächennutzungszählung“.

Die Bibliothek von Alexandria

Die Bibliothek von Alexandria in Ägypten wurde im 3. Jahrhundert v. Chr. zur bedeutendsten Forschungsstätte der Antike, die Bibliothek verfügte über für die damaligen Verhältnisse enormen, aber heute unbekanntem Bestand an Schriftrollen. Die wesentliche Funktion der Bibliothek war die einer Schul- und Forschungsbibliothek und hatte einen erheblichen Anteil daran, dass Alexandria im 3. Jahrhundert v. Chr. Athen als Zentrum der griechischen Wissenschaft ablöste. Die Bibliothek von Alexandria gilt als legendäre Urform einer Universalbibliothek und idealtypischer Wissensspeicher. Die Bibliothek diente aber nicht nur wissenschaftlichen Zwecken, sondern auch der Machtdemonstration der griechisch-ägyptischen Herrscher und ihrer groß angelegten Kulturpolitik. „Die schon bald nach der Gründung in der Bibliothek vorhandene ungeheure Menge an Schriften deckte alle Wissensgebiete ab. Sie umfasste Werke über naturwissenschaftliche Themen (besonders Astronomie), Mathematik, Medizin

und Philosophie samt ausführlichen Kommentaren dazu.“² Aus den von antiken und mittelalterlichen Autoren überlieferten Angaben ist ein Bestand von 400.000 bis 500.000 Rollen zu erschließen. Das Ziel eines möglichst großen Bestandes hing wohl auch dem Willen der Betreiber zusammen, Alexandria gegenüber anderen Bildungszentren zu profilieren und damit ihren Ruhm zu mehren und ihre kulturpolitische Position nach Innen und Außen zu stärken. So wird von einem Konkurrenzkampf mit der später gegründeten Bibliothek von Pergamon berichtet.

Die buddhistische Wissenschaftsstadt Nalanda

Ein weiteres Beispiel für eine frühe Stadt der Wissenschaften ist die berühmte buddhistische Universitätsstadt Nalanda³ in Nordindien mit ihrer Vielzahl an Fachbereichen, von den Fakultäten buddhistischer Religionsinterpretation bis hin zu Mathematik, Astronomie und Medizin. Hier befand sich die größte buddhistische Universität, gegründet im 5. Jh. n. Chr., an der über 10.000 Studenten und 1.000 Professoren studierten und lehrten. Zu ihr gehörten neunstöckige Bauten, eine Vielzahl von Tempeln und Klöster sowie eine kulturell-soziale Infrastruktur. Die Bibliothek soll 9 Millionen Bücher umfasst ha-

ben. Sie war damit zugleich das größte Lehrzentrum der antiken Welt überhaupt. Die Universität wurde Ende des 12. Jahrhunderts im Zuge der islamischen Eroberung Indiens und der damit verbundenen Vernichtung des Buddhismus in Nordindien völlig zerstört.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Nähe zur Königsmacht, die religiöse Interpretationshoheit und der Wissensvorteil in Konkurrenz zu anderen Städten oder Imperien für die Konstituierung der frühen „Wissenschaftsstädte“ von entscheidender Bedeutung war. Je nach Herrschaftssituation waren die frühen Zentren der Wissenschaft jedoch sehr bedroht, gerade die Anbindung an die jeweilige Herrschergruppe konnte im Rahmen kriegerischer Handlungen zum Niedergang oder gar zur Zerstörung der Bibliothek, der Universität und sogar der ganzen Stadt führen.

in Europa war auch die Entstehung von ersten Ansätzen von Wissenschaftsstädten verbunden.

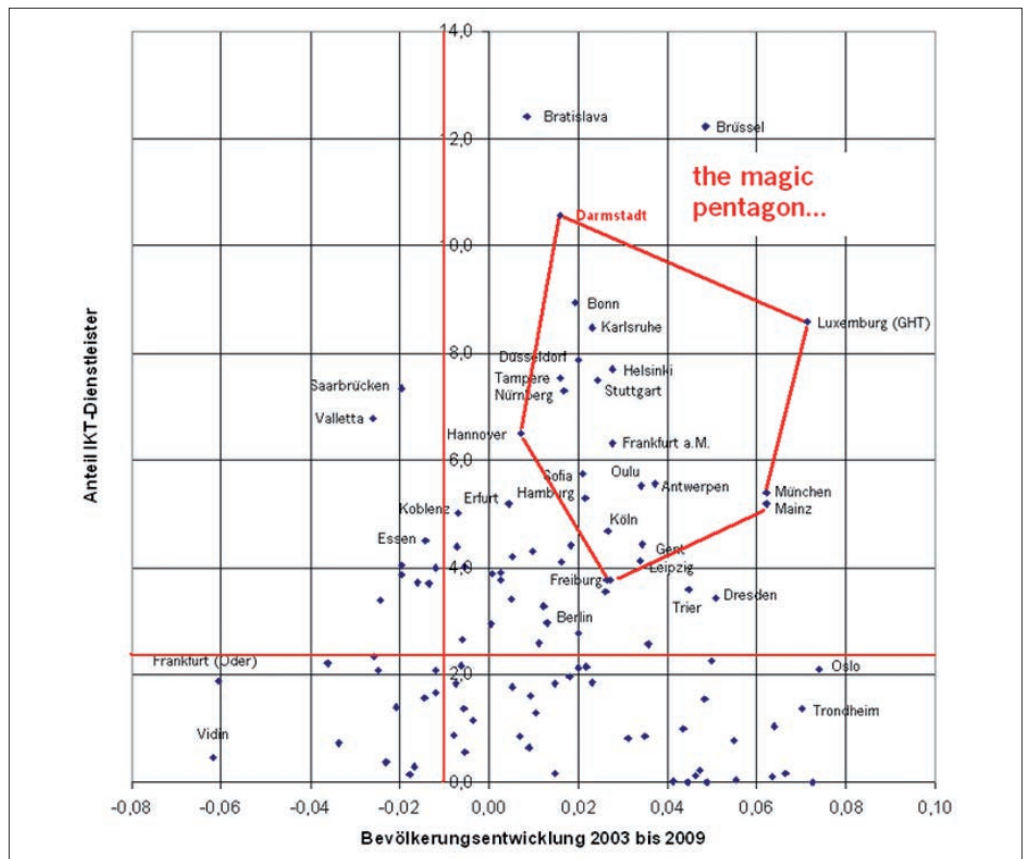
Anders als die stets bedrohten frühen „Wissenschaftsstädte“ der Antike waren die Städte Europas mit ihren Universitäten eine „Angelegenheit auf Dauer“: auffällig ist ihre Dezentralität, vor allem in Deutschland, die Kontinuität der zumindest großen Einrichtungen – selbst über Kriege und Weltkriege hinweg – und die zunehmende Differenzierung in Bezug auf die Fachthemen und -bereiche. Jacques Verger⁵ schreibt dazu, dass es sich bei diesem Modell des Wissensortes, das sich allmählich in ganz Europa und dann über die ganze Welt ausbreitete, tatsächlich um eine neue Institution, die man nur auf Grund einer geschichtlichen Analyse ihrer Entstehung und Entwicklung in Europa definieren kann, handelte.⁶

Beschäftigte im Bereich IKT-Dienstleistungen an allen		
CITIES/TIME	2007	2009
Luxemburg (Stadt)	19,8	
Bratislava	12,4	
Bruxelles / Brussel	12,2	
Darmstadt	10,6	
Bonn	8,9	
Helsinki	8,8	
Luxemburg (Großherzogtum)	8,6	
Karlsruhe	8,5	
Düsseldorf	7,9	
Kernel Helsinki	7,7	
Stuttgart	7,5	
Tampere	7,5	
Saarbrücken	7,3	
Nürnberg	7,3	
Valletta	6,8	
Hannover	6,5	
Frankfurt am Main	6,3	
Sofia	5,8	
Antwerpen	5,6	
Oulu	5,5	
München	5,4	
Hamburg	5,3	
Erfurt	5,2	
Mainz	5,2	
Koblenz	5,0	
Köln	4,7	
Essen	4,5	
Gent	4,4	
Kiel	4,4	
Dortmund	4,4	
Wiesbaden	4,3	
Vilnius	4,2	
Leipzig	4,1	
Namur	4,1	

Grafik 1: IKT-Beschäftigte an allen Beschäftigten in europäischen Großstädten

Die Geburt der Wissenschaftsstadt

In einer Gründungswelle im 12. Jahrhundert breiteten sich in ganz Europa Universitäten als welt- und kirchenrechtliche Wissenszentren aus. Die allerersten Universitäten⁴ waren die Rechtsschulen zu Bologna von 1088, die Medizinschulen von Salerno (1057) und die Universitäten von Paris (ca. ab 1150), Oxford in 1167, Cambridge 1209, sowie Salamanca in 1218, Montpellier 1220 und Padua 1222. Die nach unserem heutigen Verständnis so genannte Universität ist als Bildungsinstitution eine originäre Schöpfung des ausgehenden europäischen Mittelalters und wurde durch die Reformation und die Jahrzehnte der Aufklärung grundlegend reformiert und modernisiert. Mit der Gründung und Verfestigung der Universitäten



Grafik 2: Das magische Fünfeck – demografische Entwicklung und IKT-Beschäftigtenindikator

Eine einschneidende Veränderung der europäischen Universitätsstädte bewirkte die neuzeitliche Entwicklung der Naturwissenschaften und der Technologien, die mit ihren personal- und ressourcenintensiven Voraussetzungen die Konkurrenz untereinander und zwischen Ländern und Nationen forcierten. Allerdings ist der originäre Begriff der „Wissenschaftsstadt“ ein Begriff, der erst in den 1990er Jahren aufkommt und im Folgenden genauer definiert und analysiert werden wird.

Die Wissenschaftsstadt – ein vorerst unscharfer Begriff

Eine der ersten Publikationen zum Thema Wissenschaftsstadt überhaupt war die Veröffentlichung des Atlases der Wissenschaftsstädte und Wissenschaftsparks⁷ von Yann Couvidat und Julien Giusti in 1991. Couvidat und Giusti sind u. a. die ersten Autoren, die umfangreich die Rolle der Städte und der in ihnen lebenden Hochqualifizierten im Sinne eines modernen Begriffs von Wissenschaftsstadt beschreiben⁸. Interessant ist der Atlas der Technopolen aus heutiger Sicht, insbesondere welche Städte zu Beginn der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts im Atlas noch nicht aufgeführt waren und die heute in Rankings, wissenschaftlichen Publikationen oder Analysen als das Modell der Wissenschaftsstadt schlechthin gehandelt werden, wie noch gezeigt wird.

Mit seiner Veröffentlichung von 2003 hat Richard Florida⁹ die Analyse der modernen „Science City“ sehr bereichert: die drei TTTs – Talente, Technologie und Toleranz – sind bisher praktisch unwidersprochen untrennbar mit dem Begriff der

Wissenschaftsstadt, seiner kulturell-sozialen und infrastrukturellen Besonderheiten verbunden. Untersucht man europäische Städte nach Merkmalen für Wissenschaftsstädte, so wird deutlich, dass Städte über 500.000 Einwohnerinnen und Einwohner – positive Rahmenbedingungen vorausgesetzt – offenbar einen „strategischen Vorteil“ besitzen: es liegt hier nahe, das Argument der Anziehungskraft der so genannten Kreativen Klasse nach Richard Florida einzuführen.

Doch neben den großen Metropolen und Hauptstädten, die mit ihren Bildungseinrichtungen und kreativen Milieus a priori als Wissenschaftsstädte gelten, werden zunehmend mehr die mittelgroßen Städte als Wissenschaftsstädte in Europa¹⁰ wahrgenommen, denen eine wesentlich gewichtigere Rolle und Funktion in Bezug auf die Gesamtökonomie und technologische Entwicklung der modernen Gesellschaften zugewiesen werden muss. Paul Benneworth¹¹ hat in mehreren Veröffentlichungen, unter anderem in Spezialstudien für die OECD, auf die Rolle der mittelgroßen Großstädte in Europa, die Rolle der kreativen Milieus und die Spezifika moderner Hochtechnologie hingewiesen.

Daten des Urban Audit

Für eine erste Analyse europäischer Wissenschaftsstädte, die nicht zugleich Hauptstädte ihres Landes sind, wird im Folgenden die Konstruktion eines „einfachen Indikators“ vorgenommen. Es wird versucht, die demografische Bevölkerungsentwicklung und der Anteil der IKT-Beschäftigten an allen Beschäftigten mit den Städtedaten des Urban Audit analytisch auszuwerten. So ist die Entwick-

lung der Beschäftigung regional sehr unterschiedlich – denn in der modernen Wissensgesellschaft ist die Nähe zu anderen Unternehmen der gleichen oder ähnlichen Branche, zu Absatzmärkten, Wissenszentren und Forschungseinrichtungen immer wichtiger geworden. Ausgehend von den Daten der EU-Kommission und von Eurostat, die auf den bekannten Internetseiten der Urban Audit-Städtedaten¹² zu finden sind, wird ein demografischer Index und ein Verhältnisindex mit dem Anteil der IKT-Beschäftigten an allen Beschäftigten gebildet. Leider sind nicht für alle europäischen Großstädte alle Daten zu Beschäftigung und/oder Demografie verfügbar, deshalb werden die vorhandenen fast vollständigen Daten für die Zeitperiode von 2003, 2007 und 2009 analysiert.

In Grafik 1 wird der Anteil der IKT-Beschäftigten an allen Beschäftigten in europäischen Großstädten für den Zeitraum 2007 bis 2009 beispielhaft anhand einer Excel-Tabelle gezeigt.

Zur besseren Orientierung markieren die beiden roten Linien im Diagramm den bundesdeutschen Durchschnitt der beiden Indikatoren. In der Horizontalen sind die demografischen Veränderungen im Zeitraum von 2003 bis 2009 aufgetragen, in der Vertikalen die Anteile an IKT-Beschäftigten an allen Beschäftigten. Auffällig sind die Gruppen von großen bis mittelgroßen europäischen Städten, die sowohl positive demografische Entwicklungen im beobachteten Zeitraum aufzuweisen haben sowie einen hohen Anteil an IKT-Dienstleistern an allen Beschäftigten.

Für Deutschland sind dies unter anderem Städte wie Düsseldorf, Nürnberg, Bonn, Karlsruhe,

Atlas der
Wissenschaftsstädte

Floridas TTT

Stuttgart, Frankfurt am Main, Darmstadt, Freiburg im Breisgau, Köln, Leipzig, München, Mainz oder Hamburg. Typische europäische Wissenschaftsstädte wie Oulu und Tampere in Finnland oder Antwerpen und Gent in Belgien sind ebenfalls zu identifizieren. Leider hatten zum Veröffentlichungszeitpunkt die französischen Städte, insbesondere z. B. Toulouse oder Montpellier, keine demografischen Daten an Eurostat übermittelt, so dass sie in der Grafik nicht erscheinen. Generell ist festzuhalten, dass die Datenkombination aus den beiden Indikatoren Bevölkerungsentwicklung und IKT-Beschäftigte erfolgreich aufzeigt, dass ein erheblicher Teil der europäischen Wissenschaftsstädte hohe Beschäftigtenanteile im Bereich IKT sowie eine positive Bevölkerungsentwicklung hat.

Ausblick

Im noch folgenden, zweiten Teil des Aufsatzes werden die neuen methodischen Ansätze zu Wissenschaftsstädten, wie sie unter anderem von Richard Florida sowie von Lutz Bornmann und Loet Leydesdorff erarbeitet wurden, vorgestellt und mit den neuesten Daten des Urban Audit Projektes analysiert. Ferner werden die Ergebnisse der neuen, in 2014 veröffentlichten

Studie der EU-Kommission zum EU-Atlas der IKT-Spitzenkompetenzpole kritisch analysiert und mit Ergebnissen der Urban Audit-Datenanalyse verglichen. In dem neuen EU-Bericht wurden alle 1.303 EU-Regionen (NUTS3-Regionen) auf ihre IKT-Tätigkeiten hin untersucht, was weiter wichtige Hinweise auf die Stadtanalyse der europäischen Wissenschaftsstädte eröffnet. Ferner kann eine multivariate Datenanalyse der europäischen Urban Audit-Daten neue Einblicke in die soziale, ökonomische und ökologische Verfasstheit europäischer Städte bieten.

Anmerkungen

- 1 A. Leo Oppenheimer, *Ancient Mesopotamia. Portrait of a Dead Civilisation*, The University of Chicago Press, Chicago and London 1977, S. 243 ff.
- 2 Siehe ausführlich dazu Luciano Canfora, *Die verschwundene Bibliothek*, Rotbuch Verlag Berlin 1988 sowie den Eintrag in Wikipedia: http://de.wikipedia.org/wiki/Bibliothek_von_Alexandria (abgerufen am 23.06.2014).
- 3 Siehe dazu die lebendige Beschreibung der Universität von Nalanda durch den chinesischen Mönch Hsüan-tsang in: René Grousset, *Die Reise nach Westen*, Diederichs Gelbe Reihe, München 1994, S. 256-267 und Thomas Watters, *On Yuan Chwang's travels in India*, Vol. I & II, Munshiram Manoharal Publishers, New Delhi, India, 1996, Vol. II, S. 165–170, ferner den Eintrag zu Nalanda bei Wikipedia unter <http://de.wikipedia.org/wiki/Nalanda>, abgerufen am 23.06.2014.
- 4 Siehe dazu den Eintrag zu den Universitäten bei Wikipedia unter http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Ältesten_Universitäten, abgerufen am 23.06.2014.
- 5 Jacques Verger, „Grundlagen“, in: Walter Rüegg, (Hrsg.): *Geschichte der Universität in Europa*. Bd. I: Mittelalter, C. H. Beck, München 1993, S. 49, zitiert nach Wikipedia, unter http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Ältesten_Universitäten, abgerufen am 23.06.2014.
- 6 Jacques Verger, „Grundlagen“, in: Walter Rüegg, (Hrsg.): *Geschichte der Universität in Europa*. Bd. I: Mittelalter, C. H. Beck, München 1993, S. 49, zitiert nach Wikipedia, unter http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Ältesten_Universitäten, abgerufen am 23.06.2014.
- 7 Yann Couvidat, Julien Giusti, *Atlas international des Technopoles*, Syros-Alternatives, Paris 1991.
- 8 A. a. O., S. 20 ff.
- 9 Richard Florida, *The Rise of the Creative Class – and how it's transforming work, leisure, community, and everyday life*, New York 2003.
- 10 Sehr differenziert zur Entwicklung der europäischen Großstadt ist die Studie des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Deutsches Institut für Urbanistik u. a., *Second State of European Cities Report*, Research Project for the European Commission, DG Regional Policy, Essen 2010.
- 11 Siehe z. B. Benneworths Studien für die OECD sowie Benneworth, P. S., Hospers, G. J. & Timmerman, P. (2009) "Who builds "science cities" and "knowledge parks"? High technology firms mobilising heterogeneous commercialisation networks" in R. Oakey, S. Kauser, A. Groen and P v.d. Sijde (eds.) *New technology based firms in the new millennium Vol 7*, London: Elsevier 2009.
- 12 Siehe dazu die Internetseiten unter http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/region_cities/city_urban/data_cities/database_sub1 (abgerufen am 19.11.2012).

Über Statistik:
Manche Statistiker
leiden gar nicht unter
ihrer Zahlenmanie und
ihrem Deutungsverzicht.

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Werner Münzenmaier, Stuttgart

Großstädte wachsen

Wie ist die wirtschaftliche Lage unserer Städte? Eine Bestandsaufnahme ergibt ein recht differenziertes Bild: Boomenden Städten mit guten Entwicklungspotenzialen stehen Städte mit Altlasten und eher ungünstigen Perspektiven gegenüber. Die aktuell bis 2011 vorliegenden Daten der Arbeitskreise „Erwerbstätigenrechnung“ und „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ für kreisfreie Städte und Landkreise ermöglichen eine Untersuchung in Bezug auf die Entwicklung von Bevölkerung und Erwerbstätigkeit größerer Städte seit Beginn dieses Jahrtausends¹. Dabei werden die Erwerbstätigen für diejenige Stadt nachgewiesen, in der sie arbeiten (Arbeitsortkonzept), die Bevölkerung natürlich am Wohnort. Die Differenz zwischen der Zahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort und am Wohnort wird maßgeblich durch den Saldo aus Ein- und Auspendlern bestimmt.

Deutschland schrumpft

Mehr Erwerbstätige

Entwicklungstrends für Bevölkerung und Erwerbstätigkeit:

In Großstädten ...

Tabelle 1 stellt die Entwicklung der Zahl der Einwohner und der Erwerbstätigen in Großstädten mit 500.000 und mehr Einwohnern für 2000 bis 2011 dar. Bemerkenswer-

terweise können danach die meisten Großstädte auf einen – teilweise sogar recht kräftigen – Bevölkerungszuwachs zurückblicken, wohingegen in Deutschland insgesamt die Zahl der Einwohner um -0,5% rückläufig war. Sogar zweistellige Zuwachsraten erreichten die Städte München (+13,5%) und Dresden (+10,2%), recht stark gestiegen sind die Einwohnerzahlen außerdem in Leipzig (+6,6%), Frankfurt am Main (+6,2%), Köln (+5,1%), Hamburg (+4,8%) und Stuttgart (+4,6%). Demgegenüber mussten die Ruhrgebietsstädte Duisburg (-5,5%), Essen (-3,9%) und Dortmund (-1,5%) Bevölkerungsverluste hinnehmen, die sogar deutlicher ausgefallen sind als im nationalen Durchschnitt.

Während also in Deutschland die Bevölkerung von 2000 bis 2011 leicht abgenommen hat, ist die Zahl der Erwerbstätigen im gleichen Zeitraum um immerhin +4,5% angewachsen. Wie Tabelle 1 zeigt, konnten alle Großstädte Deutschlands ihre Erwerbstätigkeit ausbauen, wenngleich in sehr unterschiedlichem Ausmaß. So stand einer kräftigen Ausweitung in Dresden (+10,7%), Hamburg (+9,8%), Leipzig (+9,7%), Köln und Dortmund (jeweils +9,6%) sowie Düsseldorf (+9,5%) ein nur mäßiger Anstieg in Duisburg (+0,4%) gegenüber. Unter dem nationalen Durchschnitt blieb der

Arbeitsplatzausbau auch in Stuttgart (+1,7%), Nürnberg (+2,0%), Essen (+2,7%), Bremen (+3,5%) und Hannover (+4,0%).

Die Erwerbstätigenentwicklung offenbart einige interessante Besonderheiten. So gehört Dortmund trotz Bevölkerungsverlust zu den Städten mit einem besonders kräftigen Arbeitsplatzaufbau, während die beiden anderen Ruhrgebietsstädte Duisburg und Essen neben Einwohnerverlusten nur unterdurchschnittliche Steigerungen der Erwerbstätigenzahlen verzeichnen konnten. Die drei süddeutschen Großstädte München, Stuttgart und Nürnberg zeichnen sich unter anderem dadurch aus, dass in ihnen – entgegen dem Trend in Deutschland und in den anderen Großstädten – die Zahl der Einwohner deutlich stärker, nämlich durchweg mit mehr als doppelt so hohen Zuwachsraten angestiegen ist wie die Zahl der Erwerbstätigen. Die insoweit relativ schwache Ausweitung der Arbeitsplätze hängt möglicherweise mit einem dort schon weitgehend ausgeschöpften Erwerbspersonenpotential zusammen, abzulesen aus recht niedrigen Arbeitslosenzahlen dieser Städte.

... und in weiteren größeren Städten

Auch unter den in Tabelle 2 ausgewiesenen Städten mit 200.000 bis unter 500.000 Ein-

wohnern² ist in einigen süd-deutschen Städten (Augsburg, Mannheim, Karlsruhe, Mainz) die Zahl der Einwohner kräftiger angewachsen ist als die Zahl der Erwerbstätigen, außerdem in Bonn sowie in den ostdeutschen Städten Erfurt und Rostock.

Ansonsten ist die Situation in dieser Gruppe größerer Städte deutlich differenzierter als bei den Großstädten: Starke Bevölkerungsgewinnen, so vor allem in Freiburg (+10,8%), Mainz (+9,8%), Bonn (+8,4%) und Münster (+8,3%), standen beträchtliche Einwohnerverluste in den ostdeutschen Städten Halle (-7,3%) und Chemnitz (-7,0%) gegenüber, ebenso in den nordrhein-westfälischen Städten Wuppertal (-4,9%), Bochum (-4,6%), Gelsenkirchen und Oberhausen (jeweils -4,3%), Krefeld (-2,6%) und Mönchengladbach (-2,2%). Ein Teil dieser Städte mit starkem Bevölkerungsrückgang konnte allerdings die Erwerbstätigkeit ausweiten, so Gelsenkirchen (+2,8%), Mönchengladbach (+2,1%) und Oberhausen (+2,0%). Besonders kräftige Beschäftigungseinbußen mussten unter den Städten mit rückläufiger Bevölkerung Halle (-10,0%) und Wuppertal (-8,1%) hinnehmen.

Vergleich von Bevölkerungs- und Erwerbstätigen-entwicklung

Den Zusammenhang zwischen der Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Bevölkerung im Zeitraum 2000 bis 2011 illustriert Schaubild 1, in dem die prozentuale Veränderung der Zahl der Einwohner auf der Abszisse und diejenige der Zahl der Erwerbstätigen auf der Ordinate abgebildet sind. Die eingezeichneten Punkte geben die Entwicklung

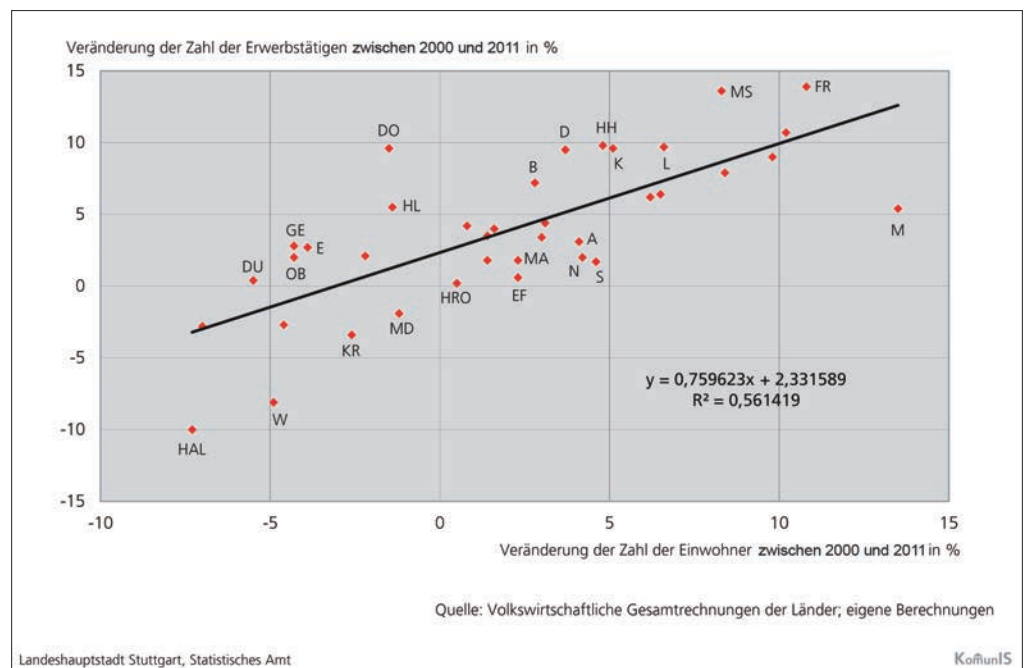


Abbildung 1

der insgesamt 38 Städte wieder, wie sie in den Spalten 1 und 2 der Tab. 1 und 2 vermerkt sind. Die ebenfalls eingezeichnete Trendgerade ist diesen Punkten so angepasst, dass die vertikalen Differenzen zwischen den Punkten und der Geraden minimiert sind („Methode der kleinsten Quadrate“).

Aus dem Verlauf dieser Geraden geht hervor, dass in der Tendenz die Entwicklung die Zahl der Erwerbstätigen einer Stadt umso günstiger (ungünstiger) ausfällt, je günstiger (ungünstiger) sich die Zahl der Einwohner verändert hat. Allerdings gibt es für einzelne Städte deutliche Abweichungen vom allgemeinen Trend, was sich im Schaubild durch entsprechend hohe Streuungen einzelner Punkte um die Trendgerade ausdrückt und durch den Wert des Bestimmtheitsgrades R² in Höhe von 0,561 bestätigt wird.³ Städte mit besonders markanten Abweichungen vom Trend sind in Schaubild 1 mit ihren Kfz-Kennzeichen markiert. Dabei sind, bei einer Betrachtung im Uhrzeigersinn, folgende Auffälligkeiten zu vermerken:

- Die Universitätsstädte Freiburg und Münster sowie die

Großstädte Hamburg, Köln, Düsseldorf, Leipzig und auch noch Berlin verzeichnen bei einer überdurchschnittlich guten Bevölkerungsentwicklung einen Anstieg der Erwerbstätigkeit, der – zum Teil deutlich – kräftiger ausfällt als im Trend der Städte.

- Demgegenüber kann die bayerische Landeshauptstadt München mit dem weitaus höchsten Bevölkerungswachstum zwar auch auf eine Zunahme der Erwerbstätigkeit zurückblicken, diese bleibt jedoch deutlich hinter dem zurück, was – gemessen an der Trendlinie – die Bevölkerungsentwicklung erwarten lässt. Auch andere süddeutsche Städte wie Stuttgart, Nürnberg, Augsburg und Mannheim sowie die ostdeutschen Städte Erfurt und noch Rostock verzeichnen bei anwachsender Bevölkerung eine Zunahme der Erwerbstätigkeit, die insoweit hinter dem Trend zurückbleibt.
- Umgekehrt weisen die beiden sachsen-anhaltinischen Städte Magdeburg und vor allem Halle sowie die nord-

BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT

Stadt		Einwohner	Erwerbstätige										
			insgesamt	darunter						insgesamt	Dienstleistungsbereiche		
				Produzierendes Gewerbe			Dienstleistungsbereiche				Handel, Verkehr	Finanz-, Unternehmensdienstleister	Öffentliche Dienstleister
				insgesamt	darunter		insgesamt	davon					
Verarbeiten-des Gewerbe	Baugewerbe	Verarbeiten-des Gewerbe	Baugewerbe										
Berlin	B	+ 2,8	+ 7,2	- 24,1	- 16,8	- 30,5	+ 14,0	+ 10,7	+ 20,0	+ 13,1			
Bremen	HB	+ 1,4	+ 3,5	- 17,6	- 16,3	- 25,3	+ 10,2	- 2,8	+ 36,7	+ 10,8			
Dortmund	DO	- 1,5	+ 9,6	- 19,6	- 22,6	- 20,9	+ 17,0	+ 9,6	+ 28,3	+ 17,9			
Dresden	DD	+ 10,2	+ 10,7	- 6,8	+ 7,5	- 20,8	+ 15,3	+ 5,1	+ 32,1	+ 14,0			
Düsseldorf	D	+ 3,7	+ 9,5	- 17,7	- 19,6	- 24,5	+ 14,5	+ 6,8	+ 26,2	+ 11,8			
Duisburg	DU	- 5,5	+ 0,4	- 13,1	- 2,7	- 12,7	+ 5,8	- 1,8	+ 23,6	+ 4,2			
Essen	E	- 3,9	+ 2,7	- 20,8	- 23,3	- 18,5	+ 8,3	- 4,0	+ 21,2	+ 10,6			
Frankfurt	F	+ 6,2	+ 6,2	- 21,9	- 25,9	- 13,1	+ 11,1	+ 5,6	+ 11,2	+ 19,0			
Hamburg	HH	+ 4,8	+ 9,8	- 17,0	- 14,1	- 25,3	+ 15,3	+ 7,3	+ 26,1	+ 16,5			
Hannover	H	+ 1,6	+ 4,0	- 21,3	- 23,0	- 28,5	+ 10,1	- 1,0	+ 11,1	+ 17,9			
Köln	K	+ 5,1	+ 9,6	- 12,5	- 15,7	- 15,1	+ 14,2	- 1,8	+ 29,6	+ 20,4			
Leipzig	L	+ 6,6	+ 9,7	- 15,8	+ 13,9	- 25,8	+ 16,5	+ 8,1	+ 40,9	+ 8,2			
München	M	+ 13,5	+ 5,4	- 21,3	- 23,2	- 22,2	+ 11,4	- 1,4	+ 20,8	+ 15,3			
Nürnberg	N	+ 4,2	+ 2,0	- 22,1	- 22,0	- 27,4	+ 9,5	- 5,6	+ 25,3	+ 15,8			
Stuttgart	S	+ 4,6	+ 1,7	- 18,2	- 17,7	- 21,7	+ 7,7	- 4,2	+ 8,0	+ 17,4			
Deutschland		- 0,5	+ 4,5	- 10,1	- 7,3	- 17,0	+ 11,0	+ 3,7	+ 26,6	+ 10,0			

Tab. 1: Entwicklung der Zahl der Einwohner und der Zahl der Erwerbstätigen in Städten mit 500.000 und mehr Einwohnern 2000 bis 2011 (Quelle: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder; eigene Berechnungen)

Stadt		Einwohner	Erwerbstätige										
			insgesamt	darunter						insgesamt	Dienstleistungsbereiche		
				Produzierendes Gewerbe			Dienstleistungsbereiche				Handel, Verkehr	Finanz-, Unternehmensdienstleister	Öffentliche Dienstleister
				insgesamt	darunter		insgesamt	davon					
Verarbeiten-des Gewerbe	Baugewerbe	Verarbeiten-des Gewerbe	Baugewerbe										
Augsburg	A	+ 4,1	+ 3,1	- 18,0	- 15,7	- 34,7	+ 11,0	+ 0,7	+ 16,8	+ 16,5			
Bielefeld	BI	+ 0,8	+ 4,2	- 22,9	- 25,7	- 17,4	+ 13,2	+ 0,6	+ 25,7	+ 19,0			
Bochum	BO	- 4,6	- 2,7	- 31,9	- 38,0	- 11,4	+ 7,6	- 3,1	+ 36,5	+ 5,1			
Bonn	BN	+ 8,4	+ 7,9	- 33,8	- 43,8	- 9,6	+ 13,1	+ 3,8	+ 39,1	+ 9,5			
Braunschweig	BS	+ 1,4	+ 1,8	- 13,6	- 12,1	- 22,3	+ 6,1	- 7,3	+ 23,6	+ 7,3			
Chemnitz	C	- 7,0	- 2,8	- 17,3	+ 1,1	- 37,5	+ 1,9	- 8,8	+ 22,1	- 2,2			
Erfurt	EF	+ 2,3	+ 0,6	- 21,8	+ 4,4	- 41,2	+ 6,2	- 4,3	+ 40,7	- 3,2			
Freiburg	FR	+ 10,8	+ 13,9	- 14,6	- 16,8	- 15,7	+ 19,2	+ 7,4	+ 22,3	+ 26,5			
Gelsenkirchen	GE	- 4,3	+ 2,8	- 9,3	- 16,4	+ 13,7	+ 6,2	+ 0,3	+ 59,0	- 6,5			
Halle	HAL	- 7,3	- 10,0	- 41,9	- 29,2	- 48,5	- 3,6	- 11,3	+ 29,7	- 10,8			
Karlsruhe	KA	+ 6,5	+ 6,4	- 11,1	- 18,3	- 15,0	+ 10,7	+ 2,4	+ 17,2	+ 14,5			
Kiel	KI	+ 3,1	+ 4,4	- 19,6	- 16,7	- 28,1	+ 8,9	- 1,4	+ 16,8	+ 12,2			
Krefeld	KR	- 2,6	- 3,4	- 22,2	- 21,0	- 15,3	+ 6,0	- 5,6	+ 20,8	+ 9,8			
Lübeck	HL	- 1,4	+ 5,5	- 8,8	- 6,1	- 9,6	+ 9,1	- 5,4	+ 36,2	+ 8,7			
Magdeburg	MD	- 1,2	- 1,9	- 29,0	- 5,7	- 47,5	+ 4,8	- 7,3	+ 46,8	- 6,3			
Mainz	MZ	+ 9,8	+ 9,0	- 31,4	- 32,4	- 16,8	+ 16,8	+ 4,9	+ 21,9	+ 23,9			
Mannheim	MA	+ 2,3	+ 1,8	- 8,5	- 13,0	- 0,3	+ 5,9	+ 3,1	+ 2,9	+ 12,0			
M'gladbach	MG	- 2,2	+ 2,1	- 23,8	- 26,8	- 9,0	+ 12,4	- 0,4	+ 40,2	+ 10,4			
Münster	MS	+ 8,3	+ 13,6	- 9,7	- 12,5	- 4,9	+ 17,1	+ 1,9	+ 29,1	+ 22,4			
Oberhausen	OB	- 4,3	+ 2,0	- 1,3	- 8,2	- 8,0	+ 1,0	- 1,3	+ 10,2	- 2,7			
Rostock	HRO	+ 0,5	+ 0,2	- 25,9	- 0,2	- 56,9	+ 5,7	- 1,6	+ 25,9	+ 1,7			
Wiesbaden	WI	+ 3,0	+ 3,4	- 16,5	- 21,9	- 4,3	+ 7,6	- 5,8	+ 12,4	+ 14,6			
Wuppertal	W	- 4,9	- 8,1	- 22,1	- 23,6	- 14,7	- 2,5	- 8,3	- 3,1	+ 2,5			

Tab. 2: Entwicklung der Zahl der Einwohner und der Zahl der Erwerbstätigen in Städten mit 200.000 bis unter 500.000 Einwohnern 2000 bis 2011 (Quelle: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder; eigene Berechnungen)

rhein-westfälischen Städte Krefeld und insbesondere Wuppertal Rückgänge ihrer Erwerbstätigkeit auf, die bei ohnehin negativer Bevölkerungsentwicklung deutlich stärker durchschlagen als es der Trend vorgibt.

- Schließlich erreichte die Stadt Dortmund trotz einer Bevölkerungsabnahme ein Wachstum der Erwerbstätigkeit, das lediglich von den ausgesprochen bevölkerungsdynamischen Städten Freiburg, Münster, Hamburg und Leipzig übertroffen wird. Auch die vier anderen Ruhrgebietsstädte Gelsenkirchen, Essen, Oberhausen und Duisburg sowie die Stadt Lübeck erzielten Zunahmen bei der Zahl der Erwerbstätigkeit, die sich bei gleichzeitiger Bevölkerungsabnahme insoweit positiv vom trendmäßigen Zusammenhang zwischen Bevölkerungs- und Erwerbstätigenentwicklung abheben.

Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftsbereichen⁴

Dienstleistungsbereiche

Die Erwerbstätigkeit in den Städten wird überwiegend durch Dienstleistungen unterschiedlicher Art bestimmt. Entsprechend lässt Schaubild 2 einen relativ starken Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich und insgesamt erkennen, ausgedrückt durch zumeist relativ geringe Streuungen der Punkte um die Trendgerade und ein mit 0,852 recht hohes Bestimmtheitsmaß R^2 . Im Einzelnen hat die Zahl der Erwerbstätigen in den Dienstleistungsbereichen in Deutschland zwischen 2000 und 2011 um + 11,0 % zugenommen

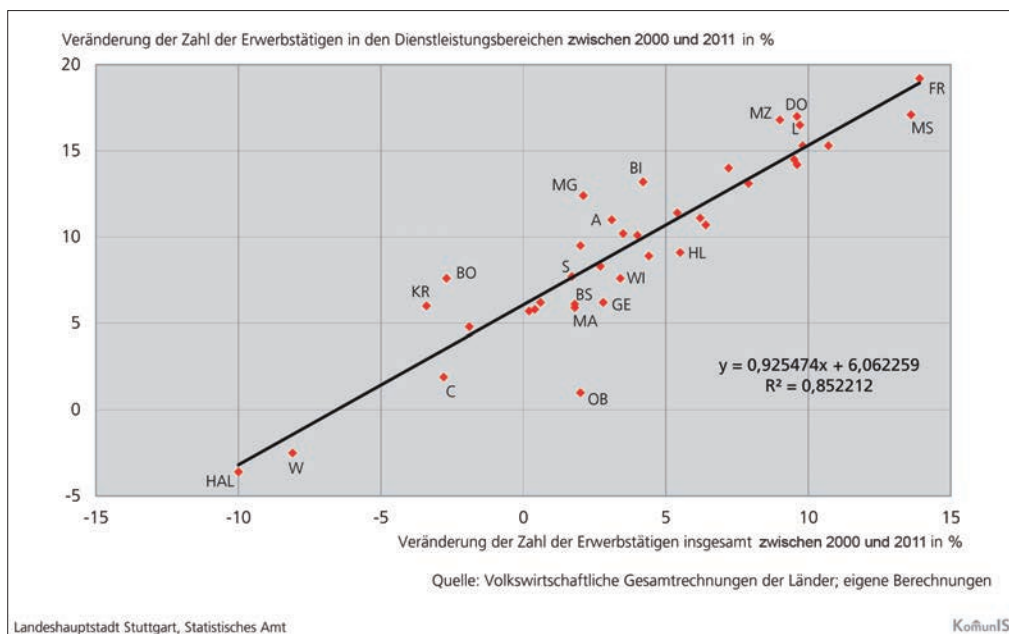


Abbildung 2

(Tab. 1). Unter den Großstädten deutlich über diesem Durchschnittswert bewegten sich die Zunahmen in den ostdeutschen Städten Leipzig (+ 16,5 %) und Dresden (+ 15,3 %) sowie in Hamburg (+ 15,3 %), Düsseldorf (+ 14,5 %), Köln (+ 14,2 %) und Berlin (+ 14,0 %). Der höchste Zuwachs aller Großstädte wurde allerdings für die Stadt Dortmund mit + 17,0 % ermittelt, wohingegen die beiden anderen Ruhrgebietsstädte mit + 5,8 % (Duisburg) und Essen (+ 8,3 %) unter den Großstädten am Ende rangieren. Auch die Zuwächse in Stuttgart (+ 7,7 %) und in Nürnberg (+ 9,5 %) sind hinter dem nationalen Durchschnitt zurück geblieben. Ebenfalls überdurchschnittlich hat unter den Städten mit 200.000 bis 500.000 Einwohnern (Tabelle 2) die Erwerbstätigkeit in den Dienstleistungsbereichen der Städte Freiburg (+ 19,2 %), Münster (+ 17,1 %), Mainz (+ 16,8 %), Bielefeld (+ 13,2 %), Bonn (+ 13,1 %) und Mönchengladbach (+ 12,4 %) zugenommen. Im Durchschnitt lagen die noch zweistelligen Steigerungsraten in den süddeutschen Städten Augsburg (+ 11,0 %) und Karlsruhe (+ 10,7 %). Demgegenüber

war die Entwicklung der Dienstleistungen in Halle mit -3,6 % rückläufig, und auch in Chemnitz (+ 1,9 %), in Magdeburg (+ 4,8 %), in Rostock (+ 5,7 %) und in Erfurt (+ 6,2 %) blieb der Personalaufbau deutlich unter dem nationalen Durchschnitt und fiel auch merklich geringer aus als in den beiden ostdeutschen Großstädten Leipzig und Dresden mit dort besonders hohe Zuwächsen. Rückläufig war die Entwicklung ebenfalls in Wuppertal (-2,5 %), und auch in den Ruhrgebietsstädten Oberhausen (+ 1,0 %), Krefeld (+ 6,0 %) und Gelsenkirchen (+ 6,2 %) waren die Dienstleistungsbereiche nicht sehr dynamisch. Gleiches trifft für die Stadt Mannheim mit + 5,9 % zu. Alle vorstehend aufgeführten Städte gehören zu denen, für die sich im Zusammenspiel zwischen der Entwicklung der Erwerbstätigkeit insgesamt und in den Dienstleistungsbereichen relativ markante Abweichungen zur Trendgeraden (Schaubild 2) feststellen lassen. So ist der Erwerbstätigenaufbau bei den Dienstleistungen in Oberhausen, Gelsenkirchen, Mannheim, Braunschweig, Wiesbaden, Lübeck und Münster schwächer ausgefallen als es dem Trendzu-

Dienstleistung dominiert

sammenhang zur gesamten Erwerbstätigkeit entsprochen hätte, und in Chemnitz, Wuppertal und auch Halle wäre, gemessen am jeweiligen Erwerbstätigenrückgang insgesamt, ebenfalls eine etwas günstigere Entwicklung bei den Dienstleistungen zu erwarten gewesen. Demgegenüber war in den beiden nordrhein-westfälischen Städten Bochum und Krefeld der tatsächliche Dienstleistungsaufbau kräftiger als im Trend zum dortigen Erwerbstätigenrückgang insgesamt, gleichermaßen in den Städten Mönchengladbach, Augsburg, Bielefeld, Mainz, Dortmund und Leipzig im Vergleich zum Trend der dort positiven gesamten Erwerbstätigenentwicklung.

Situation innerhalb der Dienstleistungsbereiche

Innerhalb des Bereichs der Dienstleistungen lassen sich drei Wirtschaftsbereiche unterscheiden: Zum einen „Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“, zum zweiten „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“, zum dritten „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit, Private Haushalte mit Hauspersonal“. Diese Bereiche werden im Folgenden vereinfacht als „Handel und Verkehr“, „Finanz- und Unternehmensdienstleister“ sowie „Öffentliche Dienstleister“ bezeichnet. Für die Finanz- und Unternehmensdienstleister und für die Öffentlichen Dienstleister der untersuchten Städte lassen sich überwiegend positive Zuwachsraten erkennen, während die Entwicklung bei Handel und Verkehr durchweg recht differenziert ist.

Besonders auffallend im Bereich der Finanz- und Unternehmensdienstleister sind

kräftige Personalausweitungen in Städten, deren Entwicklung der Erwerbstätigkeit insgesamt ansonsten recht bescheiden ausgefallen ist, so unter den Großstädten in Bremen (+ 36,7 %) sowie unter den größeren Städten mit 200.000 bis unter 500.000 Einwohnern in Gelsenkirchen (+ 59,0 %), Magdeburg (+ 46,8 %), Erfurt (+ 40,7 %), Mönchengladbach (+ 40,2 %) und Bochum (+ 36,5 %). Lediglich für die Städte Leipzig (+ 40,9 %) und Dresden (+ 32,1 %) sowie Bonn (+ 39,1 %) und Lübeck (+ 36,2 %) kann sowohl ein Personalaufbau bei den Finanz- und Unternehmensdienstleistern um etwa ein Drittel oder mehr als auch ein überdurchschnittlicher Stellenzuwachs insgesamt festgestellt werden.

Bei den Öffentlichen Dienstleistern blieben unter den Großstädten lediglich Leipzig (+ 8,2 %) und Duisburg (+ 4,2 %) mit einstelligen Zuwachsraten hinter dem Bundesdurchschnitt (+ 10,0 %) zurück. Bemerkenswerterweise ergab sich unter den Städten mit 200.000 bis unter 500.000 Einwohnern ein Personalabbau bzw. ein nur bescheidener Personalaufbau öffentlicher und verwandter Dienstleistungen vor allem in Ostdeutschland (Halle: - 10,8 %; Magdeburg: - 6,3 %; Erfurt: - 3,2 %; Chemnitz: - 2,2 %; Rostock: + 1,7 %) oder im Ruhrgebiet (Gelsenkirchen: - 6,5 %; Oberhausen: - 2,7 %; Wuppertal: + 2,5 %; Bochum: + 5,1 %). Hierzu dürfte auch die angespannte Haushaltssituation dieser Städte beigetragen haben. Besonders starke, nämlich über einem Fünftel liegende Zuwachsraten konnten die Großstadt Köln (+ 20,4 %) sowie die Städte Mainz (+ 23,9 %) und Münster (+ 22,4 %) erzielen.

Produzierendes Gewerbe

Wie aus Tabelle 1 hervorgeht, hat sich in allen Großstädten Deutschlands die Zahl der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe zwischen 2000 und 2011 zurückentwickelt, und zwar – abgesehen von Dresden (- 6,8 %) – jeweils stärker als im nationalen Durchschnitt (- 10,1 %). Unter den Städten mit 200.000 bis unter 500.000 Einwohnern (Tabelle 2) hatten noch die Ruhrgebietsstädte Oberhausen (- 1,3 %) und Gelsenkirchen (- 9,3 %) sowie die Städte Münster (- 9,7 %), Lübeck (- 8,8 %) und Mannheim (- 8,5 %) lediglich unterdurchschnittliche Verluste zu verkraften. Schließt man auch noch die Großstädte Duisburg (- 13,1 %) und Köln (- 12,5 %) mit ein, dann lässt sich feststellen, dass der Arbeitsplatzabbau im Produzierenden Gewerbe gerade in traditionellen Industriestädten wie im Ruhrgebiet oder in Mannheim und Köln relativ moderat ausgefallen ist.

Interessanterweise ist ein sehr starker Rückgang der Erwerbstätigkeit im Produzierenden Gewerbe nur in Städten mit 200.000 bis unter 500.000 Einwohnern eingetreten, und zwar neben den Dienstleistungsstädten Bonn (- 33,8 %) und Mainz (- 31,4 %) noch in Bochum (- 31,9 %) sowie in den ostdeutschen Städten Halle (- 41,9 %), Magdeburg (- 29,0 %) und Rostock (- 25,9 %).

Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe⁵

Ursächlich für die kräftigen Arbeitsplatzverluste im Produzierenden Gewerbe der Städte Rostock, Halle, Magdeburg, Erfurt und Chemnitz waren die anhaltenden Anpassungen der Baukapazitäten, die in diesen ostdeutschen Städten zu einer merklichen Verringerung der Erwerbstätigenzahlen im

Baugewerbe zwischen 37,5 % (Chemnitz) und 56,9 % (Rostock) geführt haben. Deutlich moderater, nämlich nur um ein Fünftel bzw. ein Viertel, wurden Arbeitsplätze im Baugewerbe der beiden ostdeutschen Großstädte Dresden (-20,8 %) und Leipzig (-25,8 %) abgebaut. Abgesehen von Halle und Magdeburg konnten die meisten ostdeutschen Städte den Erwerbstätigenverlust im Baugewerbe durch einen Beschäftigungsaufbau im Verarbeitenden Gewerbe spürbar abmildern, so vor allem die beiden sächsischen Großstädte Leipzig (+13,9 %) und Dresden (+7,5 %). Merklich bescheidener war unter den ostdeutschen Städten der Erwerbstätigengewinn des Verarbeitenden Gewerbes in Erfurt mit +4,4 % und Chemnitz mit +1,1 %; in Rostock hat die Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe praktisch stagniert (-0,2 %).

Im Gegensatz hierzu mussten alle westdeutschen Städte teils einschneidende Arbeitsplatzverluste im Verarbeitenden Gewerbe hinnehmen. Sie waren in einigen Großstädten besonders ausgeprägt, so in den süddeutschen Städten Frankfurt (-25,9 %), München (-23,2 %) und Nürnberg (-22,0 %) sowie in Hannover (-23,0 %) und in den beiden Ruhrgebietsstädten Essen (-23,3 %) und Dortmund

(-22,6 %). Moderater, aber immer noch deutlich stärker als im nationalen Durchschnitt (-7,3 %) war der Arbeitsplatzabbau im Verarbeitenden Gewerbe Stuttgarts mit -17,7 %. Im Gegensatz zu Essen und Dortmund war der Erwerbstätigenabbau dieses Wirtschaftsbereichs in Duisburg als der dritten Großstadt des Ruhrgebiets mit -2,7 % recht schwach ausgeprägt, er lag sogar merklich unter dem bundesdeutschen Durchschnitt von -7,3 %; auch in Oberhausen (-8,2 %) ist der Arbeitsplatzverlust im Verarbeitenden Gewerbe überschaubar ausgefallen. Ansonsten verlief die Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes und des Baugewerbes in den Städten mit 200.000 bis unter 500.000 Einwohnern recht uneinheitlich. So ergaben sich im Baugewerbe von Städten wie Mannheim (-0,3 %), Wiesbaden (-4,3 %), Bonn (-9,6 %), Mönchengladbach (-9,0 %) und Bochum (-11,4 %) deutlich schwächere Rückgänge als im Verarbeitenden Gewerbe mit Verlusten zwischen 13,0 % und 38,0 %. In Gelsenkirchen hat das Baugewerbe sogar seinen Personalstand kräftig ausgebaut (+13,7 %), was in Kombination mit einem Stellenabbau im Verarbeitenden Gewerbe (-16,4 %) zu einem Verlust im Produzierenden Gewerbe von -9,3 % geführt hat.

Literatur

- 1 Vgl. Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Hrsg.): Erwerbstätige in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 2000 bis 2011. Erwerbstätigenrechnung, Reihe 2, Band 1, Wiesbaden 2013; Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (Hrsg.): Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 2000 bis 2011. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Reihe 2, Band 1, Stuttgart 2013.
- 2 Daten der ebenfalls zu dieser Kategorie zählenden Stadt Aachen werden vom Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung“ bzw. von IT.NRW, dem statistischen Amt des Landes Nordrhein-Westfalen, nicht ausgewiesen.
- 3 Das Bestimmtheitsmaß R² drückt die Intensität der Streuung aus. Würden alle Punkte direkt auf der Trendgeraden liegen, also keine Streuungen vorliegen, würde es den Wert 1 erreichen. Bei einer sehr diffusen, nicht eindeutigen Streuung, würde der Wert in Richtung 0 gehen.
- 4 Hier werden die beiden Hauptwirtschaftsbereiche „Produzierendes Gewerbe“ und „Dienstleistungsgebiete“ näher untersucht. Der dritte Hauptwirtschaftsbereich („Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“) ist für Städte von untergeordneter Bedeutung.
- 5 Im Rahmen der Kreisberechnung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder werden innerhalb des „Produzierenden Gewerbes“ Daten der Bereiche „Verarbeitendes Gewerbe“ und „Baugewerbe“ nachgewiesen, nicht jedoch der Bereiche „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“; „Energieversorgung“ sowie „Wasserversorgung, Entsorgung und Ähnliches“.

Über Statistik:
 Wenn Nicht-Statistiker
 eine Statistik verstehen,
 dann ist diese Statistik
 gelungen.

Wie beeinflusst die Stadt unser Wohlbefinden?

Axel Stender, Moers

Wohlfühlfaktor steigern

Wovon hängt es ab, dass wir glücklich und zufrieden sind? Macht uns Geld zufrieden oder sind es Freunde, die uns glücklich machen? Jetzt, wo „Frau Merkel das Glück sucht“ (Meier 2013) und eine Enquete-Kommission eingesetzt hat, um Wohlstand und Lebensqualität zu messen (Deutscher Bundestag 2013), ist es an der Zeit, dass sich auch Kommunen mit der Frage beschäftigen, wie der Wohlfühlfaktor gesteigert werden kann und die Stadt an Attraktivität gewinnt.

Projekthintergrund

Für die Analyse werden Daten des TooLS-Projekts verwendet (Trutzel 2010; Blinkert 2013a und 2013b). TooLS hat zum Ziel die Zunahme Älterer und damit die Folgen des demografischen Wandels zu untersuchen. Inhaltliche Schwerpunkte sind aktives Altern und Pflege. Aktives Altern meint die mit zunehmender Lebenserwartung und Gesundheit wachsenden Chancen von Individuen selbst im hohen Alter noch aktiv sein zu können und zum Beispiel an Bildungsmaßnahmen teilzunehmen, ein Ehrenamt auszuüben und soziale Kontakte zu pflegen. Mit der Zunahme Älterer wachsen aber auch der Pflegebereich und die damit verbundenen gesellschaftlichen Herausforderungen. Zu diesem Thema wurde unter anderem nach eigenen Erfahrun-

Aktives Altern

gen mit der Pflege Anderer und nach Erwartungen an die spätere eigene Versorgungssituation gefragt. In Moers wurde die Möglichkeit genutzt, weitere eigene Fragen zu integrieren, unter anderem zur Zufriedenheit mit der Wohnung und dem Wohnumfeld (Stender 2013). Anhand dieser „Umweltfaktoren“ kann untersucht werden, was die städtische Infrastruktur zum Wohlbefinden ihrer Bürgerinnen und Bürger beiträgt.

Begriffliches

Das Phänomen des subjektiven Wohlbefindens (engl. subjective well-being) wird hierzulande häufig mit Lebenszufriedenheit, Glück, Befindlichkeit oder Affekt gleichgesetzt, was neben der Begriffsvielfalt auch zu unterschiedlichen Interpretationen der Ergebnisse führt. In der Psychologie ist das subjektive Wohlbefinden mittlerweile zu einem elaborierten Konzept ausgebaut worden, das aus einer kognitiven und einer emotionalen Komponente besteht (Wozniak 2010, S. 41–49; Heidl u. a. 2012, S. 6–23).

Das emotionale Wohlbefinden wurde früher über eine bipolare Stimmungs- oder Gefühlsskala ermittelt, die von 0 = „traurig“ bis 10 = „glücklich“ reichte. Glück und glücklich sein werden als affektiver, nur kurzfristig gültiger Zustand gewertet. In neueren Ansätzen werden oftmals ein positiver und ein

negativer Affekt unterschieden (Wozniak 2010, S. 42). Positive Gefühle wie Freude, Glück und Begeisterung werden von jeder Person gerne wahrgenommen, während negative Gefühle wie Angst, Feindseligkeit oder Bedrücktheit möglichst vermieden werden. Beide Affekte werden in psychologischen Studien über getrennte Fragebatterien gemessen, die zu eigenständigen Faktoren führen. So untersucht auch Wozniak (2010) die Wirkung soziodemografischer und infrastruktureller Merkmale auf den positiven und negativen Affekt. Da in TooLS die bipolare Gefühlsskala eingesetzt wurde, beschränkt sich die folgende Analyse auf zweite Komponente des Wohlbefindens, die allgemeine Zufriedenheit mit dem Leben.

Die zweite, kognitive Komponente des subjektiven Wohlbefindens ist die Lebenszufriedenheit (engl. life satisfaction). Anders als das Glück ist Zufriedenheit eine relativ stabile Eigenschaft, bei der das Individuum das gegenwärtige Leben mit dem bereits vergangenen und/oder dem in der Zukunft noch zu erwartenden Leben vergleicht. Es handelt sich um einen andauernden Prozess in dem formulierte Lebensziele mit dem bereits Erreichten, dem Erhofften, dem Erwarteten und dem Idealierten verglichen werden (Soll-/Ist-Vergleich; Wozniak 2010, S. 45–48). Die Lebenszufriedenheit kann ein-

dimensional über eine einzelne Frage oder anhand mehrerer Items bzw. Subskalen erfasst werden. Auf die Frage „Wie zufrieden sind Sie – alles in allem – mit Ihrem gegenwärtigem Leben?“ konnten sich die Befragten in TooLS auf einer Skala von 0 = „äußerst unzufrieden“ bis 10 = „äußerst zufrieden“ einordnen. Bei einem Vergleich der acht deutschen Teilnehmerstädte in TooLS liegt Moers im guten Mittelfeld (vgl. Abb. 1).

Mitunter wird die allgemeine Lebenszufriedenheit um bereichsspezifische Lebenszufriedenheiten erweitert, um Rückschlüsse auf einzelne Lebensbereiche ziehen zu können. Gleichzeitig sind die bereichsspezifischen Zufriedenheiten, wie Gesundheit, Arbeit, Partnerschaft, Familie, Freizeitaktivitäten, Wohnung und Wohnumfeld, gute Prädiktoren für die allgemeine Lebenszufriedenheit. Die Bedeutung einzelner Lebensbereiche kann im Laufe des Lebens oder durch Lebensumbrüche variieren. Arbeitslose sind zum Beispiel deutlich weniger mit ihrem Leben zufrieden als Erwerbstätige. Andererseits verliert der Beruf an Gewicht, wenn Eltern mit Alleinstehenden verglichen werden. Während die allgemeine Lebenszufriedenheit im Laufe des Lebens relativ stabil bleibt, werden die einzelnen Lebensbereiche situationsabhängig neu bewertet (Wozniak 2010, S. 45–48). Folglich bietet es sich an, besondere Lebensereignisse bzw., im Sinne eines institutionalisierten Lebensverlaufs, Statuspassagen zu beobachten oder, als einfacher zu handhabende Moderatorvariable, Altersgruppen zu bilden. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels gewinnt eine altersspezifische Betrachtung mit den sich verändernden Lagen und Bedürf-

nissen der Menschen an Bedeutung. Im Weiteren werden zunächst ausgewählte Merkmale einzeln hinsichtlich ihrer Erklärungskraft auf die allgemeine Lebenszufriedenheit untersucht. Anschließend werden alle Merkmale gemeinsam anhand einer Multiplen Regression geprüft, ob sie einen eigenständigen Beitrag leisten. In die Analysen gehen die Befragten insgesamt sowie getrennt nach drei Altersgruppen ein, so dass die Variation der Bedürfnisse sichtbar wird.

Was beeinflusst die Lebenszufriedenheit?

An erster Stelle ist das *Lebensalter* selbst zu nennen. In der Psychologie ist das Altern ein lebenslanger Adaptions- bzw. Anpassungsprozess. Eine der wichtigsten Entwicklungsaufgaben des Individuums ist es, dass Älterwerden an sich zu akzeptieren (Wozniak 2010, S. 6). Dies impliziert ebenso die Akzeptanz der beim Altern ablaufenden sozialen, gesundheitlichen und umweltbezogenen Veränderungen. Zum Beispiel steigt der Anteil Alleinstehender von 16 bzw. 18 Prozent bei 50- bis 64-Jährigen und 65- bis 74-Jährigen auf 37 Prozent bei Befragten ab 75 Jahren. Auch geht die Häufigkeit sozialer Kontakte mit zunehmendem Alter leicht zurück und Befragte ab 75 Jahren sind der Meinung, deutlich seltener an gesellschaftlichen Ereignissen teilzunehmen als Personen gleichen Alters. Ihren Gesundheitszustand beurteilen 47 bzw. 45 Prozent der 50- bis 64-Jährigen und 65- bis 74-Jährigen als „gut“ bis „sehr gut“, ab 75 Jahren sind es nur noch 19 Prozent. Diese körperlichen und sozialen Veränderungen führen bei der überwiegenden

Zahl der Befragten aber nicht zu einer niedrigeren Lebenszufriedenheit. Das heißt, die allgemeine Lebenszufriedenheit ist nicht vom Alter abhängig (vgl. Tab. 1, Spalte: Alle), was auf eine gelungene Adaption der Befragten an das Älterwerden hinweist (vgl. Blinkert 2010, S. 17 und Wozniak 2010, S. 48). Allein in der höchsten Altersgruppe ergibt sich hier ein negativer Zusammenhang: je älter, desto unzufriedener.

Zwischen den *Geschlechtern* existiert hier ebenfalls kein Unterschied bei der Lebenszufriedenheit (vgl. Tab. 1). Hingegen ist die subjektive Einschätzung der eigenen *Gesundheit* ein sehr starker Prädiktor für die allgemeine Lebenszufriedenheit, und das über alle drei hier analysierten Altersgruppen hinweg. Die Gesundheit gewinnt besonders im Alter an Bedeutung. Allerdings wird der selbst wahrgenommene Gesundheitszustand häufig besser beurteilt, als es die objektiven medizinischen Befunde nahelegen (Wozniak 2010, S. 66–67). So sind Indikatoren für den objektiven Gesundheitszustand einerseits schwierig zu erfassen, andererseits wirken sie sich nicht so stark auf die Lebenszufriedenheit aus, wie der gefühlte Gesundheitszustand. Eine ähnliche Wirkung hat die Frage nach einer *längeren Krankheit* oder Behinderung, die die täglichen Aktivitäten beeinträchtigt und damit zwar auf einen objektiven Zustand gerichtet ist, der das Leben aber existenziell beeinträchtigen kann (vgl. Tab. 1). *Bürgerschaftliches Engagement* beginnt bereits in jungen Jahren. Da die Älteren in den vergangenen Jahren aktiver geworden sind, sinkt die Beteiligungsquote im Freiwilligensurvey erst in der Altersgruppe ab 70 Jahren (TNS Infratest Sozialforschung 2010, S. 156). In der

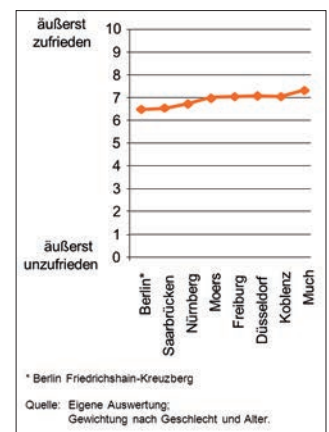


Abb. 1: Zufriedenheit im Städtevergleich (Mittelwerte)

Kein Geschlechterunterschied

Objektiver Gesundheitszustand

Bürgerumfrage 50plus in Moers wird durch die Übernahme eines Ehrenamtes die Lebenszufriedenheit nur gering erhöht (vgl. Tab. 1). Dies kann daran liegen, dass die ehrenamtlichen Tätigkeiten und deren zeitlicher Umfang stark variieren und somit erst ein umfangreicheres Engagement einen stärkeren Effekt zeigen würde. Zum anderen fördert das Ehrenamt die

Möglichkeit von Kontakten (und umgekehrt), die sich ihrerseits ebenfalls positiv auf die Lebenszufriedenheit auswirken und damit möglicherweise die Wirkung des bürgerschaftlichen Engagements schwächen. Werden existenzielle Mindestanforderungen nicht unterschritten, wirken sich objektiv widrige Lebensumstände wie zum Beispiel chronische Krank-

heiten, fehlende soziale Unterstützung oder eine schlechte finanzielle Situation kaum auf das subjektive Urteil über die Lebenszufriedenheit der Betroffenen aus. Erst wenn die Beeinträchtigung ins Bewusstsein rückt und so wahrgenommen wird, entfalten sie als subjektive Bewertung ihre Wirkung (Wozniak 2010, S. 50). Folglich nimmt die Lebenszufriedenheit mit steigendem Haushalts-Einkommen zu (vgl. Tab. 1), aber es bleibt bei einer niedrigen Erklärungskraft. Der Einkommenseffekt wäre größer, würde nach der Zufriedenheit mit der eigenen finanziellen Situation gefragt (ebenda, S. 62–63).

Eine höhere *Bildung* kann das Wohlbefinden indirekt beeinflussen, indem sie den Zugang zu anderen Ressourcen wie einem höheren Einkommen erleichtert, das Erreichen persönlicher Ziele begünstigt und hilft, die mit dem Alter einhergehenden Veränderungen der eigenen Person bzw. der Umwelt besser nachzuvollziehen (Wozniak 2010, S. 63). So ergeben sich positive Beziehungen zwischen Bildungsniveau und Einkommen ($r=0,449$) sowie Gesundheit ($r=0,249$). Dennoch wirken sich weder Schulabschluss noch Berufsausbildungsabschluss auf die allgemeine Lebenszufriedenheit aus (vgl. Tab. 1). Übrigens besteht zwischen Haushaltseinkommen und Gesundheit ebenfalls eine deutliche Korrelation ($r=0,369$). Damit bieten sich Bildung und Haushaltseinkommen als Prädiktoren für Gesundheit an.

Persönlichkeitseigenschaften wie Depressivität, Neurotizismus (emotionale Labilität), Gewissenhaftigkeit (Selbstkontrolle), Offenheit für neue Erfahrungen und eine positive Lebensbewertung wirken als psychologische Ressourcen ebenfalls auf die Lebenszufriedenheit

Wie wird die allgemeine Lebenszufriedenheit beeinflusst durch ...	Alle	50-64 Jahre	65-74 Jahre	75 J. u. ä.
<i>Individuelle Merkmale</i>				
- Lebensalter	-0,031	0,018	-0,097	-0,266
- Geschlecht (0 = männlich, 1 = weiblich)	0,018	-0,024	0,129	-0,046
- Einschätzung der eigenen Gesundheit (1 = sehr schlecht, 5 = sehr gut)	0,465	0,418	0,545	0,492
- Längere Krankheit oder Behinderung (0 = nein, 1 = ja)	-0,292	-0,251	-0,346	-0,273
- Bürgerschaftliches Engagement (0 = nein, 1 = ja)	0,135	0,159	0,138	0,050
- Höchster allgemein bildender Schulabschluss (1 = ohne Abschluss, 5 = Abitur)	0,061	0,104	0,020	-0,062
- Höchster Ausbildungsabschluss (0 = nein, 1 = ja)	0,028	0,012	0,046	0,025
- Gesamtes monatliches Nettoeinkommen des Haushalts	0,222	0,285	0,230	0,090
- Faktor 1: Offen für Neues (Vergnügen, Anregung)	0,223	0,168	0,264	0,301
- Faktor 2: Bewahren (Sicherheit, Konformität)	0,079	0,029	0,210	0,055
<i>Soziale Merkmale</i>				
- Wie oft treffen Sie sich mit Freunden, Verwandten oder Arbeitskollegen? (1 = nie, 7 = täglich)	0,195	0,219	0,281	0,060
- Existiert eine Vertrauensperson (0 = nein, 1 = ja)	0,257	0,353	0,178	0,076
- Im Vergleich zu Gleichaltrigen: Wie oft nehmen Sie an geselligen Ereignissen teil? (1 = viel seltener als die meisten, 5 = viel häufiger als die meisten)	0,416	0,473	0,402	0,315
- Persönliche Kontakte zu den Kindern (1 = nie, 5 = sehr häufig)	-0,025	-0,073	0,092	-0,048
- Ich lebe alleine (0 = nein, 1 = ja)	-0,178	-0,155	-0,070	-0,284
<i>Angebote der städtischen Infrastruktur</i>				
- Mit der Wohnung bzw. dem Haus zufrieden (0 = nein, 1 = ja)	0,213	0,164	0,240	0,299
- Zufriedenheit mit der Wohnsituation (1 = sehr unzufrieden, 5 = sehr zufrieden)	0,302	0,246	0,407	0,332
- Zufriedenheit mit der Wohnumgebung (0 = nicht bzw. einigermaßen zufrieden, 1 = sehr zufrieden)				
- Nähe zu Parks und Grünanlagen	0,239	0,189	0,213	0,374
- Sauberkeit der Straßen	0,108	0,057	0,106	0,270
- Anbindung an den ÖPNV	0,149	0,159	0,149	0,145
- Einkaufsmöglichkeiten	0,212	0,204	0,314	0,096
- Medizinische Versorgung	0,136	0,108	0,222	0,094
- Sicherheit der Gegend	0,080	0,089	0,077	0,132
- Beziehungen zur Nachbarschaft	0,127	0,109	0,267	-0,010
- Vorhandensein von Parkplätzen	0,154	0,148	0,241	0,097
- Ruhiges Wohnumfeld	0,096	0,083	0,134	0,082
- Erreichbarkeit von Gesundheitsangeboten (0 = sehr schwierig bis ziemlich einfach, 1 = sehr einfach)				
- Fachärzte	0,193	0,073	0,300	0,338
- Hausärzte	0,183	0,094	0,277	0,254
- Zahnärzte	0,182	0,127	0,207	0,256
- Krankenhäuser	0,127	0,032	0,150	0,297
Niedrigste und höchste Fallzahlen	min			
der bivariaten Korrelationen	max	340	155	101
		437	203	137
				70
				97

* Anhand des Korrelationskoeffizienten nach Pearson, der mit r abgekürzt wird, werden Stärke und Richtung der Beziehung berechnet. Ein positiver Koeffizient besagt zum Beispiel: Je besser die Gesundheit eingeschätzt wird, desto zufriedener fühlt sich die Person ($r = +0,465$). Umgekehrt besteht bei längerer Krankheit, ein negativer Zusammenhang ($r = -0,292$), die Person fühlt sich unwohl. Der Wertebereich von r reicht von -1 über 0 bis +1 (0 = kein Zusammenhang, 1 = perfekter Zusammenhang). Werte $\geq 0,2$ sind fett gesetzt.

Tab. 1: Die Erklärungskraft von individuellen, sozialen und infrastrukturellen Merkmalen auf die allgemeinen Lebenszufriedenheit*

und den Umgang mit Problemen (Wozniak 2010, S. 71–81). In TooLS wurden acht Aussagen zu persönlichen Überzeugungen, Werten bzw. Einstellungen gestellt. Aus den acht Items sind per Faktorenanalyse (Überla 1971, Backhaus u. a. 2011, S. 329–394) zwei Wertedimensionen gebildet worden. Bei dem Faktor „Offen für Neues“ sollten die Befragten angeben, ob sie sich einer Person ähnlich sehen, die ein abwechslungsreiches, aufregendes Leben führt und das Leben genießt. Die zweite Dimension „Bewahren“ besteht aus Aussagen wie „es ist wichtig, in einem sicheren Umfeld zu leben“ oder „es ist wichtig, sich korrekt zu verhalten.“ Beide Faktoren sind unabhängig voneinander, das heißt, Befragte können „offen für Neues“ sein und gleichzeitig „bewahren“ wollen. Befragte, die offen für Neues sind, weisen in allen drei Altersgruppen eine höhere Lebenszufriedenheit auf. Eine Tendenz, die sich beim zweiten Faktor nur in der mittleren Altersgruppe zeigt (vgl. Tab. 1).

Neben den oben behandelten individuellen, tragen auch *soziale Merkmale* zur Lebenszufriedenheit bei. Die Häufigkeit von Kontakten zu Freunden, Verwandten oder Arbeitskollegen und -kollegen als auch die Existenz einer Vertrauensperson, mit der persönliche Angelegenheiten besprochen werden können, beeinflussen die Lebenszufriedenheit in der jüngeren und mittleren Altersgruppe positiv (vgl. Tab. 1). Den größten Einfluss hat wiederum ein subjektives Merkmal, bei dem sich die Befragten mit Gleichaltrigen hinsichtlich der Teilnahme an gesellschaftlichen Ereignissen vergleichen. Sind die Befragten der Meinung häufiger an geselligen Ereignissen teilzunehmen, wirkt sich dies

in allen Altersgruppen positiv auf ihre Lebenszufriedenheit aus. Hingegen zeigt die Häufigkeit persönlicher Kontakten zu den eigenen Kindern keinen Effekt. Der Familienstand, hier insbesondere verwitwet zu sein, bzw. die Situation allein zu leben wirkt sich insbesondere bei Älteren negativ auf die Lebenszufriedenheit aus.

Der letzte Fragenkomplex behandelt die *städtische Infrastruktur*. Verfügt ein Individuum über wenige Ressourcen oder lassen diese mit dem Alter nach, könnte die städtische Infrastruktur unterstützend und kompensierend wirken. Insbesondere mit dem Eintritt in den Ruhestand werden die Wohnung und das häusliche Umfeld wichtiger (vgl. Tab. 1). Allerdings erhöhen nur zwei Bereiche der Wohnumgebung die Lebenszufriedenheit – unabhängig vom Alter. Hier erweist sich der Ansatz, drei Al-

tersgruppen zu vergleichen, als vorteilhaft, denn offenbar ist die Nutzung der städtischen Infrastruktur altersabhängig. Die 50- bis 64-Jährigen profitieren allein von den Einkaufsmöglichkeiten. Die jungen Ruheständler im Alter von 65 bis 74 Jahren freuen sich über Einkaufsmöglichkeiten, gute Beziehungen zu den Nachbarn, Parkplätze, eine gute medizinische Versorgung und die Nähe zu Grünanlagen. Sie sind scheinbar aktiver als die Erwerbstätigen bzw. es hat ein Bedeutungswandel stattgefunden. Ab 75 Jahren reduziert sich der Einfluss der städtischen Infrastruktur auf die Lebenszufriedenheit auf die Nähe zu Grünanlagen und die Sauberkeit (ggf. Begehbarkeit) von Straßen – die Bedeutung sozialer Kontakte, auch zu Nachbarn, lässt nach. Gesundheitsangebote wie Hausärzte, Zahnärzte und Fachärzte sowie Krankenhäuser sind

Städtische Infrastruktur

Wie wird die allgemeine Lebenszufriedenheit beeinflusst durch ...	Alle	50-64 Jahre	65-74 Jahre	75 J. u. ä.
	1	2	3	4
<i>Individuelle Merkmale</i>				
- Geschlecht (0 = männlich, 1 = weiblich)	-	-	0,187***	-
- Einschätzung der eigenen Gesundheit (1 = sehr schlecht, 5 = sehr gut)	0,300***	0,277***	0,486***	0,435***
- Faktor 1: Offen für Neues (Vergnügen, Anregung)	0,108**		0,221***	0,223**
- Faktor 2: Bewahren (Sicherheit, Konformität)	0,088**	0,121**		(-0,106)
<i>Soziale Merkmale</i>				
- Existiert eine Vertrauensperson (0 = nein, 1 = ja)	0,183***	0,251***	-	-
- Im Vergleich zu Gleichaltrigen: Wie oft nehmen Sie an geselligen Ereignissen teil? (1 = viel seltener als die meisten, 5 = viel häufiger als die meisten)	0,244***	0,347***	-	-
- Ich lebe alleine (0 = nein, 1 = ja)	-0,124***		-0,159**	-0,286***
<i>Angebote der städtischen Infrastruktur</i>				
- Mit Wohnung bzw. Haus zufrieden (0 = nein, 1 = ja)	-	-	0,147**	0,248***
- Zufriedenheit mit der Wohnsituation (1 = sehr unzufrieden, 5 = sehr zufrieden)	0,170***	0,124**	0,152*	-
- Zufriedenheit mit der Wohnumgebung (0 = nicht bzw. einigermaßen zufrieden, 1 = sehr zufrieden)				
- Nähe zu Parks und Grünanlagen	-	-	-	0,164*
- Einkaufsmöglichkeiten	-	-	0,136*	-
- Erreichbarkeit von Hausärzten (0 = sehr schwierig/ ziemlich einfach, 1 = sehr einfach)	0,136***	-	0,161**	-
<i>Erklärungskraft des Modells</i>				
R ²	0,446	0,412	0,552	0,519
Korrigiertes R ²	0,434	0,396	0,519	0,481
Durbin-Watson-Statistik (Autokorrelation)	2,027	2,082	1,934	2,063

Notiz: Dargestellt sind die Werte der standardisierten β -Koeffizienten; - = nicht im Modell berücksichtigte Variablen; Signifikanz: * $\leq 0,10$, ** $\leq 0,05$ und *** $\leq 0,01$.

Tab. 2: Multiples Regressionsmodell zur Vorhersage der allgemeinen Lebenszufriedenheit

Einflusslos: Ehrenamt und Bildung

in einer Großstadt sicherlich einfacher und schneller zu erreichen als auf dem Land. Dennoch sind in Moers zwischen den Postleitzahlgebieten, die hier als Gebietsgliederung genutzt werden, Unterschiede festzustellen (Stender 2013, S. 53-54). Eine gute Erreichbarkeit von Gesundheitsdiensten wird allerdings erst in der mittleren und höheren Altersgruppe für die eigene Lebensqualität bedeutsam (vgl. Tab. 1).

Multiple Regression – was bleibt übrig?

Ziel der Untersuchung ist die Identifizierung persönlicher, sozialer und infrastruktureller Einflussfaktoren auf die allgemeine Lebenszufriedenheit. Die Voranalyse mittels bivariater Korrelationen hat gezeigt, dass das Gesundheitsgefühl, die Teilnahme an geselligen Ereignissen oder die Zufriedenheit mit der Wohnsituation einen starken Einfluss ausüben. Viele Merkmale zeigen hingegen nur eine schwache und wenige kaum eine Wirkung. Da die Umfrage eine „endliche“ Stichprobengröße aufweist, insbesondere wenn drei Altersgruppen separat analysiert werden (vgl. die Fallzahlen in Tab. 1), wurden für die individuellen, sozialen und infrastrukturellen Merkmale zunächst drei Submodelle gerechnet, um so die Zahl der in das Regressionsmodell aufzunehmenden Variablen zu begrenzen. Merkmale ohne Einfluss auf die Lebenszufriedenheit wurden ausgeschlossen. Dies wiederholte sich bei den bereichsübergreifenden Modellen, wo noch die Veränderungen hinsichtlich des Ein- und Ausschlusses einzelner Merkmale geprüft wurden.

Wie bereits in der Voranalyse deutlich wurde, zeigen von den

individuellen Merkmalen das bürgerschaftliche Engagement (Ehrenamt), der Schulabschluss und der Berufsausbildungsabschluss keinen Einfluss auf die Lebenszufriedenheit. Das Haushaltseinkommen und das Lebensalter bei den Befragten ab 75 Jahren werden erst im Regressionsmodell bedeutungslos. Wie bereits die Voranalyse zeigte, korrelieren Bildung und noch stärker das Haushaltseinkommen mit dem Gesundheitszustand, was dazu führt, dass ihre Wirkung hier verschwindet. Übrig bleiben Geschlecht, Gesundheitseinschätzung und die beiden Wertedimensionen (vgl. Tab. 2). Von den sozialen Merkmalen lieferten die Kontakte zu den Kindern bereits im Vorfeld keinen Beitrag. Die (objektive) Häufigkeit der Kontakte zu Freunden, Verwandten oder Arbeitskolleginnen und -kollegen wird im Regressionsmodell ausgeschlossen. Von den sozialen Merkmalen verbleiben die Vertrauensperson, die Teilnahme an geselligen Ereignissen und das Allein sein.

Von der städtischen Infrastruktur bleiben die Zufriedenheit mit der Wohnung und die Zufriedenheit mit der Wohnsituation erhalten. Bei den einzelnen Bereichen der Wohnumgebung zeigt die Durchsicht der Korrelationsmatrix, dass die Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr, die Einkaufsmöglichkeiten und die medizinische Versorgung recht stark untereinander korrelieren ($r=0,5$), was in etwas schwächerer Form auch für die übrigen Bereiche gilt. Eine Faktorenanalyse bestätigt dies und identifiziert zwei relativ unabhängige Faktoren.¹ Da einzelne Bereiche der Wohnumgebung anschaulicher sind als abstrakte Faktoren, die im Übrigen auch nicht mehr Varianz aufklären, werden in das Regressions-

modell die Nähe zu Parks bzw. Grünanlagen und die Einkaufsmöglichkeiten aufgenommen, also je ein Merkmal aus beiden Faktoren. Bei der Erreichbarkeit von Gesundheitsdiensten ergibt sich ein ähnliches Bild, da diese alle stark miteinander korrelieren ($r=0,6$) und somit in Teilen linear abhängig sind. Die Kolinearitätsstatistik deutet jedoch nicht auf ein Multikolinearitätsproblem hin. Allerdings verringert sich bei hohen Interkorrelationen die Wirkung der einzelnen Merkmale. Damit bleibt, wie bei der Wohnumgebung, nur die Variable „Erreichbarkeit von Hausärzten“ stellvertretend übrig.

Letztlich ergeben sich vier Endmodelle, eines für alle Befragten und je eines pro Altersgruppe (vgl. Tab. 2). Insgesamt bleiben zwölf erklärende Variablen übrig, von denen wiederum nur ein Teil in eines der vier Modelle eingeht. Bei Durchsicht der Variablen zeigt sich, dass die subjektive Bewertung der Gesundheit die höchste Erklärungskraft hat, insbesondere im höheren Alter, und in allen vier Modellen vertreten ist. Sind die Befragten „offen für Neues“, wirkt dies in der mittleren und höheren, wollen sie eher „Bewahren“, wirkt es in der jüngeren Altersgruppe positiv auf die Lebenszufriedenheit. Das „Bewahren“-Wollen taucht nochmals bei den 75-Jährigen und älteren auf, allerdings ist die Beziehung insignifikant und hat ein umgekehrtes Vorzeichen.

Von den sozialen Merkmalen sind der Vergleich bei der Teilnahme an geselligen Ereignissen und die Existenz einer Vertrauensperson für die Befragten im Alter von 50 bis unter 65 Jahren wichtig. Ab 65 Jahren und noch deutlicher ab 75 Jahren ist das Alleinsein, der Verlust ein größeres Problem. Von den Angeboten der städtischen Inf-

12 erklärende Variable

rastruktur sind nur wenige übriggeblieben und ihr Einfluss ist verglichen mit den individuellen und sozialen Merkmalen eher schwach. Allerdings nimmt die Bedeutung der Wohnung mit dem Alter zu, gerade ab 75 Jahren ist die Zufriedenheit mit der Wohnung ein wichtiger Teil der allgemeinen Lebenszufriedenheit. Die Zufriedenheit mit der (allgemeinen) Wohnsituation ist in der jüngeren und mittleren Altersgruppe von Belang, während die speziellen Angebote „Nähe zu Parks“ in der höheren und „Einkaufsmöglichkeiten“ in der mittleren Altersgruppe die Lebenszufriedenheit steigern. Die Erreichbarkeit von Gesundheitsdiensten, hier speziell von Hausärzten, ist für die mittlere Altersgruppe relevant, nicht aber für die ab 75-Jährigen. Werden die vier Modelle verglichen, fällt zunächst auf, dass bei den jüngeren (Modell 2) und älteren Befragten (Modell 4) nur fünf Variablen und bei den Befragten im Alter von 65 bis 74 Jahren (Modell 3) bzw. ohne Altersbeschränkung (Modell 1) acht Variablen zur Erklärung der Lebenszufriedenheit genutzt werden (vgl. Tab. 2). Die Erklärungskraft der Modelle liegt zwischen $R^2 = 0,412$ und $0,552$ und kommt damit auf vergleichbare Werte wie die Modelle von Wozniak (2010, S. 244). Im Modell 1 mit allen Befragten sind Gesundheit und gesellige Ereignisse die beiden wichtigsten Variablen. Bei den Befragten im Alter von 50 bis 64 Jahren sind insbesondere die geselligen Ereignisse, dann erst die Gesundheit und eine Vertrauensperson wichtig. Von der Infrastruktur interessiert hier höchstens die allgemeine Wohnsituation. Bei den „aktiven Ruheständlern“ in Modell 3 steigt der Wert der Gesundheit stark an. Offen für Neues zu sein, trägt hier zur Lebenszufriedenheit bei, während

soziale Kontakte erstaunlicherweise bedeutungslos werden. Außerdem zeigt sich hier ein Geschlechtsunterschied: Frauen sind in diesem Alter mit ihrem Leben etwas zufriedener. In dieser Altersgruppe sind die meisten Infrastrukturangebote vertreten. Ab 75 Jahren (Modell 4) ist ebenfalls die Gesundheit das dominierende Merkmal. Auch hier bereitet die Einstellung „offen für Neues“ zu sein eine höhere Lebenszufriedenheit. Einen stärkeren Effekt entfalten das sich negativ auswirkende Alleinsein und die positiv wirkende Wohnung. Ansonsten vermittelt noch die Nähe zu Parks Erholung und wirkt sich positiv aus. Zurückblickend ist die multiple Regression eine adäquate Methode zur Beschreibung von primären Effekten auf die allgemeine Lebenszufriedenheit. Alternativ könnte ein Strukturgleichungsmodell entworfen werden, in dem zum Beispiel die einzelnen Bereiche der Wohnumgebung auf zwei Faktoren laden, was aber nicht zu einer höheren erklärten Varianz beitragen würde. Insgesamt ist der gefühlte Gesundheitszustand der stabilste, altersunabhängige Indikator für die allgemeine Zufriedenheit. Individuelle und soziale Merkmale entfalten eine größere Wirkung auf unsere Lebenszufriedenheit als infrastrukturelle Angebote. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt Wozniak (2010). Die Annahme, mit geringeren bzw. im Alter nachlassenden Ressourcen, steigt die Nachfrage nach Angeboten der Infrastruktur kann so pauschal nicht nachgewiesen werden. Die Bedeutung der Infrastruktur nimmt hier bei den „aktiven“ Ruheständlern im Alter von 65 bis 74 Jahren zu, lässt dann aber ab 75 Jahren wieder nach – lediglich die eigene Wohnung wird wichtiger.

Allerdings sind neben den subjektiven Bewertungen auch die objektiven Gegebenheiten einer Großstadt nicht außer Acht zu lassen: steht alles in ausreichendem Maße zur Verfügung, findet eine Gewöhnung statt. Sollten die bisher in Moers eingesetzten Fragen zur Zufriedenheit mit der Wohnung und deren Umgebung in eine Wiederholungsbefragung von TooLS einfließen, wäre eine mögliche Ergänzung um weitere Infrastrukturangebote zu diskutieren (z. B. Nutzung und Zufriedenheit mit Begegnungsräumen).

Die Wohnung ist wichtig

Anmerkung

- 1 Eine nichtorthogonale Faktorenanalyse mit Oblimin-Rotation ergibt zwei Faktoren, die nur mit $r = 0,258$ korrelieren.

Literatur

- Backhaus, Klaus und Bernd Erichson, Wulff Plinke, Rolf Weiber (2011): Faktorenanalyse, in dieselben: Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung, Berlin u. a.
- Blinkert, Baldo (2010): Vorschläge für die Erhebung von Indikatoren durch einen Survey im Rahmen des TooLS-Projektes, ohne Ort, Manuskript. URL: http://www.fifas.de//tools/download/Vorschlaege_fuer_Indikatoren_TooLS_V2_220410.pdf (24.04.2014).
- Blinkert, Baldo (2013a): „Aktives Altern“ im EU-Projekt TooLS. Ausgewählte Ergebnisse aus dem TooLS-Bürgersurvey, in: Stadtforschung und Statistik, H. 1, S. 21–26.
- Blinkert, Baldo (2013b): Versorgungssituation pflegebedürftiger Menschen im EU-Projekt TooLS, in: Stadtforschung und Statistik, H. 2, S. 41–48.
- (Destatis/WZB) Statistisches Bundesamt und Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hrsg.) (2013): Datenreport 2013. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn.
- Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2013): Schlussbericht der Enquête-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“, Drucksache 17/13300, ohne Ort.
- Heidl, Christian M. und Margarete Landenberger, Patrick Jahn (2012): Lebenszufriedenheit in Westdeutschland – eine Querschnittsanalyse mit den Daten des Sozio-ökonomischen

- Panels, Berlin. URL: http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.413465.de/diw_sp0521.pdf (24.04.2014).
- Meier, Lutz (2013): Frau Merkel sucht das Glück, in: Stern, vom 5.6.2013. URL: <http://www.stern.de/politik/deutschland/wohlfuehl-indikator-statt-bip-frau-merkel-sucht-das-glueck-2020225.html> (24.04.2014).
- Stender, Axel (2013): Bürgerumfrage 50plus. 2010, Reihe: Nachrichten aus der Statistik, hrsg. von der Stadt Moers, Moers. Online unter www.moers.de, „Bürgerservice und Politik“, Daten & Fakten, Bürgerumfrage 50plus (24.04.2014).
- TNS Infratest Sozialforschung (Hrsg.) (2010): Hauptbericht des Freiwilligen surveys 2009, München. Online unter www.bmfsfj.de, Service, Publikationen (24.04.2014).
- Trutzel, Klaus (2011): Das EU-Projekt TooLS. Kooperative Entwicklung der kommunalen Informationsinfrastruktur, in: Stadtforschung und Statistik, H. 1, S. 55–59.
- Überla, Karl (1971): Faktorenanalyse. Eine systematische Einführung für Psychologen, Mediziner, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, 2. Auflage, Berlin u. a.
- Wozniak, Dagmara (2010): Adaptionsprozesse im Alter. Die Bedeutung individueller und infrastruktureller Ressourcen für das Wohlbefinden im hohen Alter, Heidelberg (Inauguraldissertation). URL: http://archiv.ub.uni-heidelberg.de/volltextserver/12170/1/wozniak_dissertation_final_online.pdf (24.04.2014).

Jedem das Meine

Martin Schlegel, Hagen

„Weihnachten von Südamerika über Holland, Deutschland, Griechenland nach Japan und dann wieder nach Südamerika!“ hätte auch über diesen Zeilen stehen können. Hätte nicht, wäre zu lang gewesen.

Was hat es nun mit dieser Weltreise auf sich?

Nun ja, bei Südamerika denkt man doch gleich an die Atacama, diese 1.200 km lange Wüste in Peru und Chile. Von dort ist es gedanklich nicht weit bis zum gleichnamigen Spiel mit den Mini-Regeln. Die Regeln passen in einen Fingerhut, für's Spiel dann benötigt man den ganzen Kopf.

Aber Holland? Die dortige „Spellenvereniging Ducosim“ hat ein ganz besonderes Projekt initiiert und umgesetzt: Ein kleines Spiel – Plan und Regel passen auf ein DIN A4-Blatt – wird gleichzeitig in mehr als einem halben Dutzend Ländern produziert und von Sponsoren verteilt. Auch hier gilt: Wenig Regeln, mehr Kopf.

Beim Besuch in Deutschland stößt man auf ganz anderes, etwas Leichtes: „Sauschwer – Wer wiegt, gewinnt!“ Ein Schätz- und Bluffspiel, bei dem der Spaß im Vordergrund steht. Und die Überraschungsmomente: Denn wer weiß schon, dass ein

Zeiger der Uhr vom Hamburger Michel schwerer ist als Barack Obama?

Ab nach Griechenland: „Sirenen in Sicht“, ein kurzweiliges Spiel für zwei Leute. Da kommt Freude auf, nicht nur wegen der gelungenen Grafik. Denn die Versuche, mit Hilfe der Sirenen die Herrschaft über das Boot zu erlangen, geht schon mal schief. Aber Sie haben ja noch ein paar „Argumente“ im Köcher.

Weiter nach Japan, zurück in das Jahr 1600. Shogun Tokugawa Iyasu hat viel damit zu tun, seine Fürsten im Zaum zu halten. Diese sollen nicht auf dumme Gedanken kommen – z. B. an eine kleine Revolte denken. Also beschäftigt er sie mit einem Wettkampf, wobei der Sieger das Lehen „Takamatsu“ erhält. Alleine kommen die Fürsten schlecht voran; gemeinsam geht es besser, was zu einem heftigen, intrigenreichen Mit- und Gegeneinander führt.

Weiter nach Osten, wieder nach Südamerika. Das 2013 erschienene Atacama ist nur für zwei und vier Spieler geeignet und außerdem ausverkauft. Im Oktober 2014 kommt die 2. Auflage auf den Markt, nun können auch drei Leute in der Atacama nach Bodenschätzen suchen.

Vom Festnetz zum Mobiltelefon

Karl-Heinz Reuband , Düsseldorf

1. Einleitung

Als in den 1980er Jahren Mobiltelefone auf den Markt kamen, glaubte kaum jemand an deren Siegeszug innerhalb weniger Jahre – zu schwer waren anfangs die Geräte und zu hoch die Telefongebühren. Doch diese Situation währte nicht lange. Die Geräte wurden kleiner und leichter, die Gebühren für Geräte sanken und das Handyangebot vervielfachte sich. Wer heutzutage durch die Innenstädte läuft – ja selbst durch die Randbezirke einer Stadt – wird nicht umhin kommen, an fast jeder Ecke auf einen Handy-Laden mit einem Großangebot unterschiedlicher Geräte und Tarife zu treffen. Und wer mit der Bahn fährt, wird fast immer auf eine Vielzahl von Menschen treffen, die sich gerade mit ihrem Smartphone beschäftigen. Übertrafen zu Beginn die Kosten für Handygespräche die Kosten für Festnetzgespräche, so unterschreiten inzwischen viele Flatrates von Mobilfunkanbietern die Kosten für den bloßen Festnetzanschluss der Telekom. Angesichts dessen fragt sich, welche Veränderungen sich in der Kommunikation mittels Telefon in der Bundesrepublik unter den Bundesbürgern vollzogen haben und wie sich die Situation in der Gegenwart darstellt: wie viele Menschen verfügen über einen Festnetzanschluss und wie viele über Mobilfunk? Wie viele sind nur noch über einen Mobilfunkanschluss erreichbar?

Auch stellt sich im Zusammenhang damit die Frage, wie öffentlich sichtbar die Bürger mit ihrer Telefonnummer noch sind. Besitzer von Mobiltelefonen sind in der Regel in keinem öffentlichen Telefonbuch oder anderen öffentlichen Verzeichnisse erfasst, und auch die Besitzer eines Festnetzanschlusses sind es aufgrund veränderter Rahmenbedingungen nur noch bedingt: In der Vor-Mobilfunk-Zeit war der Verzicht auf einen Eintrag in das amtliche Telefonbuch nur möglich, wenn ein außergewöhnlicher Grund – wie etwa persönliche Belästigung oder Bedrohung – vorlag. Seit 1992 ist diese Voraussetzung entfallen. Man kann ohne jegliche Begründung erwirken, nicht in das Telefonbuch aufgenommen zu werden.

Wer bereits über einen Festnetzanschluss verfügt, im Telefonbuch eingetragen ist und seinen Wohnsitz nicht gewechselt hat, dürfte zwar selten einen Anlass sehen, den bestehenden – und von Ausgabe zu Ausgabe des Telefonbuchs fortgesetzten – Eintrag zu widerrufen. Wer sich jedoch neu bei der Telekom (oder anderen Anbietern eines Festnetzanschlusses) anmeldet, steht vor der Option in das Telefonbuch und andere öffentliche Telefonverzeichnisse aufgenommen zu werden oder nicht. Die Wahlmöglichkeit wird in einem solchen Fall dem einzelnen Akteur eher bewusst gemacht als in Fällen, in denen

ohne entsprechende Nachfrage lediglich die Praxis der Vergangenheit fortgeschrieben wird.

2. Fragestellung und methodisches Vorgehen

Im Folgenden sollen die Veränderungen im Bereich der Telekommunikation am Beispiel der Stadt Düsseldorf untersucht werden. Düsseldorf stellt als Landeshauptstadt und Dienstleistungszentrum mit überdurchschnittlichen Einkommensverhältnissen eine gute Ausgangsbasis dar: was sich hier im Gebrauch moderner Kommunikationstechnologie vollzieht, dürfte sich zeitgleich oder später auch woanders in Deutschland ereignen. Zwei Fragen stehen im Folgenden zur Diskussion: (1) wie hat sich die Verbreitung von Festnetz- und Mobilfunk verändert? (2) Wie hat sich die öffentliche Sichtbarkeit, wie sie durch den Eintrag in das Telefonbuch und öffentliche Telefonverzeichnisse gegeben ist, gewandelt?

Empirische Basis sind Umfragen in der Düsseldorfer Bevölkerung mit deutscher Staatsangehörigkeit 18 Jahre und älter. Die erste Befragung fand 1997 statt und wurde vom Verfasser vom Institut der Soziologie der TU Dresden aus organisiert. Weitere Erhebungen mit Fragen zum Telefonbesitz folgten vom Institut für Sozialwissenschaften der Universität Düsseldorf aus

	1997	1998	2000	2009	2014
Festnetz	85	76	35	10	6
Festnetz und Handy	12	21	60	82	84
Handy	1	1	3	7	10
Kein Telefon	2	1	2	1	1
(N=)	100 (696)	100 (523)	100 (686)	100 (1088)	100 (1284)

Frageformulierungen: „Befindet sich in Ihrem Haushalt ein Telefon mit Festnetzanschluss?“, „Besitzen Sie ein mobiles Telefon (Handy)?“ [Die Tabelle kombiniert die Angaben aus beiden Fragen, fehlende Angaben sind ausgelassen].

Tabelle 1: Art des Telefonanschlusses nach Jahr (in %)

in den Jahren 1998, 2000, 2009 und 2014.¹ Eingesetzt wurde jeweils ein 11-seitiger Fragebogen. Platziert waren die Fragen zur Telefonnutzung am Schluss des Fragebogens, im Kontext der Soziodemographie.

Die Erhebungen stützen sich auf Randomstichproben aus dem Einwohnermelderegister der Stadt und erfolgten postalisch in Form einer Mehrthemenbefragung. Durchgeführt wurden sie in Anlehnung an Empfehlungen von Don Dillman (2000), leicht modifiziert auf der Basis deutscher Erfahrungen (Reuband 2001). Nach bis zu drei Mahnaktionen wurden je nach Erhebung Ausschöpfungsquoten zwischen 52 % und 65 % erreicht. Damit wurden Werte erzielt, die über den derzeit üblichen Werten von hochprofessionell und mit hohem Aufwand durchgeführten face-to-face Umfragen liegen (wie ALLBUS oder SOEP). Was einmal mehr zeigt: postalische Befragungen sind in dieser Hinsicht den anderen Befragungsarten gegenüber durchaus ebenbürtig, wenn nicht sogar überlegen.

Tabelle 2: Art des Telefonanschlusses nach Alter und Jahr (in %)

* < 0,5 %

	18-29					30-44					45-59					60+				
	1997	1998	2000	2009	2014	1997	1998	2000	2009	2014	1997	1998	2000	2009	2014	1997	1998	2000	2009	2014
Festnetz	86	72	18	-	-	83	66	22	2	1	79	74	31	7	4	91	88	56	22	13
Festnetz und Handy	12	24	75	83	79	15	32	75	90	84	18	23	62	87	88	6	12	39	72	84
Handy	-	2	6	17	21	1	1	2	9	15	-	-	2	6	8	1	1	2	4	3
Kein Telefon	2	2	2	-	-	2	1	2	-	*	2	3	4	*	1	2	-	3	2	*
(N=)	100 (95)	100 (58)	100 (108)	100 (144)	100 (170)	100 (206)	100 (145)	100 (185)	100 (270)	100 (279)	100 (180)	100 (148)	100 (157)	100 (281)	100 (367)	100 (214)	100 (169)	100 (218)	100 (354)	100 (423)

Die Zahl der Befragten pro Erhebung liegt zwischen rund 500 und 1.300 Personen.

3. Verbreitung des Telefonbesitzes

Wie man den Umfragen entnehmen kann, ist der Telefonbesitz nahezu universell. Die Zahl derer, die über keinen Telefonanschluss verfügen, liegt über die Zeit konstant bei 2 % und weniger.² Geradezu spektakulär sind die Änderungen in der Mobilfunknutzung: innerhalb weniger Jahre sind die Handybesitzer von einer Minderheit zu einer Mehrheit avanciert. Waren es 1997 lediglich 13 % der Bürger, die über ein Handy verfügten, sind es in der neusten Erhebung rund 94 %.³ Die rasche Ausbreitung ist wesentlich den sinkenden Kosten der Mobilfunknutzung geschuldet: nicht nur haben die Subventionierung der Handys durch die Provider dazu beigetragen, sondern auch die sinkenden Kosten, die mit Mobilfunkgesprächen verbunden sind.

Die Zahl der Festnetzanschlüsse blieb von dem Aufschwung der Mobilfunktelefonie nahezu unberührt. Zwar sank der Anteil leicht ab, liegt aber weiterhin bei über 90 %. Zu einer nennenswerten Substitution von Festnetz und Mobilfunk ist es bislang nicht gekommen.⁴ Ob diese Situation bestehen wird, ist zu bezweifeln. Und ebenso ist zu bezweifeln, dass eine vergleichbare Stabilität die Häufigkeit der Kommunikation mittels

Festnetzanschluss kennzeichnet. Zu vermuten ist, dass die Nutzung des Festnetzes insgesamt stärker gesunken ist, als es die Zahlen zur Verbreitung des Festnetzanschlusses nahelegen. So mögen sich manche Personen – wie amerikanische Studien nahelegen (Blumberg und Luke 2010) – inzwischen in der Kommunikation fast ausschließlich des Mobiltelefons bedienen und den Festnetzanschluss eher aus Traditionsgründen noch beibehalten und ihn lediglich sporadisch nutzen. Das Ende der Festnetznutzung ist damit gewissermaßen schon eingeleitet. Es bedarf nur noch einiger Verschiebungen im Preisgefüge, um neue Realitäten zu schaffen. Verändert hat sich durch die Ausbreitung des Mobilfunks die Struktur des Telefonbesitzes: Während 1997 85 % der Befragten ausschließlich über einen Festnetztelefon verfügten (Tabelle 1), sind es in der neusten Zeit nur noch 6 %. Der Anteil der Personen sowohl mit Festnetz als auch Mobiltelefonanschluss, ist von 12 % auf 84 % gestiegen. Die Veränderungen haben sich außerordentlich schnell vollzogen: sie zeichnen sich bereits beim im Ein-Jahres-Vergleich zwischen 1997 und 1998 ab und setzen sich auch in der folgenden Zeit ungehindert fort.⁵ Bereits im Jahr 2000 hat sich in der Mehrheit der Bevölkerung das heute verbreitete Muster einer Kombination von Festnetz und Mobiltelefon etabliert. Anders als in manchen anderen europäischen

Ländern stellen diejenigen, die nur noch über ein Mobiltelefon und nicht mehr über einen Festnetzanschluss verfügen, freilich nach wie vor eine Minderheit von 10 % dar.⁶ In den USA liegt diese Zahl bei mehr als ein Viertel der Einwohner (Blumberg und Luke 2010), in Tschechien oder Finnland ist es gar die Mehrheit (Hüfken 2010). Dass sich diese Situation in der Zukunft in ähnlicher Weise in Deutschland einstellen wird und die Telekommunikation lediglich über Mobiltelefone erfolgt, ist anzunehmen. Hinweise darauf ergeben sich, wenn man die Düsseldorf Befragten nach ihrem Alter untergliedert (Tabelle 2). Deutlich wird dann, wie sehr die nachwachsenden Generationen bereits zu einer „Handy-Generation“ geworden sind. Während 1997 die 18–29-Jährigen in Düsseldorf lediglich 12 % ein Handy besaßen, sind es inzwischen de facto 100 %. Rund ein Fünftel in dieser Altersgruppe ist nur noch über Handy zu erreichen. Unter den älteren Bürger über 45 Jahren liegt der entsprechende Wert unter 8 %.

4. Registrierung der Festnetznummer

Noch ist die Zahl derer, die ausschließlich über ein Mobiltelefonanschluss verfügen, gering. Aber sie wird weiter zunehmen, und damit wird auch die Zahl derer steigen, die nicht in öffentlichen Telefonverzeichnissen enthalten sind. Doch der Schwund an Sichtbarkeit ist nicht auf die ausschließlichen

Nutzer des Mobiltelefons beschränkt. Seit 1992 ist den Besitzern eines Festnetzanschlusses die Entscheidung überlassen, ob sie in das öffentliche Telefonverzeichnis aufgenommen werden oder nicht. Wie viele machen von der Möglichkeit eines Eintrags Gebrauch? Neuere Daten liegen dazu nicht vor.⁷ Wir haben Fragen dazu in den Erhebungen seit 2000, 2009 und 2014 wiederholt gestellt. Dabei wurde auch danach differenziert, ob der Eintrag auf den eigenen Familiennamen oder auf einen anderen Familiennamen erfolgt ist. Letztere Variante dürfte vor allem bei nichtehelichen Lebensgemeinschaften vorkommen. Sie dürfte es aber auch bei Verheirateten geben, bei denen die Partner nicht den Nachnamen teilen, sondern – wie heutzutage vermehrt üblich – einer den Geburtsnamen beibehalten hat.

Die Ergebnisse der Befragungen dokumentieren erhebliche Verschiebungen innerhalb weniger Jahre (vgl. Tabelle 3). Während im Jahr 2000 noch drei Viertel der Befragten angaben, sie wären mit eigenen Familiennamen verzeichnet, sind es in der neusten Erhebung weniger als die Hälfte. Der Grund dafür liegt nicht etwa in einer zunehmenden Zahl nichtehelicher Lebensgemeinschaften – denn der Anteil unter anderem Namen ist in unserer Umfrage ebenfalls rückläufig. Der Grund liegt vielmehr im Verzicht auf einen Eintrag. Der Anteil derer, die eigenen Angaben zufolge nicht verzeichnet

	2000	2009	2014
Eigener Familienname	77	53	42
Anderer Name	7	5	4
Nicht eingetragen	16	42	54
(N=)	100 (517)	100 (1001)	100 (1118)

Frageformulierung: „Ist dieser Anschluss im Telefonbuch eingetragen?“
Antwortkategorien: „Ja, unter meinem Familiennamen“, „Ja, unter dem Familiennamen einer anderen Person“, „Nein. Nicht eingetragen“ [Fehlende Angaben und „weiß nicht“ sind aus der Darstellung ausgeklammert].

Tabelle 3: Eintrag in das Telefonverzeichnis unter Besitzern von Festnetzanschlüssen nach Jahr (in %)

sind, ist um mehr als das zweieinhalbfache – von 16 % auf 54 % – gestiegen.⁸

Untergliedert nach Alter (Tabelle 4), wird ersichtlich, dass diese Entwicklung besonders von den jüngeren Generationen vorangetrieben wird. So sind es bei den 18–29-Jährigen nahezu drei Viertel, die nicht mehr im Telefonbuch verzeichnet sind. Und nichts spricht dafür, dass sich diese Situation in der Zukunft ändern sollte, sich die Jüngeren etwa mit steigendem Alter vermehrt in das Telefonverzeichnis aufnehmen lassen. Eher ist das Gegenteil der Fall. So weist z. B. die Kohorte der 18–29-Jährigen des Jahres 2000 neun Jahre später – als 27–38-Jährige – nicht höhere, sondern niedrigere Registrierungswerte auf als noch im Jahr 2000.

Da die Jüngeren überproportional über eine höhere Bildung verfügen, ist nicht verwunderlich, dass die besser Gebildeten überproportional oft von sich sagen, nicht im Telefonbuch verzeichnet zu sein. So gaben z. B. im Jahr 2014 unter den Be-

Tabelle 4: Eintrag in das Telefonverzeichnis unter Besitzern eines Festnetzanschlusses nach Alter und Jahr (in %)

	18-29			30-44			45-59			60+		
	2000	2009	2014	2000	2009	2014	2000	2009	2014	2000	2009	2014
Eigener Familienname	68	30	23	66	38	18	77	53	41	89	73	63
Anderer Name	10	5	5	13	4	1	6	8	4	3	5	4
Nicht eingetragen	22	65	73	21	58	81	17	39	55	8	22	33
(N=)	100 (79)	100 (119)	100 (132)	100 (135)	100 (249)	100 (236)	100 (113)	100 (264)	100 (328)	100 (178)	100 (336)	100 (407)

fragten mit Volks- oder Hauptschulbildung 47 % an, nicht im Telefonbuch aufgeführt zu sein. Unter den Befragten mit Realschulabschluss oder Fachhochschulreife waren es 53–54 % und unter den Befragten mit Abitur 63 %. Um einen genuinen, eigenständigen Bildungseffekt handelt es sich freilich nicht: Gliedert man in die Gruppe der unter 49-jährigen und der über 49-jährigen auf, ist kein systematischer und statistisch signifikanter Effekt des Merkmals Bildung anzutreffen. Von einer stärkeren Repräsentanz der besser Gebildeten – etwa aufgrund eigener beruflicher Position und einer stärkeren sozialen Einbindung – kann nicht gesprochen werden.

Welche Gründe für den Verzicht auf einen Eintrag verantwortlich sind, wurde in unserer Untersuchung nicht erfragt. Denkbar ist, dass man die eigene Telefonnummer nur ausgewählten Personen preisgeben will. Denkbar ist aber auch, dass sich dahinter ein generelles Misstrauen gegenüber der Umwelt verbirgt. In der Tat ist die Bereitschaft zur Preisgabe der Telefonnummer vom generellen Vertrauen in andere Menschen nicht unabhängig. So verfügten die Befragten in der Erhebung von 2014, die dem Satz „Den meisten Menschen kann man vertrauen“, „voll und ganz“ zustimmten, zu 54 % über einen Eintrag. Bei denen, die dem Satz „eher“ zustimmten, lag der Wert bei 49 %, die ihm „eher nicht“ zustimmten bei 42 % und die ihm „überhaupt nicht“ zustimmten, bei 36 %.

Gibt man neben den Merkmalen Geschlecht, Alter und Bildung die Variable für „generalisiertes Vertrauen“ in eine logistische Regressionsanalyse ein, ergibt sich für das generalisierte Vertrauen ein eigenständiger, statistisch signifikanter

Effekt. Des Weiteren gibt sich ein statistisch signifikanter Effekt für das Alter, keiner aber für die Merkmale Geschlecht und Bildung.⁹ Kein Effekt ergibt sich ferner für Variable, die sich auf die wahrgenommene personale und soziale Kriminalitätsbedrohung beziehen. Es scheint danach weniger eine spezifische Furcht vor Bedrohung zu sein, die zum Verzicht auf einen Eintrag führt, als eine allgemeine – eher diffuse – Negativbewertung der sozialen Umwelt. Nichts spricht dafür, dass dies ein zeitspezifischer Effekt sein könnte, vergleichbare Effekte kennzeichnen auch unseren früheren Erhebungen.

5. Paradoxien der Sichtbarkeit

Das Aufkommen des Mobilfunks hat die Struktur der telefonischen Kommunikation verändert. Bürger besitzt heutzutage nicht nur einen Festnetz-, sondern mehrheitlich auch ein Mobilfunkanschluss. In dem Maße wie vermehrt kostengünstige Flatrates für Mobilfunkanschlüsse angeboten werden und der Anschluss für das Festnetz der Telekom – ungeachtet der Zahl getätigter Anrufe – bereits die Kosten der Flatrates übersteigt, wird sich zweifellos eine weitere Abkehr von den Festnetzanschlüssen vollziehen. Gleiches wird sich in dem Maße ereignen, wie alternative Varianten des „Festnetzanschlusses“ – etwa über Internetverbindungen – an Popularität und Akzeptanz gewinnen. Infolgedessen werden immer mehr Personen aus den öffentlichen Telefonverzeichnissen verschwinden.

Doch nicht allein die Ausbreitung des Mobilfunks trägt zum Verschwinden aus öffentlichen Verzeichnissen bei. Weitaus stärker wiegt die Tatsache, dass

selbst Menschen mit Festnetzanschluss immer häufiger darauf verzichten, sich in ein Verzeichnis einzutragen. Aus Sicht der Sozialforschung bedeutet dies, dass man auf amtliche, öffentliche Telefonverzeichnisse als Samplingbasis nicht mehr zurückgreifen kann. Diese Erkenntnis ist zwar nicht neu, und hat seit längerem bereits zu Verfahren der Stichprobenziehung mittels zufallsgenerierter Telefonnummern geführt. Aber was sich neu an Erkenntnis darbietet, ist der Befund, dass es sich inzwischen um eine Mehrheit der Bürger handelt, die nicht mehr in öffentlichen Verzeichnissen erfasst ist.

Die Tatsache, dass der Anteil derer, die sich nicht in öffentlichen Verzeichnissen eintragen lässt, so groß geworden ist, spiegelt eine veränderte Haltung zur telefonischen Kontaktaufnahme – und womöglich auch generell im Umgang mit anderen Menschen – wieder: Man schottet sich ab, will nicht mehr von Personen angerufen werden, die nicht dem engeren Freundes- und Bekanntenkreis angehören. Die Tatsache, dass sich Telefonbefragungen – wie andere Befragungsformen auch (vgl. u. a. Wasmer et al. 2010) – durch stark sinkende Ausschöpfungsquoten auszeichnen und sich die Zahl der Verweigerer in den letzten Jahren erhöht hat, ist womöglich auch aus dieser Sicht her zu verstehen: als Ausdruck eines steigenden Bedürfnisses nach Privatheit mittels Abschottung nach außen.

Gleichzeitig stellt die beschriebene Entwicklung jedoch auch ein Paradoxon dar: denn in der digitalen Welt – wie in facebook – nimmt die öffentliche Preisgabe privater Informationen zu. Der Anteil der Bundesbürger, die ein eigenes Profil bei einer „privaten Community“ hat, belief sich im Jahr 2010 bereits auf

39% (BITCOM 2010). Inzwischen ist der Anteil weiter gewachsen. Maßgeblichen Anteil daran hat die jüngere Generation – jene Generation, die sich unseren Befragungen zufolge in überproportionalem Maße mit der Preisgabe der eigenen Telefonnummer zurückhält. Inzwischen sind 78 % der Internetnutzer in mindestens einem sozialen Netzwerk angemeldet, die meisten davon als aktive Nutzer. Bei den 20–29-Jährigen sind es gar 85 % (BITCOM 2013a). Doch nicht nur die Jüngeren tragen zum Paradoxon bei, sondern auch die Älteren. Wenn man erblickt, wie wenig abgeschottet und lautstark im öffentlichen Raum, in Bus oder Bahn, Telefongespräche mit dem Handy auch von Erwachsenen geführt werden, dann wird eine verstärkte Neigung zu einer – geradezu exhibitionistischen – öffentlichen Präsentation der eigenen Privatsphäre sichtbar.

Anmerkungen

- 1 Die jüngste Erhebung wurde im Wesentlichen in der Zeit zwischen Dezember 2013 und März 2014 durchgeführt. Etwas mehr als die Hälfte der Befragten entfällt auf das Jahr 2014 (die Erhebung ist dementsprechend in den Tabellen unter dem Jahr 2014 Erhebung aufgeführt). Die Erhebungen stützen sich primär auf Lehrstuhlmittel, die Erhebung von 2014 maßgeblich auch auf einen Zuschuss der Gesellschaft der Freunde und Förderer der Universität Düsseldorf.
- 2 Denkbar ist, dass diejenigen, die sich nicht an der Umfrage beteiligten, häufiger über kein Telefon verfügen und der Anteil der Tele-

fonbesitzer dadurch überschätzt wird. Alles in allem halten wir dies Problem in der Bundesrepublik freilich für vernachlässigenswert.

- 3 Einer bundesweiten Umfrage aus dem Jahr 2013 verfügten 90 % der Deutschen über ein Handy. Unter den 14–29-Jährigen, den 30–49-Jährigen und den 50–64-Jährigen liegen die Werte jeweils bei über 95 %, bei den Befragten 65 und älter bei 68 % (BITCOM 2013b).
- 4 Manche Mobilfunkanbieter, wie Vodafone, bieten inzwischen auch „Homezone“-Anschlüsse an, bei denen die Festnetznummer des Telefons übernommen wird, das Gerät zu Hause quasi stationär gehalten wird, aber mittels Mobilfunk kommuniziert. Wie viele der Festnetzanschlüsse, die in der Befragung damit gleichzusetzen sind, ist unklar. Anzunehmen ist, dass es sich um einen sehr kleinen Anteil handelt.
- 5 Ein Indikator für die Schnelligkeit der Ausbreitung und der Nutzung zeigt sich auch in der Zahl der versandten SMS Kurztex-te. 1999 lagen diese noch bei weniger als 5 Milliarden, 2001 bereits bei 21 Milliarden (Der Focus 4/ 2002: 107).
- 6 Dem „European Social Survey“ zufolge, der sich auf face-to-face Befragungen stützt, verfügten 15 % der Bürger im Jahr 2008/2009 über ein Festnetztelefon, 79 % über eine Kombination von Festnetz- und Mobiltelefon und 5 % ausschließlich über ein Mobiltelefon (Hüfken 2010). Die Düsseldorfer Befunde spiegeln, wie vermutet, offensichtlich eine etwas weiter fortgeschrittenes Stadium der Mobilfunknutzung wieder, die grundlegenden Verhältnisse sind jedoch ähnlich.
- 7 Eine frühere Untersuchung, die sich auf Ostdeutschland bezieht und die Verhältnisse zu Beginn der 1990er Jahre beschreibt, findet sich bei Häder (1996).
- 8 Die Angaben über Eintrag oder Nicht-Eintrag stützen sich auf Auskünfte der Befragten. In manchen Fällen mag es durchaus Abweichungen von der Realität geben – denn nicht jeder prüft bei jeder Neuausgabe des Telefonbuchs, ob er dann (wieder oder noch) vertre-

ten ist. Die Zahl der Befragten, die angeben, es nicht zu wissen, liegt bei weniger als 0,5 %.

- 9 Das Odds Ratio für die Frage des generalisierten Vertrauens (in dichotomisiert Form) auf den Nichteintrag liegt bei 1.34 ($p < 0,05$), des Alters (dichotomisiert in: bis 49, 50+ Jahre) bei .26 ($p < 0,001$). Kein Effekt ergibt sich für die Merkmale Bildung und Geschlecht (Odds Ratio jeweils 1.05 bzw. 1.06, n.s.).

Literatur

- BITKOM (2010): 30 Millionen Deutsche sind Mitglieder in Communitys. Presseinformation [http://www.bitkom.org/de/presse/66442_62772.aspx]
- BITKOM (2013a): Soziale Netzwerke 2013. Dritte, erweiterte Studie. Eine repräsentative Untersuchung zur Nutzung sozialer Netzwerke im Internet. Berlin [http://www.bitkom.org/de/publikationen/38338_77778.aspx]
- BITKOM (2013b): 63 Millionen Handy-Besitzer in Deutschland. Presseinformation [http://www.bitkom.org/de/markt_statistik/64046_77178.aspx]
- Blumberg, Stephen J. und Luke, Julian V. (2009): Wireless Substitution: Early release of estimates from the National Health Interview Survey, July-December 2009. National Center of Health Statistics. May 2010. [http://www.cdc.gov/nchs/nhis.htm]
- Dillman, Don (2000): Mail and internet surveys. New York.
- Häder, Sabine (1996): Wer sind die „Nonpubs“?: Zum Problem anonymer Anschlüsse bei Telefonumfragen, in: ZUMA Nachrichten 20, S. 45–68.
- Hüfken, Volker (2010): Public Opinion Polls and estimates in some European countries. Non-Coverage Bias in Telephone Surveys. In: JSM Proceedings, Statistical Computing Section. Alexandria, VA: American Statistical Association.
- Reuband, Karl-Heinz (2001): Möglichkeiten und Probleme des Einsatzes postalischer Befragungen, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 53, 2001, S. 338–364.
- Wasmer, Martina, Scholz, Eva und Michael Blohm (2010): Konzeption und Durchführung der „Allgemeinen Bevölkerungsumfrage“ (ALLBUS) 2008. Gesis Technical Reports 2010/04. Mannheim.

Lebensqualität im Test

Martin Schlegel, Hagen

Ehrung für Statistikreihe

39 Wohnquartiere

„Ist einfach! Lässt sich vorbereiten!“ Wenn ich diese Bemerkung unter einem Kochrezept finde, ist das ein Argument, genauer hinzusehen. Nicht, dass ich etwas gegen aufwändig zuzubereitende Speisen habe – Kochen macht Spaß. Aber wenn es auch einfach geht und ich nicht bis zur letzten Sekunde aktiv sein muss, dann hat das schon seinen Charme.

Was für mich beim Kochen gilt, gilt für die Journalisten der Lokalpresse bei ihrer Arbeit.

Die Sommerpause steht bevor: Rat und Ausschüsse tagen nicht, politische Aufreger fallen also aus. Der Sport macht Pause, auch hier ist Nachrichten-Dürre. Zudem ist die Redaktion unterbesetzt, weil etliche Schreiberlinge gute Gründe finden, gerade jetzt in Urlaub zu fahren.

Wenig Schreiber und wenig Nachrichten! Wie soll man da die Zeitung füllen? Man kann ja nicht jeden Handtaschendiebstahl ins Blatt heben.

Ich weiß nicht, wie sich die Lokalpresse in Hamburg, Hannover und Heidelberg dem Problem stellt. Ich weiß aber, was die Hagener gemacht haben. Und das nicht zum ersten Mal. 2006 bekamen sie dafür sogar

einen Preis (vgl. „Hohe Ehrung auf internationalem Parkett“, in Stadtforschung und Statistik, Ausgabe 2/ 2007, S. 67).

Die Hagener Redakteure erinnerten sich der Statistik und baten das Ressort für Statistik und Stadtforschung um viele Daten. Zu jedem der 39 Wohnquartiere stellten die Statistiker um Uwe Schubert einen Datenkranz bereit, der punktgenau informiert. Einwohner mit Altersstruktur, Ausländer, Wanderungen, Haushaltsstruktur, Einkünfte, Kfz, Arbeitslose usw.

Die übersichtliche Anordnung und der jeweils hergestellte Vergleich zur Gesamtstadt machte daraus einen Datenschatz und erleichterte der Lokalredaktion die Arbeit ungemein.

Wie beim Koch-Rezept: „Ist einfach!“

Diese Daten erhielten die Journalisten lange vor der Sommerpause und konnten sich so sagen: „Lässt sich vorbereiten!“

Aus den 39 Tabellen machten sie die Serie „Wir sind Hagen – Lebensqualität im Test“. An jedem Tag stellten sie ein Quartier vor und nahmen dafür eine ganze Seite. Sie wären schlechte Schreiber, hätten sie die Seite mit Zahlen vollgeklatscht.

Die große, umfassende Tabelle stand im Zentrum (siehe das Beispiel). Dazu kam ein Bericht über einen Gang durch das Quartier, von der Zeitung als Stadtteilspaziergang bezeichnet. Darin kamen bedeutende oder auch weniger wichtige Bürger dieses Stadtteils zu Wort, es wurde auf Probleme und – vor allem – die Stärken des Quartiers hingewiesen.

So entstand eine höchst informative und gleichzeitig leicht lesbare Reihe. Mehr als 6 Wochen lang.

Natürlich hätten viele Statistiker lieber von „Menschen mit Migrationshintergrund“ gesprochen statt einfach nur „Migranten“ zu nehmen. Auch das schlichte „Gesamteinkünfte“ wäre wohl nicht aus der Statistikerfeder geflossen. Da wäre darauf hingewiesen worden, dass hier der Betrag der Gesamteinkünfte aller unbeschränkt Steuerpflichtigen einschließlich der Steuerpflichtigen ohne Einkommen gemeint ist. Die LeserInnen konnten also nicht verstehen, was genau gemeint ist. Aber sie haben verstanden, wie der Bezirk im Stadtranking einzuordnen ist.

Was will man mehr?

Über Statistik:

Folgen Sie ruhig einer Statistik. Es muss nicht einmal unauffällig sein.

SOMMERSERIE 2013: STADTSPAZIERGÄNGE Folge 8

Emst-Ost
Lebensqualität
im Test

	Emst-Ost		Stadtgebiet zum Vergleich	
	absolut	in %	absolut	in %
Einwohner 31.12.2012	5.747	100	187.810	100
davon: 0 bis 17 Jahre	789	13,7	30.382	16,2
18 bis 59 Jahre	2.767	48,1	103.873	55,3
60 bis 79 Jahre	1.652	28,7	42.027	22,4
80 Jahre und älter	539	9,4	11.528	6,1
Altersdurchschnitt (Jahre)	49,7		44,7	
Fläche in qkm	2,9		160,3	
Einwohner je qkm	1.982		1.172	
Einwohnerveränderung seit dem 31.12.2002	-326	-5,4	-15.268	-7,5
Ausländer 31.12.2012	228		25.972	
Ausländeranteil		4		13,8
Migrantenanteil		24,9		37,3
Wanderungen 2012				
Zuzüge	106		8.710	
Fortzüge	109		7.147	
Wanderungssaldo	-3		-437	
Umzüge aus anderen Bezirken	203		11.311	
Umzüge in andere Bezirke	290		11.311	
Umzugsaldo	-87		0	
natürliche Entw. 2012				
Geburten	21		1.421	
Sterbefälle	90		2.414	
Saldo natürliche Entwicklung	-69		-993	
Einrichtungen 2012				
Begegnungsräume	1		35	
Alten- und Pflegeheime	4		26	
Plätze in Alten- und Pflegeheimen	0		2.078	
Kindergärten	4		95	
Kindertagesplätze	232		5.298	
je Hundert 3-bis 5-Jährige	191,7		117,8	
Jugendzentren	1		20	
Haushalte 2012	2.909	100	92.453	100
davon: mit 1 Person	1.181	40,6	38.846	42,0
mit 2 Personen	991	34,1	27.541	29,8
mit 3 Personen	375	12,9	12.862	13,9
mit 4 und mehr Personen	362	12,4	12.268	13,3
alleinerziehende Haushalte	106	3,6	4.704	5,1
Gesamteinkünfte 2006				
Rangplatz Wohnbezirk	37.767		29.077	
Kraftfahrzeuge 2012				
davon: private PKW	3.399	100	110.147	100
davon: private PKW	2.903	85,4	81.887	74,3
Arbeitslose 31.12.2012	142	100	9.594	100
davon: Männer	73	51,4	5.239	54,6
Frauen	69	48,6	4.355	45,4
davon: Deutsche	117	82,4	6.862	71,5
Ausländer	25	17,6	2.732	28,5
Betroffenheitsquote		5,4		9,6



Mehrfamilienhäuser im Grünen.



Sonja Boldt mit Mia und Phil sowie ihrer Freundin Anne-Kathrin Benner (v.l.) im Emster Ladenhof.

Stamm-Emster ziehen fast nie fort

Grünes Quartier mit schönen Läden, großem Park und regem Vereinsleben

Von Yvonne Hinz und Michael Kleimrensing (Fotos)

Emst. Es ist warm draußen, nein, eigentlich ist es eine Gluthitze. Doch im Emster Ladenhof mit den schattenspendenden Bäumen ist es gut auszuhalten. Bevor wir zu unseren Stadtteilspaziergang starten, genehmigen wir uns noch eine kalte Apfelschorle vor dem „Café im Quadrat“. Und kommen gleich ins Plaudern mit den Gästen an den Nachbartschichten. Mit Martina Ellerbrake zum Beispiel, die vor einem Monat ihre offene Schmuck-Produktion „Ma Tina - Jewellery & More“ eröffnet hat und sich hier einen Pausen-Cappuccino gönnt. Sie sei zufrieden, ihr Geschäft würde gut angenommen, die Kunden seien nett, ebenso die Nachbarn im Ladenhof - Frischmarkt Jetter, Lotto-Post Pirsche, Friseurische Reichberg, Café und Friseur.

Mit Kindern im „Mama Café“

Das „Café im Quadrat“ wird gern als „Mama-Café“ bezeichnet, da hier viele Mütter mit oder ohne Kinder einkehren. Kein Wunder, zwei Kindertagesstätten liegen nur einen Steinwurf entfernt. Café Busche an der Gerhart-Hauptmann-Straße hingegen gilt eher als „Oma Café“, was nicht abwertend gemeint ist, sondern auf die jahrzehntelange Tradition der Konditorei anspielt. Auch Sonja Boldt hat vor dem „Mama Café“ Stellung bezogen - im Schlepptau Töchterchen Mia und Sohnemann Phil. Seit Dezember wohnt Sonja Boldt mit ihrer Familie in der Lilienthalstraße. „Vorher haben wir in der Rembrandtstraße gewohnt, doch hier gefällt es uns besser. Außerdem

will ich, dass Mia hier auf Emst eingeschult wird“, erzählt die junge Mutter. Häufig sei sie mit ihren Kindern auf dem Spielplatz im Park, „da kommt der Eismann hin, und alle sind glücklich“.

„Der Stadtteil Emst ist komplett im Wandel“, sagt Sven Söhnchen. In den 60er-/70er Jahren seien viele jüngere Leute in das grüne Quartier gezogen. Derzeit würde ein Generationswechsel stattfinden, junge Familien würden nachrücken. „Doch viele alte Stamm-Emster sagen ‚Ich geh‘ aus meinem Emst nicht weg‘“, weiß der Kulturmanager des AWO-Kulturhofs auf dem Kämpchen. Betreutes Wohnen würde daher seit einiger Zeit im Stadtteil groß geschrieben. So haben zum Beispiel Caritas und DRK seniorengerechte Wohnungen errichtet.

„Ich will, dass meine Tochter auf Emst eingeschult wird.“

Sonja Boldt wohnt seit kurzem mit ihrer Familie in der Lilienthalstraße

Wir kommen in den Park, wo rund um das Jugend- und Familienzentrum Ferienstimmung herrscht. Hüpfburg, Planschbecken mit Rutsche - das volle Programm. Mitte Juli hat in der Nähe auf dem Schulhof und in der Turnhalle das BG-Turnier stattgefunden. „Das Basketball-Spaß-Turnier ist ein Emster Schmankerl“, sagt Sven Söhnchen, der selbst zehn Jahre auf Emst gewohnt hat. „Überhaupt - das Vereinsleben ist hier sehr rege

Anzeige

McTrek OUTDOOR SPORTS
SOMMERSCHLUSS VERKAUF
vom 27.07.-10.08.2013
20% EXTRARABATT
auf Sommerbekleidung & Sandalen
McTrek Hagen im Schwenne Zentrum EG
Tel.: 0 53 51 - 204 04 80, bis 17:00 - 19:00 Uhr, Sa. 10:00 - 18:00 Uhr
Online-Shop unter: www.McTrek.de

und stabil, besonders im Bereich Sport.“ Er zählt auf: „Die Handballer von Grün-Weiß-Emst, die Fußballer von Hagen 11 und Concordia, Tennis bei Blau-Gold und Concordia.“ Brauchturner werde gepflegt im Schützenverein Emst-Bissingheim und im Siedlerbund.

Beliebter Donnerstags-Treff

Wir erreichen die Ladenzeile am großen Feld 30. Hier wird sich bald einiges ändern. Der gesamte Komplex - die Traditions-Gaststätte Emster Quelle sowie die drei benachbarten Ladenlokale - werden 2015 abgerissen und nach mehrmonatiger Bauphase wird ein Gewerbehof nach neuem Konzept eröffnet.

Kotten auf dem Kämpchen 16 zu. Donnerstags von 14 bis 17.30 Uhr findet hier der freie Treff „Du bist nicht allein“ statt. Die ehrenamtlichen Kulturhof-Mitarbeiter sitzen mit zwei Gästen auf der Terrasse, erzählen und spielen. Schöne Stunden für die älteren Leute...

Wir marschieren weiter. „Nun ja, wie sich Habley als Naherholungsgebiet entwickeln wird - mal abwarten“, sagt Söhnchen und spielt dazu mit auf die Neuanstellungen Enerwie-Zentrale und Einrichtungshaus Sonnborn an. Wir erreichen einen Schotterplatz. „Die Boule-Spieler sagen, Wir treffen uns hinter Café Busche“, weiß Söhnchen. Sonntagsvormittags und dienstags nachmittags wird hier gebault. In aller Ruhe - dann stehen die Uhren still.



Viele ältere Stamm-Emster sagen ‚Ich zieh‘ aus meinem Emst nicht weg‘. Das Vereinsleben, besonders im Bereich Sport, ist hier sehr rege und stabil. Sven Söhnchen, Kulturmanager im Kulturhof Emst



Ausgelassene Ferienstimmung herrscht derzeit im Emster Park. Hier gibt's auch ein Jugend- und Familienzentrum.

Wegbereiter einer kooperativen, technikerunterstützten Städtestatistik

Manfred von Schaewen

Klaus Trutzel, Nürnberg

Am 22. April 2014 verstarb in Stuttgart Manfred von Schaewen, bis zu seiner Pensionierung langjähriger Leiter des Statistischen Amtes der Stadt. In dieser Stadt und weit darüber hinaus hatte er sich im Kollegenkreis wie in der Landes- und Bundesstatistik den Ruf eines hervorragenden Fachmannes auf allen Gebieten der Städte-

statistik, vor allem auch des Einwohnerwesens erworben.

Manfred von Schaewen war nicht nur der Experte für die rechtlichen Grundlagen des Meldewesens, als Leiter des mit der Statistik verbundenen zentralen Einwohnerwesens besaß er auch detaillierte Kenntnisse von dessen technischen und organisatorischen Grundlagen. Er war Pionier bei der statistischen Nutzung des Einwohnerregisters und leitete das Teilprojekt „Statistik“ des FuE-Vorhabens Einwohnerwesen des Bundesforschungsministeriums. Als klar wurde, dass es vordefinierte Tabellenberge nicht erlauben, die Ausgangsdaten problemorientiert zu selektieren und ihre Merkmale der Fragestellung entsprechend zu verknüpfen, förderte Manfred von Schaewen nachdrücklich die Definition der Standard-Statistikabzüge der Mikrodaten des Registers, die bis heute die Grundlage kleinräumiger Bevölkerungsstatistik bis hin zur Generierung von Haushalten, Bevölkerungs- und Haushalteprognosen bilden. Bei der Gesetzgebung zum Meldewesen war er Berater des Innenministeriums und hat so wesentlich zur Praxisorientierung des Melderechts beigetragen. Beim Deutschen Städtetag vertrat er nicht nur die Interessen seiner eigenen Stadt, sondern setzte sich engagiert auch für die übergreifenden Belange der deutschen Städtestatistik ein. So wurde er auch stv. Vor-

sitzender des Statistischen Ausschusses.

Für die Städtestatistik war Manfred von Schaewen in vielen überörtlichen Funktionen tätig. Er war eineinhalb Jahrzehnte lang Schatzmeister des Verbands Deutscher Städtestatistiker (VDSt), Mitbegründer des Verbundes Kommunales Statistisches Informationssystem (KOSIS-Verbund) und nachhaltiger Förderer der aus dem DATUM-Nachlass weiterzuentwickelnden Programmsysteme. Wesentliche Errungenschaften, welche Städtestatistik und Stadtforschung heute wie selbstverständlich nutzen, wären ohne von Schaewen kaum zustande gekommen. Ihm gelang, was in den Zeiten knapper Kassen anderswo kaum denkbar war, den damaligen Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel zu überzeugen, dass die Städtestatistik dringend ein am Arbeitsplatz zu bedienendes Programmsystem zum Management seiner wachsenden Datenbestände brauchte und dass dieses Programm zu allererst die flexible Auswertung der gerade verfügbar gewordenen Volkszählungsdaten 1987 ermöglichen sollte. Unter dem Namen DUVA bildet dieses Programm bis heute den IV-technischen Kern der kommunalstatistischen Datenverarbeitung und wird in mehr als 50 Städten und in Statistischen Landesämtern eingesetzt.



Bis heute ist im Stuttgarter Statistischen Amt die Erinnerung an diesen fachlich und menschlich so nachhaltig wirkenden Amtsleiter lebendig. Die engen persönlichen Bande zu den Kolleginnen und Kollegen der Städtestatistik pflegte Manfred von Schaeuwen auch nach seiner Pensionierung weiter und beteiligte sich bis zuletzt an den Unternehmungen der Ruheständler in der sog. „Ex-AG“. Viele preisen noch heute seinen Auftritt als virtuoser Pianist bei der Statistischen Woche 1994 in Wien, als er sich im großen Saal des Wiener Rathauses nach dem Abschied des Orchesters ans Klavier setzte und den Kongress noch eine weitere Stunde tanzen ließ.

Ganz persönlich ist für mich mit dem Tod Manfred von Schaeuwens eine jahrzehntelange Freundschaft zu Ende gegangen. Am 19. April 1930 in der Nähe von Königsberg geboren und aufgewachsen, hat er sich nach seiner Flucht in den Westen alleine durchgeschlagen, schließlich studiert und als wissenschaftlicher Assistent bei den Tübinger Nationalökonomien gewirkt. 1965

war er als Leiter der neu geschaffenen Abteilung Stadtforschung in das Statistische Amt der Stadt Stuttgart eingetreten, gerade ein Jahr, nachdem ich in Nürnberg mit einer entsprechenden Aufgabe betraut worden war. Schon um die Jahreswende 1964/65 trafen wir im Stuttgarter Amt bei einer Regionalstatistik-Tagung zusammen. 1973 veröffentlichte Manfred von Schaeuwen nach zahlreichen anderen Publikationen bei Kohlhammer seine viel gerühmte, mit Klaus Kaiser erarbeitete Monographie über „Stuttgart und die Region Mittlerer Neckar“. 1974 übernahmen wir fast gleichzeitig die Leitung unserer jeweiligen Ämter, nachdem wir schon zuvor bei vielen Gemeinschaftsvorhaben der Städtestatistik intensiv zusammengearbeitet hatten. Wir gehörten zum engeren Beraterkreis des Deutschen Städtetages und haben zusammen die Gemeinschaftsvorhaben der Städtestatistik im VDSt, im Statistischen Ausschuss und schließlich im KOSIS-Verbund vorangetrieben. Diese gemeinsame fachliche Arbeit hat uns dann auch privat verbunden. So

genossen wir seit Ende der siebziger Jahre über drei Jahrzehnte den gemeinsamen Skiurlaub am Katschberg. In all den Jahren haben wir uns bei vielen fachlichen und privaten Entscheidungen gegenseitig beraten.

Das Engagement für die gemeinsamen Belange der Städtestatistik als eine Wissensbasis der kommunalen Selbstverwaltung wirkt im Stuttgarter Amt über seinen Tod hinaus fort. Thomas Schwarz hat als Amtsleiter den Vorsitz im Arbeitskreis Stadtforschung, Statistik und Wahlen übernommen, der vom Deutschen Städtetag in der Nachfolge des Statistischen Ausschusses eingerichtet wurde. In dieser Funktion arbeitet er eng mit dem KOSIS-Verbund zusammen, der auch heute wieder von Nürnberg aus betreut wird. In Erinnerung bleibt uns Manfred von Schaeuwen als kluger, über den Tellerrand hinausschauender Kollege und Freund, auf dessen Wort man bauen konnte und der sich, ohne sich in den Vordergrund zu spielen, für die gemeinsame Sache konsequent und nachhaltig eingesetzt hat. Wir haben ihm viel zu verdanken.

Ex-AG

Kollege und Freund

Der Wagen

Auf einem Wagen saßen Vertreter aller politischen Parteien. Als der Wagen stecken blieb, geschah folgendes: Der Deutsche schoss den Führer nieder, der Zentrumsmann sagte: „Mit Gott!“ und blieb sitzen, der Demokrat schlug vor, die große Koalition zu bilden, der Mehrheitsozialist wollte den Karren aus dem Dreck schieben, ließ aber keinen aussteigen, die Unabhängigen schimpften und schoben mit, und die Kom-

munisten gaben gute Ratschläge, brüllten aber so, dass sie kein Mensch verstand.

Und wenn den Wagen keiner herausgezogen hat, dann steht er noch.

Die Berliner Volkszeitung veröffentlichte diese Zeilen am 16. 7. 1922. Als Autor war Ignaz Wrobel angegeben. Das war eines der Pseudonyme, die Kurt Tucholsky verwendete.

Jünger und weiblicher, Diplom-Geograph/innen auf dem Vormarsch

VDSSt-Mitgliederstruktur 2014

Rudolf Schulmeyer, Köln

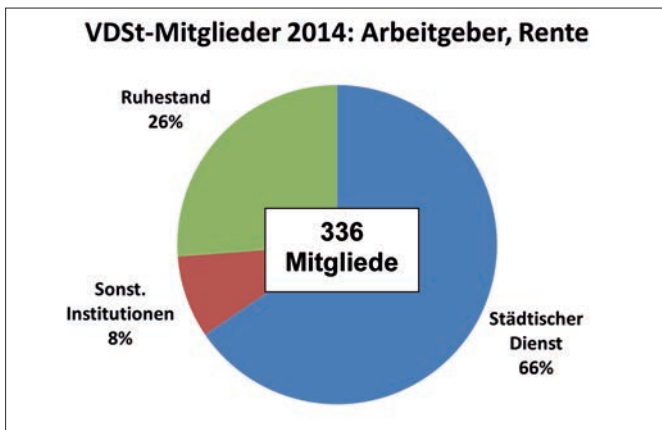


Abbildung 1: Verband Deutscher Städtestatistiker 2014

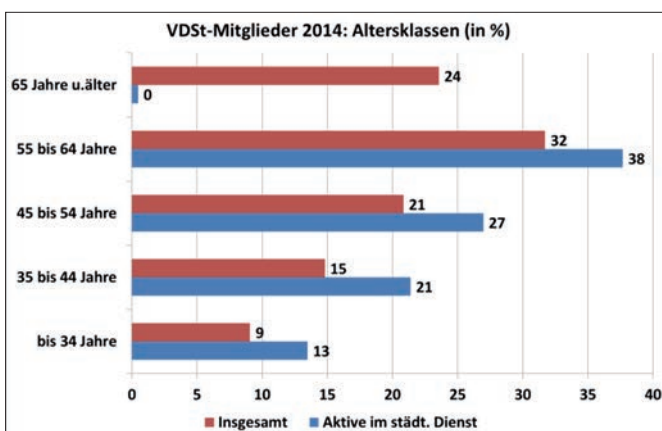


Abbildung 2: Verband Deutscher Städtestatistiker 2014

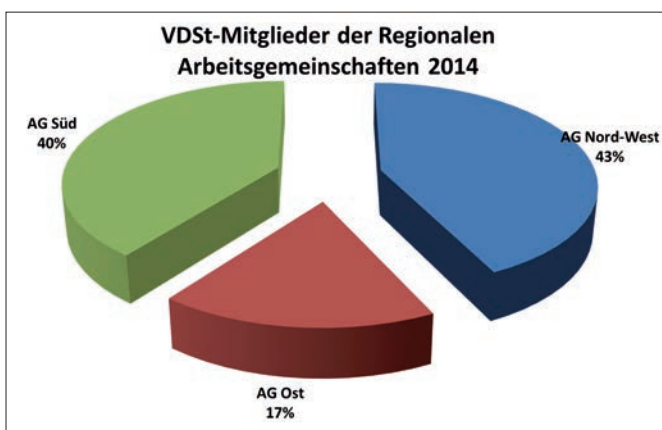


Abbildung 3: Verband Deutscher Städtestatistiker 2014

Der Verband Deutscher Städtestatistiker (VDSt) hat zurzeit knapp 340 Mitglieder, vier von zehn (39,6 %) sind seit 2006 dem Berufsverband beigetreten. Von den neuen Mitgliedern sind 44 % Frauen und 56 % Männer. Ein Viertel (23,5 %) ist unter 45 Jahre alt, jede(r) Neunte unter 35. Mit mehr als einem Drittel (37,1 %) liegen bei den Fachrichtungen die Diplom-Geographinnen und -geographen vorn. 2006 waren im VDSt noch Wirtschaftswissenschaften sowie Soziologie, Politik etc. die beiden häufigsten Fachrichtungen. Damit hat sich die Mitgliedschaft des VDSt verjüngt, der Frauenanteil ist von 23 % (2006) auf 29 %, der Anteil der unter 45-jährigen Mitglieder um 7,4 %-Punkte gestiegen. Gleichzeitig ist der Anteil der Mitglieder im Ruhestand von einem Fünftel auf ein Viertel angewachsen. Zwei Drittel der VDSt-Mitglieder sind im städtischen Dienst aktiv. Dieser Anteil ist etwa gleich geblieben. Durch den Zuwachs hat sich ihre Zahl aber um 32 auf 220 erhöht. Der VDSt fördert und unterstützt als gemeinnütziger Verein die Funktionsfähigkeit von Städtestatistik und Stadtforschung in den Kommunalverwaltungen, in Wissenschaft und Praxis. Mitglieder des Verbandes können Personen werden, die auf dem genannten Fachgebiet tätig sind. Weitere Voraussetzung ist eine abgeschlossene wissenschaftliche Ausbildung oder die

einschlägige Beschäftigung in verantwortlicher Funktion einer Kommunalverwaltung.

Ab Mitte des vergangenen Jahrzehnts hat sich der Stellenwert der Statistik in den Kommunalverwaltungen wieder erhöht, was sich auch in den Mitgliederzahlen des VDSt niederschlägt. Umfragen und Monitoring werden ausgebaut. Die nach gesetzlichen Vorschriften abgeschotteten kommunalen Statistikstellen gewährleisten den Zugang zu den erforderlichen Daten und Methoden. Der VDSt organisiert den Erfahrungsaustausch, die arbeitsteilige Erstellung von Arbeitshilfen und die Kommunikation im föderalen System der Statistik. Im KOSIS-Verbund wird die interkommunale Entwicklung von Instrumenten des Statistischen Informationssystems und anderer Gemeinschaftsprojekte vorangetrieben.

Im VDSt sind Mitglieder aus allen deutschen Städten über 200.000 Einwohnern vertreten (62,3 %). In zwei Drittel der Städte zwischen 100.000 und 200.000 Einwohnern und einem Viertel der Städte zwischen 50.000 und 100.000 Einwohnern sind VDSt-Mitglieder beschäftigt.

28 Mitglieder gehören sonstigen Institutionen an oder sind freiberuflich tätig. Dazu gehören kommunalnahe Institutionen wie der Deutsche Städte- tag, das Deutsche Institut für Urbanistik oder Regionalver-

bände. Ebenfalls dazu zählen wissenschaftliche Institutionen wie Universitäten, das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Regionalforschung oder das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung. Eine dritte Gruppe bilden Landes- und Bundesinstitutionen mit fachlichem Bezug. Sie alle bereichern den Blick von Städtestatistik und Stadtforschung.

Die Zusammenarbeit der VDSt-Mitglieder erfolgt in fachlichen und in regionalen Arbeitsgemeinschaften. Die Mitarbeit in den fachlichen Arbeitsgemeinschaften steht allen Mitgliedern offen, die regionalen Ar-

beitsgemeinschaften sind nach Bundesländern abgegrenzt. Den regionalen Arbeitsgemeinschaften obliegt die Betreuung der Mitglieder und der Kontakt mit den Statistischen Landesämtern. Die AG Nord-West umfasst die Bundesländer Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen sowie die Stadtstaaten Hamburg und Bremen. Sie hat 144 Mitglieder. Die 59 Mitglieder der AG Ost kommen aus den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie Berlin. Die AG Süd setzt sich aus den Bundesländern

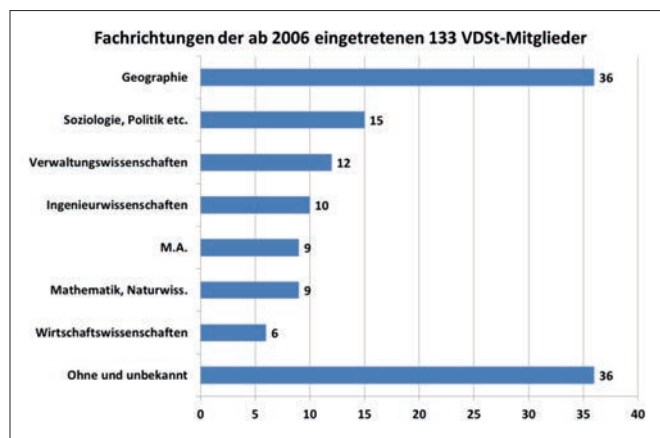


Abbildung 4: Verband Deutscher Städtestatistiker 2014

Rheinland-Pfalz, Hessen, Baden-Württemberg, Bayern und dem Saarland zusammen und hat 133 Mitglieder.

Statistik früher

Martin Schlegel, Hagen

Seit 1879 treffen sich die Kommunalstatistiker regelmäßig, zu Anfang unter der Bezeichnung „Conferenz der Direktoren der statistischen Bureaux deutscher Städte“. Schnell wechselte der Titel in „Conferenz der Deutschen Gemeinde-Statistiker“, später wurde daraus „Conferenz der Vorstände der statistischen Ämter deutscher Städte“. Ab 1914 dann firmierten die Tagungen als „Konferenz des Verbandes Deutscher Städtestatistiker“.

Ein Blick 50, 75 und 100 Jahre zurück zeigt interessante Einblicke in die Themen der jeweiligen Zeit. Ermöglicht wird der Rückblick durch das 1975 vom VDSt herausgegebene Buch „Die Städtestatistik im Wandel der Zeit“, das von den Kölnern Naumann, Neeb, Preis und Sirp zusammengestellt wurde.

Die 28. Tagung des Verbandes Deutscher Städtestatistiker fand

vom 9. bis 11. Juni 1914 in Dessau statt. Sie war das vorerst letzte Treffen, der Krieg verhinderte weitere Zusammenkünfte. Die nächste Tagung war dann 1920 in Erfurt.

In Dessau berieten die Kollegen u. a. über:

- die geplante Reichs-Wohnungszählung;
- die Wünsche des Kaiserlichen Statistikamtes zur Erweiterung der Statistik der Bautätigkeit;
- Erhebung von Haushaltsrechnungen;
- Statistik der Zwangsversteigerungen;
- die statistische Abgrenzung von Großsiedlungen.

1939, also 25 Jahre später fand keine Tagung statt.

Vor 50 Jahren – 1964 – traf man sich wieder einmal in Köln. Eine unglaublich lange Tagesordnung war zu bewältigen. Fast

50 Vorträge standen den Kollegen – und mittlerweile sicher einigen Kolleginnen – bevor, so dass man sich fragt, ob die nach dem Abendessen gar nicht zum Bier geschritten sind.

Eine kleine Auswahl:

- Fremdenverkehrswissenschaft
- Statistik zur Erforschung des Altenproblems
- Probleme der Altenhilfe in den Städten
- Statistik des öffentlichen Vermögens
- Messung der Volksgesundheit
- Erfassung nichteinschulfähiger Kinder
- Statistik der Konzerte
- Die nächste Wohnungszählung
- Sportstatistik
- Statistik des Schuldenstandes der Gemeinden
- Einteilung des Stadtgebiets in Wahl- und Stimmbezirke

50 Vorträge

1939: Kein Treffen

Neue im Verband

Martin Schlegel, Hagen

Rudolf Schulmeyer geht in seinem Beitrag genauestens auf die Mitgliederstruktur des VDSt ein und stellt enorme Veränderungen fest. Hier nun erfahren Sie ebenfalls etwas über die Mitglieder, doch nur über zwei von ihnen: Anja Frau Päbke und Johannes Bolz. Sie sind in der letzten Zeit in den VDSt eingetreten und haben wie alle Neuen eine Liste mit Halbsätzen bekommen. Sie haben die Möglichkeit genutzt, einige davon zu ergänzen, und sich so den anderen vorzustellen. Besser geschieht das natürlich auf der Statistischen Woche in Hannover.

Anja Päbke

Landeshauptstadt Schwerin,
Fachbereich für Hauptverwaltung,
Fachdienst Grundsatzangelegenheiten,
Controlling, Statistik,
Tel.: 0385/545 1152,
apaebke@schwerin.de

Eine gute Statistik erkennt man daran, **dass sie Informationen objektiv wiedergibt.**

Eine gute Tabelle **stellt ein übersichtliches Maß an Informationen selbsterklärend dar.**

Meine Hoffnung heißt, **die längjährige und gute Arbeit meiner Vorkolleginnen fortzuführen.**

Die Stadt, in der ich arbeite, **ist die kleinste deutsche Landeshauptstadt, aber dafür eine der schönsten, die ich kenne, meine Heimat und immer einen Besuch wert.**

Die alljährliche Statistische Woche **habe ich noch nicht besucht. Was nachzuholen ist!**

A. Johannes Bolz

Mannheim, Fachbereich Stadtplanung – Kommunale Statistikstelle, Sachgebiet 61.1.2,
Tel.: 0621/293-7780,
johannes.bolz@mannheim.de

Eine gute Statistik erkennt man daran, **dass sie viele Fragen beantwortet, aber auch neue aufwirft.**

Wenn ich in einer eigenen Tabelle einen Fehler entdecke, **ist der Tag gelaufen.**

An der Statistik gefällt mir, **dass sie einen guten Zugang zu allen möglichen Themen bietet.**

Ein Tag ohne Statistik **ist sehr, sehr lange her.**

Wer ohne Zahlen argumentiert, **verliert.**

Ein Computer ist für mich **für 8 Stunden der beste Freund.**

Die nächste Volkszählung sollte **möglichst bald kommen.**

Der größte denkbare Fehler eines Statistikers liegt darin **zu glauben, dass Zahlen die reine Wahrheit sind.**

Vor allem eines sollte Städtestatistik leisten: **Informationsportal und Hilfestellung für strukturierte Stadtplanung sein.**

Der große Diktator

Martin Schlegel, Hagen

Charly Chaplin

1940, in Europa tobt der 2. Weltkrieg, die USA stehen noch unbeteiligt daneben. „Der Große Diktator“ kommt in die Kinos. Ein großer Film, nicht nur wegen der von Charly Chaplin monumental gespielten Doppelrolle, allein schon wegen der Schlussrede.

Worum geht es in diesem Streifen, bei dem Charly Chaplin nicht nur die Hauptrollen übernahm, sondern auch das Drehbuch schrieb und Regie führte? Ein jüdischer Friseur (gespielt von Charly Chaplin) hat erheblichen Ärger mit den Nazi-Schergen und wird in ein Konzent-

rationslager gesteckt. Er bricht aus und flieht in Richtung Osterlich – in dem Film wird nicht von Deutschland und Österreich gesprochen, sondern von Tomasien und Osterlich. In Osterlich wird gerade Adenoid Hynkel (ebenfalls von Charly Chaplin verkörpert) erwartet, der Dikta-

tor von Tomasien ist und im Begriff ist, Osterlich zu besetzen. Während im gesamten Film die Charaktere „Friseur“ und „Diktator“ parallel laufen, kommen sie hier zusammen. Denn an der Grenze zwischen Tomasien und Osterlich wird der Friseur entdeckt, eine Flucht ist un-

möglich. Doch die Häscher sehen in ihm nicht den jüdischen Friseur, sondern den Diktator, ihren obersten Führer. Folglich bringen sie ihn unverzüglich zu einer Versammlung von vielen 1.000 Soldaten, die gerade Osterlich besetzt haben, und erwarten von ihm eine Rede. Der

schüchterne Friseur überwindet sich, er redet.

Diese Rede, die Schlussrede in dem Film, ist ein großes Dokument der Zeitgeschichte. Sie ist Anklage, aber auch Appell. Vor allem eine Forderung, eine Forderung an uns.

Lesen Sie selbst.

Charly Chaplins Schlussrede in „Der große Diktator“

Es tut mir leid, aber ich möchte nunmal kein Herrscher der Welt sein, das liegt mir nicht! Ich möchte weder herrschen noch irgendwen erobern, sondern jedem Menschen helfen, wo immer ich kann! Den Juden, den Heiden, den Farbigen, den Weissen! Jeder Mensch sollte dem Anderen helfen, nur so verbessern wir die Welt! Wir sollten am Glück des Anderen teilhaben und nicht einander verabscheuen! Hass und Verachtung bringen uns niemals näher! Auf dieser Welt ist Platz genug für jeden und Mutter Erde ist reich genug um jeden von uns satt zu machen! Das Leben kann ja so erfreulich und wunderbar sein, wir müssen es nur wieder zu leben lernen. Die Habgier hat das Gute im Menschen verschüttet und Mißgunst hat die Seelen vergiftet und uns im Paradeschritt zu Verderb und Blutschuld geführt. Wir haben die Geschwindigkeit entwickelt, aber innerlich sind wir stehen geblieben. Wir lassen Maschinen für uns arbeiten und sie denken auch für uns. Die Klugheit hat uns hochmütig werden lassen und unser Wissen kalt und hart, wir sprechen zu viel und fühlen zu wenig, aber zuerst kommt die Menschlichkeit und dann die Maschinen! Vor Klugheit und Wissen kommt Toleranz und Güte! Ohne Menschlichkeit und Nächstenliebe ist unser Dasein nicht lebenswert!

Aeroplane und Radio haben uns einander näher gebracht, diese Erfindungen haben eine Brücke geschlagen von Mensch zu Mensch, sie erfordern eine allumfassende Brüderlichkeit, damit wir alle Eins werden! Millionen Menschen auf der Welt können im Augenblick meine Stimme hören, Millionen verzweifelte Menschen, Opfer eines Systems, das es sich zur Aufgabe gemacht hat Unschuldige zu quälen und in Ketten zu legen! Allen denen, die mich jetzt hören, rufe ich zu: Ihr dürft nicht verzagen! Auch das bittere Leid, das über uns gekommen ist, ist vergänglich! Die Männer, die heute die Menschlichkeit mit Füßen treten, werden nicht immer da sein, ihre Grausamkeit stirbt mit ihnen und auch ihr Hass! Die Freiheit, die sie den Menschen genommen haben, wird ihnen dann zurückgegeben werden! Auch wenn es Blut und Tränen kostet, für die Freiheit ist kein Opfer zu groß!

Soldaten! Vertraut euch nicht Barbaren an, Unmenschen, die euch verachten und denen euer Leben nichts wert ist, ihr seid für sie nur Sklaven! Ihr hab das zu tun, das zu fühlen, das zu glauben! Ihr werdet gedrillt, gefüttert, wie Vieh behandelt und seid nichts weiter als Kanonenfutter! Ihr seid viel zu schade für diese verirrten Subjekte! Diese Maschinenmenschen, mit Maschinenköpfen und Maschinenherzen! Ihr seid keine Roboter, ihr seid keine Tiere, ihr seid Menschen! Bewahrt euch die Menschlichkeit in euren Herzen und hasst nicht! Nur wer nicht geliebt wird hasst! Nur wer nicht geliebt wird! Soldaten, kämpft nicht für die Sklaverei! Kämpft für die Freiheit! Im siebzehnten Kapitel des Evangelisten Lukas steht: Gott wohnt in jedem Menschen. Also nicht nur in Einem oder einer Gruppe von Menschen! Vergesst nie: Gott lebt in euch allen und ihr als Volk habt allein die Macht! Die Macht Kanonen zu fabrizieren, aber auch die Macht Glück zu spenden! Ihr als Volk habt es in der Hand dieses Leben einmalig kostbar zu machen, es mit wunderbarem Freiheitsgeist zu durchdringen!

Daher: Im Namen der Demokratie! Lasst uns diese Macht nutzen! Lasst uns zusammenstehen! Lasst uns kämpfen für eine neue Welt, für eine anständige Welt! Die Jedermann gleiche Chancen gibt, die der Jugend eine Zukunft und den Alten Sicherheit gewährt. Versprochen haben die Unterdrücker das auch, deshalb konnten sie die Macht ergreifen. Das war Lüge, wie überhaupt alles was sie euch versprochen! Diese Verbrecher! Diktatoren wollen die Freiheit nur für sich, das Volk soll versklavt bleiben!

Lasst uns diese Ketten sprengen, lasst uns kämpfen für eine bessere Welt! Lasst uns kämpfen für die Freiheit in der Welt! Das ist ein Ziel, für das es sich zu kämpfen lohnt! Nieder mit der Unterdrückung, dem Hass und der Intoleranz! Lasst uns kämpfen für eine Welt der Sauberkeit, in der die Vernunft siegt, in der Fortschritt und Wissenschaft uns allen zum Segen reichen! Kameraden! Im Namen der Demokratie! Dafür lasst uns streiten!

Geschichte, Arbeitsfelder und Zusammenarbeit in der Städtestatistik¹

Rudolf Schulmeyer, Köln

135 Jahre

Bremen beginnt

Die Städtestatistik hat in Deutschland eine lange Tradition. Sie blickt auf 135 Jahre organisierter Zusammenarbeit zurück war ursprünglich die notwendige Antwort auf die im 19. Jahrhundert erfolgte Industrialisierung und das damit verbundene explosionsartige Wachstum der Städte. Damit waren Lebensverhältnisse, Infrastruktur und Flächennutzung nicht mehr unmittelbar überschaubar und unterschieden sich auch von Stadt zu Stadt. Grundsätzlich waren aber die kommunalen Herausforderungen die gleichen. Allgemeine Entwicklungen und Perspektiven erkennen und voneinander lernen konnte man nur im konkreten Vergleich. Dazu mussten die Berichtsfelder abgestimmt und vergleichbar gemacht werden, eine Pionierleistung. Die Themen umfassten das gesamte Spektrum kommunaler Planung und Daseinsvorsorge. Sieht man von der zeitgenössischen Sprache ab, sind vie-

le der damaligen Beobachtungsfelder noch erstaunlich aktuell. Vielleicht ist dies doch weniger überraschend, denn die Städte sind auch heute als Träger der kommunalen Selbstverwaltung mit allen Bereichen der Daseinsvorsorge ihrer Bürger befasst. Die Städtestatistik hat die Aufgabe, die Informationsgrundlagen bereitzustellen und dauerhaft zu pflegen, die zur Sicherung der Planungshoheit der Kommunen erforderlich sind. Moderne Statistik ist deshalb nicht zuletzt Informationsmanagement.

Die Beispiele in *Übersicht 1* geben ohne Anspruch auf Vollständigkeit einen Überblick über die inhaltliche Bandbreite. Immer geht es um vorausschauende Planung zur Daseinsvorsorge der städtischen Einwohnerinnen und Einwohner, wie sie das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland gewährleistet, indem Art. 28 GG den Gemeinden das Recht einräumt, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln (kommunale Selbstverwaltung und Planungshoheit).


Der Verband Deutscher Städtestatistiker (VDSt) wurde offiziell 1903 gegründet, sieht seine Wurzeln aber in der Berliner Konferenz von 1879 (s. unten). Der VDSt fördert und unterstützt die Funktionsfähigkeit von Städtestatistik und Stadtforschung in den Kommunalverwaltungen, in Wissenschaft und Praxis. Er umfasst heute mit über

300 Mitgliedern einen Großteil der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der städtestatistischen Ämter und Dienststellen in Deutschland.²

Die Anfänge der Städtestatistik in Deutschland

Die ersten städtestatistischen Ämter entstanden ab 1861 mit Bremen, Berlin (1862), Frankfurt am Main (1865), Hamburg (1866) und Leipzig (1867). Weitere Städte folgten rasch diesem Vorbild. 1879 waren es mit Altona, Lübeck, Breslau, Chemnitz, Dresden, München und Köln bereits zwölf Städte. Für die Städtestatistik ist das Jahr 1879 von besonderer Bedeutung. Damals trafen sich vom 4. bis 6. Oktober zum ersten Mal die Leiter von neun der zwölf bestehenden städtestatistischen Ämter in Berlin zur „Konferenz der Directoren der statistischen Bureaux deutscher Städte“. Hausherr Professor Dr. Richard Böckh beschrieb selbstbewusst das Selbstverständnis der Städtestatistik: „Wir Städtestatistiker sind in einer weit günstigeren Lage, als die Statistiker der Staatenbureaux. Wir stehen den Verhältnissen näher, wir sehen, wie die Zahlen entstehen, wir wissen, ob sie den gestellten Fragen und ob diese den wirklichen Verhältnissen entsprechen, mit einem Wort, wir sind wirklich in der Lage, als Statistiker die thatsächli-


Übersicht 1: Themenfelder der kommunalen Planung



Geschichte und Arbeitsfeld der Städtestatistik

Beispiele:

- Infrastrukturplanung (Verkehr und Mobilität, Energieversorgung und Entsorgung, Müllabfuhr, Bildungs-, Sport- und Kultureinrichtungen, soziale Einrichtungen, Kindergärten, Krankenhäuser, Friedhöfe, Bäder, ...)
- Sektorale und räumliche Stadtentwicklungsplanung, Umweltvorsorge...
- Arbeitsmarktbeobachtung, Wohnungsmarktbeobachtung...
- Abgrenzung von Sozialräumen, Sozialplanung, Schulentwicklungsplanung, partizipative Altenplanung...
- Bildungsmonitoring, Integrationsmonitoring, Projekt- und Programmevaluierung...
- Demografischer Wandel, Entwicklung der kommunalen Finanzen, Regionale Strukturen und Entwicklungen
- ...



chen Verhältnisse zu messen. Wir stehen auf dem Boden der Erfahrung, und diese ist es, welche den Arbeiten der Städtestatistik ihren eigenthümlichen Werth verleiht.“³

Wichtigstes Anliegen der Konferenz war es „gleichförmige Erhebungen durchzuführen und vergleichbare Ergebnisse zu gewinnen“. Es war die Grundsteinlegung für eine dauerhafte interkommunale Zusammenarbeit, die bis heute anhält. Zunächst ging es um einen gegenseitigen Erfahrungsaustausch, den Austausch von Veröffentlichungen und das Bemühen um ein „Statistisches Jahrbuch der deutschen Städte“. Darüber hinaus gab es eine umfangreiche Tagesordnung, wie Professor Dr. Moritz Neefe (Breslau) auf der 25. Konferenz 1911 in Dresden rückblickend berichtete. Hauptthema war die anstehende Volkszählung 1880 mit den „Nebenaufnahmen, betreffend Grundstücks-, Wohnungs- und Haushaltsstatistiken. Außerdem aber standen 10 noch heute (1911) der Erörterung werthe und wichtige Gegenstände auf der Tagesordnung“⁴.

Die Anfänge: Breites Themenspektrum, Zensus-Themen damals wie heute aktuell

Bei der Volkszählung ging es im Laufe der Jahre u. a. um die Aufnahme neuer Merkmale und um Zusatzbefragungen in den Städten. Wichtige Themen waren Berufs- und Betriebszählungen, der Ausbau der Grundstücks- und Wohnungsstatistik und die Fortschreibung der Bevölkerung zwischen den Volkszählungen. In das Interesse rückten Fragen der Bauweise und der Bebauungsdichte, nach gewerblichen Geschäftslokalen und Anstalten in Ergänzung der Wohnungs-

und Haushaltsstatistik. In der Wohnungs- und Mietstatistik wurden Fragen des Wohnungsleerstands und der Wohnungsfortschreibung, insbesondere für Kleinwohnungen aufgeworfen.

Statistiken über Geburten und Sterbefälle (Todesursachenschema, Sterbetafeln), Aufgebote und Eheschließungen, Säuglingssterblichkeit und Säuglingsfürsorge gehörten zum Standard. Damit nicht genug, zählt Neefe mit den Verhandlungen über „die Bautätigkeit und den Grundbesitzwechsel, das Arbeiterversicherungswesen, die Lohn- und Einkommensverhältnisse, den Arbeitsmarkt, die Lebensmittelpreise, Arbeiterbudgets und Haushaltsrechnungen Minderbemittelter, Armen-, Schul- und Finanzstatistik sowie über städtische Verwaltungsberichte“ eine ganze Palette weiterer Tätigkeitsfelder der Städtestatistik auf. Als nicht erfüllter Wunsch der Konferenz wurde erwähnt, „die in den größeren Städten geltenden Bestimmungen über das polizeiliche Meldeverfahren der zu-, weg- und umziehenden Einwohner zusammengestellt zu sehen, um bessere Grundlagen für eine vergleichende Statistik der Binnenwanderung, des Fremdenverkehrs und für die Fortschreibung der Bevölkerung zu schaffen“.

Statistisches Jahrbuch Deutscher Städte als Beitrag zur statistischen Infrastruktur

Bereits 1890 erschien als Ergebnis der interkommunalen Zusammenarbeit das „Statistische Jahrbuch Deutscher Städte“. 35 der damals 44 Städte ab 50.000 Einwohnern haben sich an der Datensammlung beteiligt. Die 17 Kapitel wurden arbeitsteilig von 10 städtestatistischen Äm-

tern (bzw. deren Leitern) bearbeitet und beschrieben. Bereits in der ersten Ausgabe reichte der Umfang vom Stadtgebiet über die Bevölkerung (Stand, Struktur und Bewegung), Bauen und Wohnen, Wirtschaft (Gewerbe, Sparkassen, Leihhäuser) und Verkehr, Bildung und Soziales (Unterrichtswesen, Armen- und Krankenpflege), städtische Infrastruktur (Beleuchtungswesen, Wasserversorgung und Kanalisation, Parkanlagen) und Straßenreinigung, öffentliche Ordnung (Polizei und Rechtspflege, Feuerlöschwesen) bis zur Organisation der städtischen Verwaltung. Dazu haben die Verfasser umfangreiche Fragebögen entwickelt und untereinander abgestimmt. Die Ergebnisse wurden nicht nur als Zahlenwerk zusammengestellt, sondern in ausführlichen Textbeiträgen analysiert. In den nächsten Ausgaben wurden die Themen erweitert und so das Bild über die damalige Städtelandschaft immer facettenreicher.

1911 gab es bereits 44 Städte mit eigenen statistischen Ämtern. Für Neefe ist „ihre Errichtung als ein Ausfluss der Arbeitsteilung auf dem Gebiete der städtischen Ämterverfassung zu betrachten. Wie die Staatsverwaltung, so hat auch die Selbstverwaltung eine statistische Funktion. Die Kommunalstatistik gilt als das wichtigste Gebiet der Statistik der Selbstverwaltung. Der Zusammenhang von Statistik und Verwaltung ist nirgends so eng wie gerade in den Städten.“

Städtestatistik als zentrale Dienstleistung für dezentrale Nutzer

Inzwischen hat sich die Städtestatistik in den Kommunen mit eigener Statistikstelle zu einer leistungsfähigen zentralen

Vergleichbare Ergebnisse gewinnen

1890: Statistisches Jahrbuch

Kommunen benötigen kleinräumige Daten

Dienstleistung für dezentrale Nutzer entwickelt. Dabei können die örtlichen Strukturen sehr unterschiedlich sein. Organisationshoheit und örtliche Gegebenheiten, die Stadtgröße, Finanzen und handelnde Personen spielen eine Rolle. Es gibt aber auch gemeinsame Linien. Immer lässt sich die Kombination der eingesetzten Ressourcen und Elemente als **Statistisches Informationssystem** beschreiben oder auffassen. Dazu zählen die statistische Datenbasis, Methoden und Instrumente, Raumbezug und Geometrien, Technik und Personal. Eine besondere Rolle spielt der Datenschutz und hier insbesondere die Abschottung der Statistik von der übrigen Verwaltung. Damit erfüllt der Kommunalstatistische Dienst als abgeschottete Statistikstelle die Kriterien des Bundesverfassungsgerichts im Volkszählungsurteil 1983, die individuelle Schutzrechte der Bürger und das Informationsbedürfnis des Staates gegeneinander abwägen, und sichert so die Informationsgrundlagen für die Erhaltung der Selbstverwaltungsgarantie und Planungshoheit der Stadt. Seine Aufgaben und seine Einordnung im Verwaltungsumfeld lassen sich beschreiben als

- Informationsaufbereitung und Datenbereitstellung für Planungs- und Entscheidungsprozesse

- Bereitstellung und Einsatz von Methoden und Instrumenten für Analysen, Prognosen, Wirkungsbeobachtung, Erfolgskontrolle, Ergebnispräsentation
- Routineberichterstattung, Auskünfte und Analysen für
 - städtische Dienststellen, politische Gremien der Stadt, stadtnahe Gesellschaften, Partner in Kooperationsprojekten, Wissenschaft, Wirtschaft, sonstige Institutionen, Öffentlichkeit
- im Umfeld
 - einer dienstleistungsorientierten und bürgernahen Verwaltung,
 - die zunehmend über zentrale Vorgaben gesteuert und dezentral verantwortet wird.

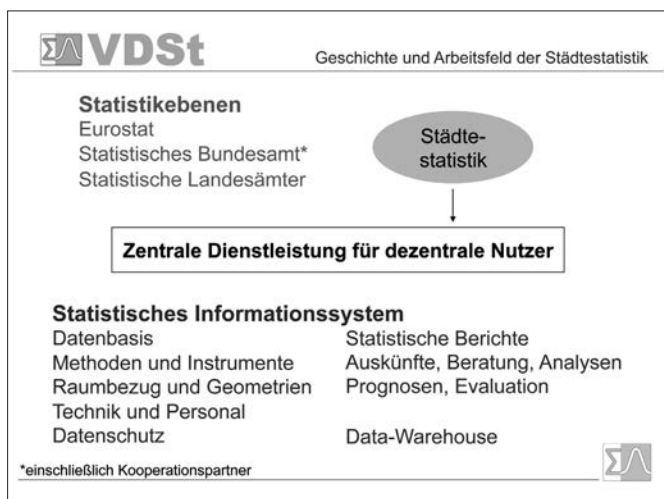
Quellen gewinnen an Bedeutung, wie z. B. die Bundesagentur für Arbeit mit Daten über Beschäftigte und Arbeitslose etc. Der Aussagewert von Dateninhalten erschließt sich durch den Vergleich: Voraussetzung ist eine Aufgliederung der Datenbasis nach fachlichen, zeitlichen und räumlichen Aspekten. In vielen Fällen wird auch nur die richtig abgegrenzte Zahl zu einem Sachverhalt benötigt, z.B. die in einer Wohnstraße lebenden Kinder im Kindergartenalter, alleinlebende Personen über 75 Jahre im Wohngebiet, Single-Haushalte im Planungsbezirk. Man sieht: Der kommunale Datenbedarf ist kleinräumig.

Will man die Daten schnell auffinden und zur Information verdichten, wird eine systematisch strukturierte Datenbasis benötigt, die einheitlichen Organisationsprinzipien folgt und die zu jedem Datum Beschreibungselemente (= Metadaten) enthält. Als Grundsatz gilt: Keine Daten ohne Beschreibung. Metadaten sind beispielsweise der Merkmalsname (Alter) und die Ausprägung (über 18 Jahre), aber auch Abgrenzungen wie die Begriffsbestimmung (Einwohner mit Hauptwohnung), örtlicher Bezug (Frankfurt am Main), zeitlicher Bezug (01.01.2014), Datenquelle, Kommentare oder Stichworte. Ein wichtiges Prinzip ist die Nutzung der Metadaten für das Retrieval, d.h. zum Auffinden der gesuchten Daten in der Datenbasis und ihre Bereitstellung zur weiteren Auswertung und Analyse.

Statistisches Informationssystem und Organisationszusammenhänge in der Statistik⁵

Am Anfang jeder Information stehen Daten. Sie bilden die Basis für zweckorientiertes Wissen. Wichtigste Datenquellen der Kommunen sind fortschreibungsfähige Datengrundlagen aus dem eigenen Verwaltungsvollzug sowie eigene Erhebungen und Umfragen. Aber auch Daten aus der staatlichen Statistik, aus Städtekooperation, von staatlichen Institutionen und Forschungsstellen und aus anderen externen Quellen sind von Bedeutung und müssen projekt- und themenbezogen verfügbar und kombinierbar sein. Als Beispiele sind das Melderegister als Grundlage für die Einwohnerstatistik (Bestand und Bewegung) zu nennen, als staatliche Statistiken das Unternehmensregister, Tourismus, Schulstatistik, Kindertageseinrichtungen, Mikrozensus, Regionalstatistik... Andere externe

Übersicht 2: Zentrale Dienstleistung für dezentrale Nutzer



für die Extraktion von Führungs-
informationen oder den Kenn-
ziffernvergleich.

Integraler Bestandteil sind
Raumbezüge. Sie werden in ei-
nem eigenen Segment als Ord-
nungssystem verwaltet und
fortgeschrieben. In Verbindung
mit geometrischen Bezügen
und der Funktionalität markt-
gängiger GIS-Systeme haben
sich völlig neue Möglichkeiten
der Raumanalyse entwickelt,
aber auch des intuitiven und
interaktiven Zugangs zu den
Daten des Statistischen Infor-
mationssystems.

Statistische Informationen wer-
den inzwischen regelmäßig on-
line im Internet und/oder Intra-
net bereitgestellt. Es ist zu er-
warten, dass sich diese Entwick-
lungen im Zuge der Open Data
und der E-Government Diskussi-
on noch beschleunigen werden.

VdSt und KOSIS- Verbund als Platt- formen einer akti- ven Städtestatistik

Das statistische Informations-
management erfordert ein ho-
hes Maß an wissenschaftlicher
und technologischer Kompe-
tenz, die ständig aktuell gehalten
werden müssen. Die breite
kommunale Teilhabe am Wis-
senstransfer und dem wissen-
schaftlichen und technologi-
schen Fortschritt basieren auf
Entwicklungspartnerschaften
und interkommunaler Zusam-
menarbeit. Hier wirkt der VdSt
als Plattform für ...

- die Entwicklung und Abstimmung fachlicher Standards und Methoden für das städtestatistische Informationsmanagement
- den Erfahrungsaustausch und die Weiterbildung der in der Kommunalstatistik tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

- die Zusammenarbeit in regionalen und fachlichen Arbeitsgemeinschaften und in Themenworkshops
- die Trägerschaft des KOSIS-Verbundes.

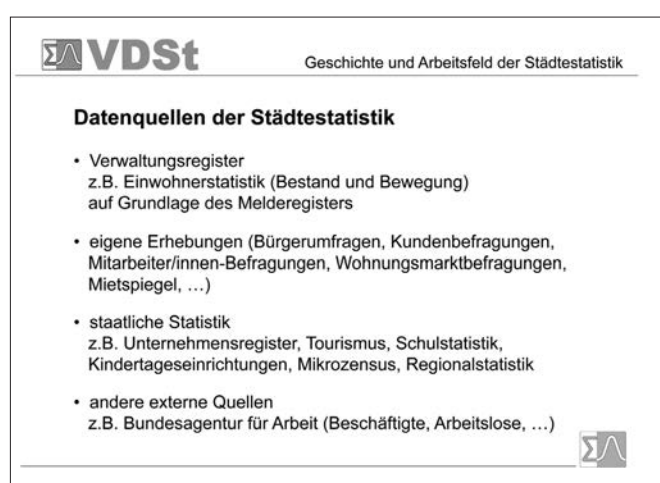
KOSIS-Verbund

Der KOSIS-Verbund (Verbund Kommunales Statistisches Informationssystem) wurde 1982 mit Unterstützung des Deutschen Städtetages als Selbsthilfeeinrichtung der Städte gegründet. Inzwischen gehören dem Verbund mehr als 200 Kommunen und andere öffentliche Institutionen an. Sie organisieren in Arbeitsgemeinschaften die kooperative Entwicklung und Pflege von DV-Instrumenten des Statistischen Informationssystems, interkommunal abgestimmte Datensammlungen und auf die Kommunalstatistik bezogene Gemeinschaftsprojekte.⁶ Zwischen dem VdSt als rechtllichem Träger und dem KOSIS-Verbund gibt es eine enge und arbeitsteilige Zusammenarbeit.

- Beispiele kommunaler Zusammen-
arbeit im KOSIS-Verbund sind
- das Statistische Informationssystem DUVA
 - die Standardisierung von Methoden und Verfahren zur Raumanalyse
 - kommunal abgestimmte Datensätze und Instrumente für die Bevölkerungs- und Haushaltstatistik
 - Bevölkerungsprognosen, Demografischer Wandel
 - die Planung und Durchführung von Datensammlungen und Bürgerumfragen
 - das Räumliche Bezugssystem mit Adressverwaltung und statistischer Gebäude-datei AGK
 - die Organisation temporärer Gemeinschaftsprojekte wie der „Rasterdatentest“ (eine empirische städtevergleichende Untersuchung zur Aussagefähigkeit von



Übersicht 3: Datenquellen der Städtestatistik



Übersicht 4: Organisationszusammenhänge in der Statistik

Rasterdaten für kleinräumige kommunale Strukturen) oder das Rechtsgutachten zur Stellung der Städtestatistik bei der Weiterentwicklung der rechtlichen Grundlagen der amtlichen staatlichen Statistik in Deutschland („Ziekow-Gutachten“).

Arbeitsgemein- schaften, Fach- tagungen und Publikationen

Fachliche Arbeitsgemein-
schaften im VdSt sind zurzeit die AG Methodik, die AG Bevölkerung, die AG Wirtschaftsstatistik, die AG Umfragen und die AG Wahl-analyse. Sie entwickeln metho-
dische und ergebnisorientierte Arbeitshilfen, organisieren ab-
gestimmte Befragungen und be-
arbeiten gemeinsame Publika-

5 Arbeitsgemeinschaften

VDSt und DStatG: Partner seit 1928

onen. Die Ergebnisse stehen allen Mitgliedern und der Öffentlichkeit zur Verfügung, von der AG Bevölkerung zum Beispiel aktuell die Arbeitshilfen „Indikatoren- und Merkmalskatalog zum demografischen Wandel“ (2011) und „Migrationshintergrund in der Statistik“ (2013). Alle Arbeitsgemeinschaften stellen in der jährlichen gemeinsamen Frühjahrstagung des VDSt ihre Arbeitsschwerpunkte vor und diskutieren über die Ergebnisse. Neben der verbandsinternen Frühjahrstagung veranstaltet der VDSt themenbezogene Workshops, zuletzt zu den Themen Open Data, Zensus 2011 und Rasterdaten. Die regionalen Arbeitsgemeinschaften laden jeweils für ihr Einzugsgebiet zur Jahrestagung ein. An der Statistischen Woche als bundesweiten Fachkongress ist der VDSt als Veranstaltungspartner beteiligt (s. unten). Der KOSIS-Verbund veranstaltet jährlich eine gemeinsame Fachveranstaltung aller KOSIS-Gemeinschaften („KOSIS-Gemeinschaftstagung“). Hier werden neue Entwicklungen vorgestellt und mit den Anwendern diskutiert, Standards zwischen den ansonsten selbständigen Projekten herausgearbeitet und die Entwicklungsrichtung in den Projekten mit bestimmt.

Der VDSt ist Herausgeber der Zeitschrift Stadtforschung und Statistik. Sie erscheint 2-mal im Jahr und dient der fachlichen Diskussion und Kommunikation in der Städtestatistik. Mit dem Themenbuch 1 „Szenarien zur demografischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in Städten und Regionen“ wurde ergänzend ein neues Format gestartet. Es greift die Themen der Statistischen Wochen auf und dokumentiert sie in Form eines Readers. Auch andere Monografien und Berichte sollen in diesem Format erscheinen. Die frü-

heren Tagungsberichte werden seit 2005 nicht weitergeführt. Die Vortragsfolien finden sich im Internetauftritt des VDSt.

Statistische Woche

Seit 1928 sind VDSt und DStatG, die Deutsche Statistische Gesellschaft, Veranstaltungspartner bei der Ausrichtung der Statistischen Woche. Nach kurzen Unterbrechungen im Jahresturnus ist die Statistische Woche 2014 in Hannover der 78. gemeinsame Fachkongress für Statistik in Deutschland. Als 1911 die Gründungsversammlung der DStatG im „alten Stadtverordnetensaal“ in Dresden zusammentrat, hatten 84 Vertreter der Statistik im deutschsprachigen Raum das Anliegen unterstützt, eine eigenständige Plattform für den wissenschaftlichen Austausch zwischen amtlicher Statistik und Universitätsstatistik zu schaffen. Unter den 84 Gründungsmitgliedern der DStatG kamen 60 aus der amtlichen Statistik, darunter 34 aus der Städtestatistik. Die Abgrenzung ist allerdings fließend, weil die amtlichen Statistiker auch oftmals als Hochschullehrer tätig waren.⁷

Die Zusammenarbeit hält bis heute an und die Statistischen Wochen sind das gemeinsame Markenzeichen geblieben. Sie sind mit der Ausdifferenzierung der Universitätsstatistik und der Anwendungsgebiete in Wirtschaft und Gesellschaft in ihrer fachlichen Breite und Tiefe gewachsen. Das Thema Demografie ist durch die Beteiligung einer weiteren statistischen Gesellschaft, der Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD), regelmäßig präsent. In guter Tradition laden Städte und örtliche Universitäten im Wechsel zur inzwischen auch international ausgerichteten Fachtagung ein. Die Statistische Woche führt Statistik-Vertreter/innen aus

Wissenschaft, amtlicher Statistik einschließlich der Städtestatistik, Instituten, Unternehmen und Verbänden zu einem fruchtbaren fachlichen Austausch zusammen, als Ideenbörse, zur Vergewisserung über den aktuellen Forschungs- und Erkenntnisstand und zur Fortbildung. Jüngste Themen der Städtestatistik waren z. B. Lebensqualität in Stadtquartieren – Beobachten, Bewerten, Gestalten (Leipzig 2011), Szenarien zur demografischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung (Wien 2012) und Bürgerbeteiligung, Open Data und Partizipation (Berlin 2013). 2014 in Hannover sind Wohnungsmärkte im Spannungsfeld sich ändernder Nachfrage Themen-schwerpunkt der Städtestatistik.

Institutionelle Mitgliedschaften und Verbindungen

Der VDSt ist Mitglied der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Statistik (DAGStat). Enge Verbindungen gibt es zur Deutschen Statistischen Gesellschaft (DStatG) und der Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD).

Der VDSt ist als Organisation dem Internationalen Statistischen Institut (ISI) angeschlossen. VDSt-Mitglieder arbeiten vornehmlich in SCORUS, dem Standing Committee on Regional and Urban Statistics, mit. SCORUS bildet als Teil des Weltstatistikverbandes ISI eine internationale Plattform für Fragen der Stadt- und Regionalforschung und -statistik.

Übergemeindliche Zusammenarbeit und Kooperationen

Wichtige Kooperationspartner der Städtestatistik sind der Deutsche Städtetag (DST) mit dem Arbeitskreis Stadtforschung,

VDSt: DAGStat, DStatG, DGD, ISI, SCORUS

Statistik und Wahlen (AK SSW), das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu), das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) sowie das vom BBSR moderierte Netzwerk Stadt- und Regionalstatistik.

Netzwerk Stadt- und Regionalstatistik

In dem Netzwerk Stadt- und Regionalstatistik treffen sich regelmäßig Vertreterinnen und Vertreter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, der Bundesagentur für Arbeit, des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, des Deutschen Städtetags, des VDSt und des KOSIS-Verbunds sowie des BBSR als ideale Arbeitsgemeinschaft, die sich den Ausbau und die Harmonisierung der amtlichen Regionaldatenbasis zum Ziel gesetzt hat: Die Zusammenarbeit im Netzwerk soll statistische Daten für Regionen, Kreise und Gemeinden, für Städte und deren Stadtteile zunehmend besser verfügbar machen, die verschiedenen Ebenen raumbezogener Statistiken aufeinander abstimmen und so vergleichende Stadt- und Regionalstatistik fördern. Seit November 2013 ist auch die Deutsche Statistische Gesellschaft mit dem Vorsitzenden des Ausschusses Regionalstatistik im Netzwerk vertreten.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Eine wichtige und besondere Rolle spielen die Verbindungen zur amtlichen Statistik des Bundes und der Länder. So ist der VDSt ständiger Gast im Statistischen Beirat beim Statistischen Bundesamt (Destatis). In den Ländern gibt es eine institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen der Städtestatistik und

den statistischen Landesämtern. Der VDSt pflegt in drei regionalen Arbeitsgemeinschaften Nord-West, Ost und Süd Kontakte und Zusammenarbeit. Zunehmend an Bedeutung gewinnen die Europäische Union als Gesetz- und Verordnungsgeber und Eurostat – das statistische Amt der Europäischen Union – für die Belange der Städtestatistik. Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder betreiben mit der „Regionaldatenbank Deutschland“ eine Plattform, die insbesondere Kreis-, Städte- und Gemeindedaten enthält. Viele Nutzer wissen den bisherigen Ausbaustand und die geplanten Erweiterungen zu schätzen. Bei der Weiterentwicklung des Systems der Haushaltsstatistiken ist es das auch im Statistischen Beirat formulierte Anliegen der Nutzer, dass Grunddaten für die Regionalstatistik, die nur durch Stichprobenerhebungen zu gewinnen sind, erhalten bleiben und bedarfsgerecht ausgebaut werden.

KOSIS-Gemeinschaft Urban Audit⁸

Mit der europäischen städtevergleichenden Datensammlung Urban Audit werden in allen EU-Ländern objektive und subjektive Daten zur Lebensqualität im zeitlichen Turnus zusammengestellt, für Kernstädte, deren Umland sowie für Stadtteile. Sie wird gemeinsam von der DG Regio und Eurostat getragen. Die DG Regio verspricht sich davon eine verlässliche Informationsgrundlage für die europäische Kohäsionspolitik. In Deutschland wurde in Abstimmung mit Destatis die KOSIS-Gemeinschaft Urban Audit als „National Urban Coordinator“ mit der inhaltlichen und organisatorischen Aufgaben betraut, während Destatis selbst die rechtlichen und finanziellen Fra-

gen gegenüber Eurostat vertritt. Die KOSIS-Gemeinschaft Urban Audit ist als Mitglied im Europäischen Statistischen System (ESS) zertifiziert und führt Regionaldaten der amtlichen Statistik des Bundes und der Länder sowie eigene Erhebungen und Schätzungen zusammen. Die Daten werden an Eurostat geliefert, sie stehen aber auch allgemein zum Abruf mit Hilfe von Web-basierten Auswertungsinstrumenten bereit. Die ergänzende Sammlung von Umfragedaten wird in Deutschland von der AG Umfragen des VDSt koordiniert. Um die bereichsübergreifende Abstimmung zu gewährleisten, wird über das Vorhaben regelmäßig im Netzwerk Stadt- und Regionalstatistik berichtet.

Innerstädtische Raumeobachtung des BBSR

Mit dem Bundesinstitut für Bau, Stadt- und Raumforschung (BBSR) verbindet die Städtestatistik nicht zuletzt die Innerstädtische Raumeobachtung (IRB). Die Innerstädtische Raumeobachtung gründet sich auf kleinräumigen Daten unterhalb der Gemeindeebene. Auf der Basis freiwilliger Kooperationsvereinbarungen mit den beteiligten Städten wurden innerstädtische Beobachtungseinheiten (Stadtteile) festgelegt, ein Merkmalsprogramm abgestimmt und eine Typisierung von Stadtteilen vorgenommen. Das BBSR nutzt die kleinräumigen Daten zur Analyse von Stadtentwicklungsprozessen, die für bestimmte Regionen, Stadt- oder Lagetypen verallgemeinerbar sind.⁹ Derzeit nehmen 49 Städte an der IRB teil. Diese Städte mit 20,1 Mio. Einwohnern in mehr als 2.800 Stadtteilen repräsentieren etwa zwei Drittel der deutschen Großstadtbevölkerung (Internetabruf vom 18.07.2014).

3 Regionale Arbeitsgemeinschaften

Eurostat

Destatis

Städte als Wachstumsmotor

Bamberg-Seminare zur Statistikfortbildung

Zusammen mit dem Deutschen Städtetag und der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt) ist der VDSt an einem Fortbildungsangebot für Städtestatistiker/innen beteiligt. Das Grundseminar Kommunalstatistik richtet sich an Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter in kommunalen Statistikstellen, das Aufbau-seminar für Fortgeschrittene vornehmlich an Führungskräfte ohne wissenschaftliche Ausbildung. Die jährlich einmal angebotenen Fortbildungen erstrecken sich über eine Woche und finden regelmäßig in Bamberg statt („Bamberg-Seminare“).

1983: Recht auf informationelle Selbstbestimmung

Zusammenfassung, aktuelle Entwicklungen und Perspektiven

Die Rahmenbedingungen für die amtliche Statistik in Bund, Ländern und Kommunen befinden sich in einem tiefgreifenden Umbruch. Die grundgesetzlich bestimmte umfassende Verantwortung der Kommunen für das Gemeinwohl vor Ort erzeugt gegenüber den bundes- und landespolitischen Anforderungen einen eigenen, vor allem kleinräumig differenzierteren Informationsbedarf. Deshalb betreiben alle großen Städte eine eigene Statistik. Diese Statistik ist aus den übrigen Verwaltungsbereichen ausgegliedert und in abgeschotteten Statistikstellen zusammengefasst. Nur dieser Stelle ist es gestattet, nicht voll anonymisierte Daten „auf Vorrat“ zur Beantwortung künftiger Fragestellungen zu speichern. Denn durch ad-hoc-Erhebungen sind die für Zeitvergleiche notwendigen historischen Daten nicht zu gewinnen. Der Bedarf an zuverlässiger kleinräumiger Information lei-

tet sich allerdings nicht alleine aus der umfassenden Verantwortung der Kommunen für das Wohl der örtlichen Gemeinschaft nach Art. 28, Abs. 2 GG ab; dieser Bedarf verstärkt sich vielmehr noch wesentlich durch die wachsenden Anforderungen staatlicher und europäischer Städtepolitik. Längst hat man in der Verfolgung der Ziele von Lissabon und Göteborg die Funktion der Städte als Wachstumsmotoren der nationalen und europäischen Entwicklung erkannt und misst daher den Städten als Kristallisationskernen der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und ökologischen Entwicklung immer größere Bedeutung bei.¹⁰ Die rechtliche Verfassung der öffentlichen Statistik in Deutschland ist maßgeblich durch das Zensusurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. Dezember 1983 geprägt. Danach erfährt das Recht auf informationelle Selbstbestimmung einen hohen Rang. Es ist aber nicht grenzenlos. Es darf im überwiegenden allgemeinen Interesse auch eingeschränkt werden, allerdings unter Beachtung von Normenklarheit und Verhältnismäßigkeit. Die Notwendigkeit von Statistik wird ausdrücklich anerkannt. Dabei stellen sich besondere Anforderungen zum Schutz des Persönlichkeitsrechts.¹¹ Mit Ausnahme von Nordrhein-Westfalen, wo die Kommunalstatistik im Landesdatenschutzgesetz geregelt ist, haben die Bundesländer Landesstatistikgesetze erlassen, die auch die Vorschriften für die Kommunalstatistik enthalten.¹²

Neue GIS-Welten bereichern und erweitern das Statistikangebot

Inzwischen haben sich tatsächliche und rechtliche Rahmenbe-

dingungen weiter entwickelt. Mit der rasanten Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologie ist die weltweite Vernetzung voran geschritten. Nicht nur die privatwirtschaftliche und individuelle Nutzung hat vielfältige Anwendungsfelder erschlossen (Internet, Handy, Onlinegeschäfte, Direktwerbung, Social Media, Apps, ...). Auch im öffentlichen Bereich werden die neuen Möglichkeiten genutzt (Ausbau des E-Government, Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie, neuer Personalausweis, elektronischer Aufenthaltstitel, ...). Insbesondere die Möglichkeiten der geografischen Datenverarbeitung (GIS-Systeme) bilden innovative neue Grundlagen, Methoden und Instrumente für die Statistik auf allen föderalen Ebenen. In der Städtestatistik gehören sie inzwischen als zeitgemäße Weiterentwicklung der früheren Raumbezugssysteme zum Standard kommunaler statistischer Informationssysteme. In der europäischen Union regelt seit Mai 2007 die INSPIRE-Richtlinie 2007/2/EG „die Schaffung einer Geodateninfrastruktur in der Europäischen Gemeinschaft“. Sie regelt verpflichtend für die Nationalstaaten die Inhalte und Rahmenbedingungen für ein aufeinander abgestimmtes Geodatenportal. Dazu gehören Metadaten, die Interoperabilität von Geodaten-sätzen und -Diensten mit Hilfe von Netzdiensten und weitere Maßnahmen für die gemeinsame Datennutzung. Der Aufbau erfolgt schrittweise bis 2019.¹³ Die Anforderungen wurden in Deutschland in Geodatenzugangsgesetzen des Bundes und der Länder abgebildet. Das im November 2012 novellierte Geodatenzugangsgesetz des Bundes sieht vor, dass Geodaten und Geodatendienste grundsätzlich öffentlich sein

sollen und für die kommerzielle und nicht kommerzielle Nutzung geldleistungsfrei zur Verfügung gestellt werden sollen. Es ist zu erwarten, dass sich Länder und Kommunen auf Dauer dem nicht entziehen können. Bereits heute sind sie über die Länder und die kommunalen Spitzenverbände in die Initiative Geodateninfrastruktur Deutschland (GDI-DE) eingebunden.

Bei der rasanten Weiterentwicklung der Informationslandschaft die Informationsbalance im föderalen System bewahren

Bürokratieabbau und eine permanente Verwaltungsmodernisierung sind Zielsetzungen, die unter anderem mit dem Ausbau von E-Government auf allen föderalen Ebenen verfolgt werden. Dadurch verbreitern sich potenziell die Grundlagen für Registerstatistiken auch für den staatlichen Sektor. So ist zum Beispiel mit der Föderalismusreform I die Verantwortung für das Einwohnermeldewesen auf den Bund übergegangen. In der staatlichen Statistik des Bundes und der Länder werden Georeferenzierung und die Nutzung von Verwaltungsdaten forciert. Das BStatG erlaubt inzwischen in der novellierten Fassung vom 25.07.2013 die Speicherung von georeferenzierten Einzeldaten für Hektarraster.¹⁴ Die Kommunalstatistik befindet sich im Spannungsfeld dieser Entwicklungen. Sie hat das starke Interesse, dass die Informationsbalance im föderalen System Deutschlands erhalten bleibt. In seinem Rechtsgutachten für VdSt und KOSIS-Verband zur Stellung der Städtestatistik bei der Weiterentwicklung der rechtlichen Grundlagen der

amtlichen staatlichen Statistik in Deutschland... kommt Professor Dr. Jan Ziekow 2013¹⁵ zu dem Ergebnis, dass zu den verbrieften Gemeindehoheiten de facto auch die Informationshoheit zu rechnen ist. Er liefert Argumente für einen verbesserten Zugang der Kommunen mit abgeschotteter Statistikstelle zu den statistischen Einzeldaten der staatlichen Statistik, die Adresse als Erhebungsmerkmal für den ebenenspezifischen Informationsbedarf der Kommunen und ein vorrangiges Nutzungsrecht untergemeindlicher Daten durch die Kommunen zur Wahrung ihrer Planungshoheit. Mit zunehmender Nutzung von georeferenzierten Verwaltungsdaten für die Bundes- und Landesstatistiken gewinnen diese kommunalen Anliegen an Bedeutung. VdSt und KOSIS-Verband appellieren an die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, aber auch an deren Dienstaufsichten in den Ministerien, im Zuge eines gemeindefreundlichen Verhaltens Lösungen für einen verträglichen Verhaltenskodex im föderalen System zu finden.

Anmerkungen

- 1 Der Beitrag ist die überarbeitete Fassung eines Vortrags auf der Fachtagung „150 Jahre Berliner Statistik“ des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg am 9. Mai 2012. Der Vortrag ist abgedruckt in: statistik Berlin Brandenburg, Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg, 6. Jahrgang, Heft 4/2012.
- 2 Vgl. Schulmeyer, Rudolf: Jünger und weiblicher, Diplom-Geograph/innen auf dem Vormarsch – VdSt-Mitgliederstruktur 2014, in diesem Heft.
- 3 Protokoll über die Konferenz der Direktoren der statistischen Büreaux deutscher Städte. Berlin, den 4. bis 6. October 1879.
- 4 Neeffe, Moritz: Zur Geschichte des Verbandes Deutscher Städtestatistiker. In: Verband Deutscher Städtestatistiker, Protokoll über die 25. Konferenz der Vorstände Statistischer Ämter Deutscher Städte, Dresden, Juni 1911, S. 31–35.

- 5 Vgl. Schulmeyer, Rudolf: Aufgaben der Städtestatistik zur Sicherung der kommunalen Informationsgrundlagen. In: Stadt Frankfurt am Main – Der Magistrat, Bürgeramt, Statistik und Wahlen (Hrsg.), Frankfurter Statistische Berichte 2/3'2000, Dr. Karl H. Asemann zum 80. Geburtstag gewidmet, S. 143–154.
- 6 Vgl. Schäfer, Wolf (Vorsitzender des KOSIS-Verbands) u. a.: Tätigkeitsbericht des KOSIS-Verbands 2013, im Internet unter <http://www.staedtestatistik.de/kosis.html> Vgl. auch Trutzel, Klaus und Schulmeyer, Rudolf: Der KOSIS-Verband. Interkommunale Zusammenarbeit zur Sicherung selbstverwalteter Städte. In: Stadtforschung und Statistik, Zeitschrift des Verbandes Deutscher Städtestatistiker, Heft 2/2004, Festschrift zum 125-jährigen Jubiläum des Verbandes Deutscher Städtestatistiker, Schibri-Verlag, S. 43–53.
- 7 Vgl. Trutzel, Klaus: Der KOSIS-Verband – ein Rückblick mit Ausblick nach gut 25 Jahren. Vortrag gehalten auf der Mitgliederversammlung des KOSIS-Verbandes 2008 in Saarbrücken (dokumentiert unter www.staedtestatistik.de, Frühjahrstagung 2008).
- 7 Vgl. Grohmann, Heinz; Krämer, Walter; Steger, Almut (Hrsg.): Statistik in Deutschland. 100 Jahre Deutsche Statistische Gesellschaft. Springer-Verlag Berlin Heidelberg 2011.
- 8 Schulmeyer, Rudolf: 100 Jahre Deutsche Statistische Gesellschaft – 100 Jahre Partnerschaft mit dem Verband Deutscher Städtestatistiker. In: Stadtforschung und Statistik, Zeitschrift des Verbandes Deutscher Städtestatistiker, Heft 2/2011, Schibri-Verlag, S. 5–6.
- 8 Vgl. KOSIS-Gemeinschaft Urban Audit: Das deutsche Urban Audit – Städtevergleich im Europäischen Statistischen System, Stadt Mannheim, Kommunale Statistikstelle, Oktober 2013.
- 9 Vgl. Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.); Sturm, Gabriele (Red.): Innerstädtische Raumbeobachtung: Methoden und Analysen. Berichte, Band 25, Bonn 2007.
- 10 Siehe Trutzel, Klaus: Paradigmenwechsel in der amtlichen Statistik – Anforderungen städtebezogener Statistik. In: VdSt aktuell Nr. 1/2008 (Langfassung in: Stadtforschung und Statistik, Zeitschrift des Verbandes Deutscher Städtestatistiker, Heft 2/2008, Schibri-Verlag, S. 43–47).
- 11 Vgl. von Arnim, Hans Herbert: Volkszählungsurteil und Städtestatistik – Rechtsgutachten für den Deutschen Städtetag. Deutscher Städtetag, Reihe H, DST-Beiträge zur Statistik und Stadtforschung, Heft 32, Köln 1987.
- 12 Zu den Rechtsgrundlagen der Kommunalstatistik in Deutschland siehe Abele, Franz: Was ist und was anders werden sollte – Rechtsgrundlagen der Kommunalstatistik, in diesem Heft.

2013: Ziekow-Gutachten

- 13 Vgl. Maack, Udo und Wolfsteiner, Michael: INSPIRE – Schon wieder ein Modewort oder Was hat INSPIRE mit Statistik zu tun? In: VdSt aktuell Nr. 10/2008. Maack, Udo: INSPIRE schreitet voran. In: VdSt aktuell Nr. 4/2012.
- 14 Vgl. auch Haußmann, Michael: Ein Blick in die Zukunft der kleinräumigen Kommunalstatistik, in diesem Heft.
- 15 Vgl. Ziekow, Jan: Rechtsgutachten zur Stellung der Städtestatistik bei der Weiterentwicklung der rechtlichen Grundlagen der amtlichen staatlichen Statistik in Deutschland im Spannungsfeld grundgesetzlich verbrieft kommunaler Planungshoheit, einer tiefgreifend gewandelten Informationsgesellschaft, den Auswirkungen der Föderalismusreform und den Anforderungen der Europäischen Union. In: Sonderausgabe Stadtforschung und Statistik, Föderale Informationsbalance wahren – kommunale Selbstverwaltung sichern, Das Rechtsgutachten zur Stellung der Städtestatistik von Univ.-Prof. Dr. Jan Ziekow und die Schlussfolgerungen der Städtestatistik, VdSt und KOSIS-Verband, Köln und Nürnberg 2013. Eine gekürzte Fassung ist mit dem Titel „Kommunale Informationsfreiheit – Anforderung der Garantie der kommunalen Selbstverwaltung an die Ausgestaltung der amtlichen Statistik“ veröffentlicht in: Verwaltungsarchiv (VerwArch), Zeitschrift für Verwaltungslehre, Verwaltungsrecht und Verwaltungspolitik, 104. Band, Heft 4, November 2013, Carl Heymanns Verlag, S. 529 ff.

Römerstadt – Bischofsstadt – Reichsstadt

Hubert Harfst, Hannover

Freitagabend, Weltmeisterschafts-Viertelfinale Deutschland gegen Frankreich. Nicht nur die Franzosen drängten, auch die Augsburger Puppenkiste begann pünktlich und etwa 30 lange Minuten vor dem Spielende. Deutschland gewann 1:0, und wir hatten einen kurzweiligen Abend mit virtuosem Kabarett aus der Puppenkiste mit vielen bissigen und ironischen, manchmal auch kalauerischen Texten (Nonne: „Mein Kind ist ein Kardinalsfehler“) zum Tagesgeschehen von der Politik bis zur Kirche.

Dann galt es das mehr als 2.000 Jahre alte Augsburg, früher die drittgrößte Stadt im Reich, zu entdecken.

Augsburg versorgte seine Einwohner schon zu Beginn des 15. Jahrhunderts mit dem wichtigsten „Lebensmittel“, frisches Wasser. Mit wasserbetriebenen Pumpen hob man Wasser in Turmreservoirs, den großen und den kleinen Wasserturm. Das Wasserwerk am südlichen Stadtrand lieferte nicht nur Trinkwasser für die öffentlichen Brunnen, es versorgte auch schon ab 1502 den Haushalt des Bischofs und weitere Hausanschlüsse.

Dreiklang der Schönheit: Die Straßen, die Brunnen und die Höfe (Heiner Seybold). Auf der Maximilianstraße hatten wir den richtigen Eindruck, wie Augsburg und nicht nur diese Straße zum prächtigen Parkett der Weltgeschichte werden konnte.

Hier wohnten die Patrizierfamilien, die Bankiers und die Kaufleute, hier hatte sie ihre Handelsniederlassungen. Vom imposantesten der drei Stadtbrunnen, dem Herkulesbrunnen, hat man die repräsentativen Bauten der Stadt, die Fuggerhäuser, das Schaezlerpalais, das Roeck-Haus sowie das palastartige Hotel „Zu den drei Mohren“ direkt im Blick und eine Ahnung, wie der heutige Straßenraum vor 400 Jahren als Weinmarkt, begrenzt vom abgerissenen städtischen Siegelhaus, gewirkt hat. Hier begegnet uns auch zum ersten Mal der Stadtbaumeister Elias Holl, der in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts Augsburg jahrelang in eine Baustelle verwandelt hat, und dessen Bauwerke danach weite Teile der historischen Altstadt Augsburgs bis heute prägen.

Ein ganzer Häuserblock für eine Familie – die Fugger konnten es sich leisten. Während die Nachbarhäuser zur Straße schmalbrüstig sind, ist die äußere Fassade ihrer Niederlassung eine der längsten in der Straße und zeugte vom Reichtum der Fugger, da damals die Gebäudesteuer nach der Länge der Frontfassade berechnet wurde. Die Schönheit der Innenhöfe lockt Touristen in Scharen an. Leider war der Damenhof mit seinen Arkaden von einer geschlossenen Gesellschaft blockiert.

Und immer wieder begegneten wir Elias Holl – und jetzt auch

Luther. Er wurde 1518 in einem Hof des Fuggerpalastes verhört, Holl hat das prächtige Zeughaus direkt hinter dem Fuggeranwesen erbaut.

Augsburg kann aber auch modern: Die kriegszerstörte Moritzkirche, im Kern eines der ältesten Kirchbauten der Stadt, beherbergt nach ihrem Wiederaufbau viele historische Kunstwerke in einem modern-schlichten „Kirchenraum der Zukunft“, der durch Klarheit, Minimalismus und Lichtführung besticht. Durch das urbane Zentrum ging es zum Markt. Sein riesiges Angebot und sein südländisches Flair begleiteten unsere Mittagspause.

Die Stadtrundfahrt mit der historischen Straßenbahn fiel aus. Wir standen an der falschen Haltestelle.

Dafür blieb mehr Zeit für den Besuch des Maximilianmuseums. Im mit Glas überdachten Viermetzthof begegneten uns die Originalbronzen der Prachtbrunnen. Auf der Maximilianstraße stehen seit einiger Zeit nur originalgetreue Nachbildungen.

Seit über 400 Jahren sprudeln die drei Monumentalbrunnen und demonstrieren Reichtum, Kunstsinn und Macht der alten Reichsstadt. Herkules im Kampf mit einer Hydra – legt euch nicht mit uns Augsburgern an, sonst ergeht es euch wie der Schlange! Augustus, Namensgeber der Stadt mit den Sinnbildern der Wasserkraft, eine

Darstellung der Flussläufe Lech, Wertach, Brunnenbach und Singold. Merkur, der Kaufmannsgott mit dem kleinen Amor – umstritten, weil Merkur ja ein heidnischer Gott ist.

An allen drei Brunnenensambles kann man immer wieder etwas Neues entdecken. Herkules hat die meisten Details, Merkur werden von Amor die Flügelschuhe gebunden, wobei Amors Flügel diskret Merkurs Schambereich verdeckt.

Im Museum dann Dokumente, Bilder, Karten, Waffen und Gerätschaften aus der Bischofsstadt des frühen und hohen Mittelalter, der Freien Reichsstadt und der Handelsstadt. Die Sammlung der bautechnischen Modelle zur Wasserversorgung und zum Mühlenbau ist einzigartig. Einzigartig auch die Kunstgegenstände. Augsburg war im alten Reich die führende Produktionsstätte für Kunst. Die Stadt lebte vom Kunstexport. Die Kunstkammer mit ihrem „Highlight“, die Madonna mit Kind, zeigt die schönsten Artefakte der bedeutendsten Goldschmiedemetropole Mitteleuropas.

Nach Münzkabinett und der Sammlung mathematischer, physikalischer und astronomischer Instrumente gelangten wir zu einer weiteren Quelle des Reichtums der Stadt, der Textilindustrie. Kattundruck, Spinnen und Weben – Augsburg war im 19. Jahrhundert eine der führenden Textilmetropolen Europas. Nicht ganz so prachtvoll wie in der Oberstadt lebten und arbeiteten nur wenige Schritte unterhalb der Maximilianstraße im Lechviertel die Müller, Gerber, Schmiede und viele weitere Handwerker. Sie nutzte das Wasser und die Wasserkraft der dortigen Lechkanäle.

Die Textil- und Maschinenbau- fabriken trugen Augsburg den Beinamen „deutsches Man-

chester“ ein. In der ehemaligen Kammgarnspinnerei lädt das Staatliche Textil- und Industriemuseum (tim) das Andenken zu einer spannenden Zeitreise durch gut 200 Jahre Textiltechnik, Design und Mode Made in Augsburg. Bis ins Detail konnte sich jeder von der angewandten Technik faszinieren lassen, zum Beispiel von der Steuerung der Webmaschinen. Was heute Computer übernehmen, leisteten damals kleine Holzrahmen mit Spitzen und später Lochstreifen.

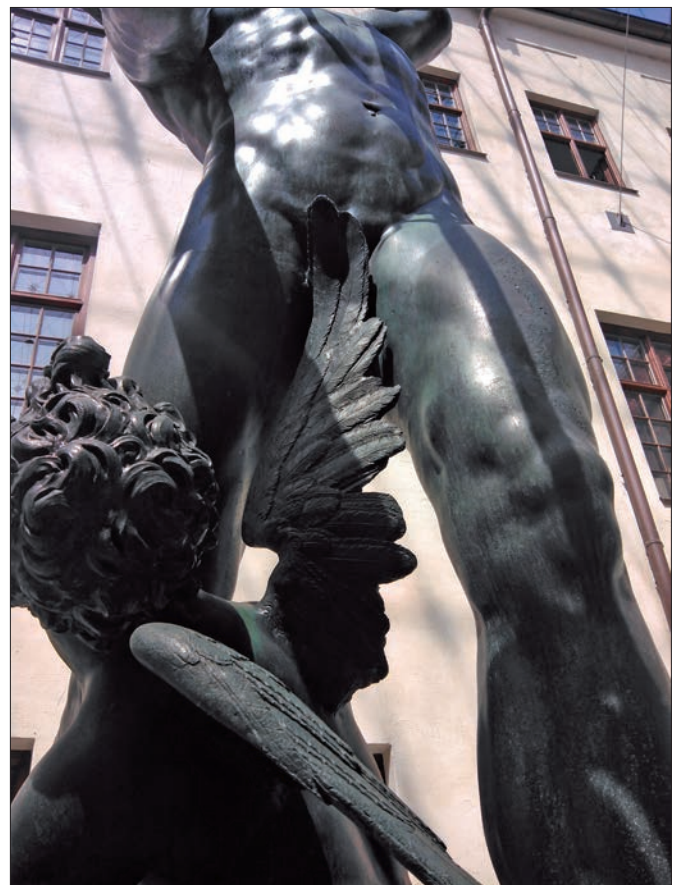
Augsburg, das sind nicht nur Baudenkmäler, Brunnen, Kirchen, Bankiers und Gewerbe, auch die Familie Mozart stammt väterlicherseits aus der Fuggerstadt und hat dort einige Spuren hinterlassen. Im Mozarthaus, dem Geburtshaus seines Vaters über Wolfgang Amadé und seine Familie. Er besuchte die Stadt fünf Mal und erlebte hier als 21-Jähriger sein erstes erotisches Abenteuer mit seiner Cousine, wie eindeutig zweideutige Briefe beweisen.

Ein weiterer berühmter Sohn der Stadt ist Bertolt Brecht, der im engen Obergeschoss des heutigen Brechthauses 1898 zur Welt kam.

Das Schaezlerpalais erstreckt sich bei schmaler Straßenfront am ehemaligen Weinmarkt weit in die Kathariengasse hinein. Innen ein langer Gang, der eine Anzahl Räume erschließt, in denen fast hundert bedeutende Meisterwerke der Malerei des 17. und 18. Jahrhunderts der Deutschen Barockgalerie aus den Sammlungsbeständen der Stadt Augsburg und verschiedener Leihgeber zu sehen sind. Kontrast bietet die Staatsgalerie „Alte Meister“ in der angeschlossenen Katharinenkirche, in der der Freistaat Bayern zumindest ein Teil der Kunstwerke aus Augsburg und Oberschwaben der Region zurückgegeben hat.

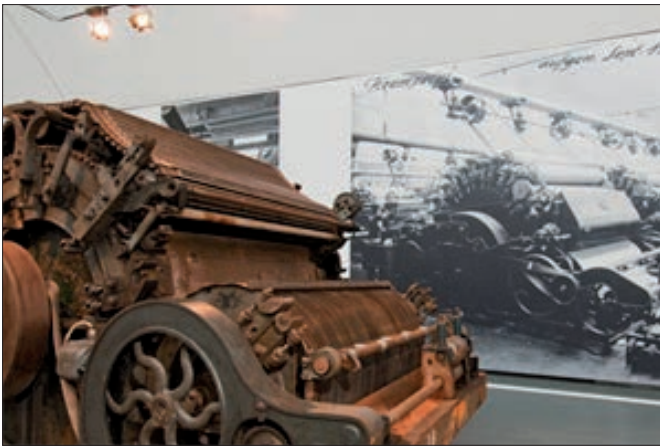


Ex-AG vor dem ehemaligen Gymnasium St. Anna



Neptunbrunnen: Neptun und Amor

Am Ende des langen Ganges der Barockgalerie öffnet sich der prächtige Rokokofestsaal. Namhafte Künstler statteten ihn im Stile des ausklingenden Rokoko aus. Das Deckenfresco stellt die vier bekannten Erdteile unter dem Motto „Der Handel verbindet die Welt“ dar.



Webstühle rattern im tim



Hausnummer, Türklingel und Engelsfigur in der Fuggerei



Glückliches Augsburg! Nur wenige Schritte vom Rokokofestsaal des Schaezlerpalais findet sich ein weiterer Glanzpunkt der Innengestaltung, der Goldene Saal im Rathaus. Der Renaissancesaal misst 552 Quadratmeter und ist 14 Meter hoch. Glanzstück ist, wie im Rokokosaal, die Decke. Auf der aus Nussbaum geschnitzten Kassettendecke befindet sich als Hauptgemälde das ovale Bild der Sapientia (Weisheit), flankiert von zwei Bildmedaillons, umrahmt von jeweils vier Frauengestalten, die auf der einen Seite Wissen, Fruchtbarkeit, Fleiß und Frömmigkeit darstellen, auf der anderen Heilkunst, Redlichkeit, Gerechtigkeit und Wohlstand symbolisieren. Hier beeindruckende Mächtigkeit – wenigen Schritte weiter im Rokokosaal des Schaezlerpalais filigrane Verspieltheit, man müsste vielfach hin- und hergehen, um all die Pracht der beiden Säle ganz zu erfassen. Die Augsburger haben nicht nur ihren Reichtum dargestellt, sie haben auch für ihre Armen gesorgt. 1521 stiftete Jakob Fugger der Reiche eine Wohnsiedlung für bedürftige Bürger, die Fuggerei: Anfangs 52, heute 67 Häuser mit 140 Wohnungen, in denen derzeit 150 Menschen wohnen. Wie vor 500 Jahren beträgt die Kaltmiete den Nominalwert eines Rheinischen Guldens (= 0,88 Euro), nicht je Quadratmeter, nicht im Monat, sondern für ein ganzes (!) Jahr. Noch immer reicht das Stiftungsvermögen aus, die vorbildliche Sozialsiedlung zu finanzieren. Ob alle Bewohner die weitere Bedingung für ihr Wohnrecht erfüllen, täglich drei Gebete für den Stifter und seine Familie zu sprechen, kann nicht überprüft werden. Überprüft werden kann aber, ob alle Fuggereibewohner bis 22 Uhr daheim sind. Denn dann werden die Tore geschlos-

sen. Spätheimkehrer, die bis 24 Uhr durch das Haupttor zurückkehren, zahlen dem Nachtwächter einen Obolus von 0,50 Euro, danach einen Euro.

Wie überall in der Stadt entdeckt man in der Fuggerei immer wieder interessante Details. Die Giebel, die Kamine, die vielen Heiligenfiguren, die gotischen Hausnummern, die Klingelzüge, man muss sich nur die Zeit nehmen, genau hinzuschauen.

Von der vierhundertjährigen römischen Stadtgeschichte ist heute im Stadtbild nicht mehr viel zu sehen. Das Römische Museum ist derzeit wegen Renovierung geschlossen, und ob die „Zirbelnuss“ im Augsburger Wappen, vielleicht ein Pinienzapfen, ein Erbe der Römer ist, ist umstritten.

Auf dem Domplatz zieht sich nur ein kurzer Rest Römermauer hin, bei der in Augsburg gefundene Steindenkmäler ausgestellt sind.

Leider ist der Dom nicht mehr durch die alte Bronzetür (jetzt im Dommuseum) zu betreten. Sie zählt zu den bedeutendsten romanischen Bronzeportalen Europas und ist eines der besten Zeugnisse mittelalterlicher Gießkunst nördlich der Alpen. Im Dom fällt sofort die Stilvielfalt, bedingt durch die lange Baugeschichte, auf.

Dem eher dunklen romanischen Westchor, darunter eine Doppelkrypta, liegt der hohe gotische Ostchor gegenüber. Die südliche Mittelschiffwand bewahrt den ältesten Glasfensterzyklus der Welt. Die fünf 2,20 Meter hohen Glasgemälde stammen aus dem ausgehenden 11. Jahrhundert und zählen zu den kostbarsten des gesamten Mittelalters. Zwischen Hohem Dom im Norden und Sankt-Ulrichs-Münster, auch „Reichsgotteshaus“ genannt, im Süden habe wir 16 Ex-AGler inklusiv Begleitung die Stadt erforscht, immer sachver-

ständig geführt von Wolfgang Mahnkopf, der das Treffen bestens vorbereitet und organisiert hat.

Auf Wiedersehen im September 2014 am Wochenende vor der Statistischen Woche in Hannover.

Bilder:
www.augsburg.de/Eckhart Matthäus, von Hamm, Harfst



Rokokopracht im Schaezlerpalais



Nicht nur römische Legionen, auch Händler waren hier

Statistik als Comic

Martin Schlegel, Hagen

Und schon war es weg. Ich war kurz in der Küche, um für einen Freund ein Bier zu holen. Zurück im Wohnzimmer hatte ich das Bier und er das Buch in der Hand. Er ist alles andere als ein Zahlenfreak und damals im Studium war Statistik für ihn nicht etwa üble Pflicht, sondern schiere Qual. Nun saß er da und blätterte durch „Statistik – Ein Sachcomic“. Beim Abschied bat er mich um das Buch, ich habe es ihm geliehen.

Ich kann durchaus auf das Buch verzichten, denn die meisten dort erläuterten Begriffe und Methoden sind mir mittlerweile geläufig. Und so kann ich sagen: Hätte man mir zu Beginn meines Studiums dieses Buch zur Auswahl vorgelegt, ich hätte Pfanzagl, Kreyszig und Co liegen lassen. Der Inhalt ist gleich – er reicht vom Mittelwert bis zu Pearsons Produkt-Moment-Korrelation –, in der Präsentation liegt der Unterschied.

E. Magnello, B. van Loo:
Statistik – Ein Sachcomic,
176 Seiten, TibiaPress, 10,00 Euro

Welches Maß der zentralen Tendenz soll man nehmen?

Der **Vorteil des Mittelwertes** ist, dass seine Berechnung sehr schlicht ist und dass hier alle Fälle des Datensatzes verwendet werden. Falls es jedoch Fälle mit extrem kleinen oder großen Werten gibt, wird das den Mittelwert verzerren.



Der **Median** hingegen wird **von Extremwerten nicht beeinflusst**. Falls wir beispielsweise das Median-Gehalt aus den Lohnzahlungen von 40.000 €, 60.000 €, 120.000 €, 160.000 €, 820.000 € ermitteln wollen, so läge der Median bei 120.000 €. Dies gibt ein deutlich angemesseneres Bild des Einkommens dieser Gruppe ab, da der Extremwert von 820.000 € die Daten verzerrt (vgl. Schiefe). Der Mittelwert würde bei 240.000 € liegen, einem Gehalt, das für keine einzige Person aus der Gruppe aussagekräftig wäre.

Willkommen in Hannover

Hubert Harfst, Hannover

Sie kommen in einem geschichtsträchtigen Jahr in die Niedersächsische Landeshauptstadt.

Dazu ein Rückblick in das ausgehende 17. Jahrhundert. Die durch unzählige Erbteilungen zersplitterten welfischen Fürstentümer (ohne Braunschweig) waren gerade in Hannover zu einem Herzogtum vereint, und Herzog Ernst August hatte 1692 die neunte Kur gewonnen. Doch dem Kurfürstentum Braunschweig-Lüneburg, so der offizielle Name (die Bezeichnung Kurfürstentum Hannover kam erst später auf) standen epochale Veränderungen ins Haus. 1714, vor genau 300 Jahren, bestieg ein Hannoveraner den Thron des Englischen Empire. Ein Hannoveraner auf dem englischen Thron? Ja! Mit dem Act of Settlement von 1701 durften nur noch Protestanten englische Könige werden. So erbte der hannoversche Kurfürst Georg Ludwig über seine Mutter Sophie von der Pfalz als Georg I den englischen Thron.

In England begann die „Ära der Könige mit Migrationshintergrund“, für die nächsten 123 Jahre regierten vier weitere hannoversche Kurfürsten und ab 1814 Könige in Personalunion über zwei Reiche: Hannover und Großbritannien. Bis auf den ersten Georg und seinen Sohn kamen sie – verständlich – nicht einmal zu Besuch in ihre Residenz auf dem Festland.

Hannover war durch die Personalunion zwar Hauptstadt eines der mächtigsten Kurfürstentümer im Heiligen Römischen Reich und nach 1814 eines der größten Königreiche in Deutschland, blieb aber in Wirklichkeit nur eine von der Deutschen Kanzlei in London und den dortigen hannoverschen Ministern regierte „Provinzstadt“; der in Hannover ansässige Geheime Rat hatte nur die Weisungen aus London ausführen.

Während die anderen deutschen Residenzen von Berlin über Kassel und Stuttgart bis München ausgeschmückt wurden, blieb Hannover eben Hannover.

1837 schien sich das zu ändern. Da im Königreich Hannover nur männliche Nachkommen den Thron erben konnten, endete die Personalunion. In England bestieg Königin Victoria den Thron, die Herrschaft in Hannover ging auf Victorias Onkel, Ernst August, Herzog von Cumberland (Denkmal vor dem Hauptbahnhof), über.

Doch weder ihm noch seinem Sohn, Georg V, blieb Zeit, ihre Residenz auszubauen. Schon nach 29 Jahren vertrieben im Deutschen Krieg von 1866 die Preußen Georg V und annektierten das Königreich Hannover. Die Stadt war jetzt nur noch eine von vielen preußischen Provinzstädten.

Soweit der kurze Rückblick in die hannoversche Geschichte, der Vieles über, in und aus Hannover erst verständlich macht. Das beginnt schon beim Tagungsort der Statistische Woche. Sie ist Gast in einem Königsschloss, dem Welfenschloss. Nur hat hier nie ein König residiert, denn das Schloss war

Das Welfenschloss,
Sitz der Universität



1866, als Georg V ins Exil geschickt wurde, noch nicht ganz fertiggestellt. Erst 1879 wurde es nach umfassenden Umbauarbeiten mit dem Einzug der Königlich Technischen Hochschule, der heutigen Gottfried Wilhelm Leibniz Universität, wieder einer Nutzung zugeführt.

Wenige Schritte (und zwei Straßenbahnstationen) weiter findet sich ein weiteres Beispiel, der Große Garten zu Herrenhausen. Seine eigentliche Entwicklung erfuhr der Garten durch Kurfürstin Sophie. Sie hatte ihre Jugend in Holland verbracht und ließ den Garten in Erinnerung an holländischen Barockanlagen anlegen. So entstand bis 1714 der Große Garten in seiner heutigen Form und Größe, ein nicht ganz regelmäßiges Rechteck, das durch einen künstlichen Wassergraben und Baumreihen begrenzt wird.

Der Barockgarten ist nahezu unverändert als Zeugnis seiner Zeit erhalten geblieben, weil kein Regent an ihm herumgebaut hat.

1936 erwarb die Stadt Hannover den Garten, setzte ihn wieder instand und beseitigte nach 1945 die Kriegszerstörungen. Seit dem 300. Geburtstag des Gartens im Jahr 1966 erstrahlt er wieder in altem Glanz.

Der Große Garten wird auch weiterhin durch kontinuierliche Restaurierungsarbeiten aufgewertet und zählt heute zu den bedeutendsten barocken Gartenanlagen Europas.

Imposant besonders die Große Fontäne. Sie erreichte schon im 17. Jahrhundert eine Höhe von 35 Metern. Die Leistung konnte in den Folgejahren bis auf etwa 70 Meter gesteigert werden.

Im Großen Garten befindet sich eine der letzten Arbeiten der Künstlerin Niki de Saint Phalle. Zwischen 2001 und 2003 gestalteten ihre Mitarbeiter die dreiräumige Grotte mit Glas-

und Spiegelmosaiken und stellten einigen Plastiken auf.

Seit 2009 hat die Volkswagen-Stiftung das Schloss Herrenhausen (ehemaliges Sommerschloss der Welfen) neu errichtet und dabei die klassizistische Fassade rekonstruiert. Das Gebäude dient als wissenschaftliches Tagungszentrum. In den Seitenflügeln errichtet die Stadt ein Museum, welches über die Geschichte der Herrenhäuser Gärten informiert.

Derzeit findet im Schlossmuseum eine von fünf Ausstellungen der Niedersächsischen Landesausstellung „Als die Royals aus Hannover kamen – Hannovers Herrscher auf Englands Thron 1714–1837“ statt. Das Wilhelm-Busch-Museum, direkt gegenüber der Universität im Georgengarten, zeigt in dieser Ausstellungsreihe unter dem Motto „Königliches Theater“ britische, oft sehr bissige Karikaturen aus der Zeit der Personalunion.

Bleiben wir in Herrenhausen. Gegenüber dem Großen Garten erstreckt sich der Berggarten, ein Botanischer Garten und ein unverwechselbares Stück Gartenkultur mit über 300-jähriger Geschichte. Im ehemaligen Regenwaldhaus im Berggarten – der Regenwald ist erhalten geblieben – lädt das Großaquarium „Sea Life“ mit faszinierenden Unterwasserwelten zum Besuch ein.

Zwischen dem Hauptgebäude der Universität und der Innenstadt liegt das 1953 errichtete Continental-Hochhaus. Es war als höchstes Hochhaus in Deutschland ehemals Sitz der Hauptverwaltung der Continental AG. Der denkmalgeschützte Gebäudekomplex dient seit 1995 als Zentrum des „Conti-Campus“ der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität mit den Schwerpunkten Literatur und Sprachen, Wirtschaft und Recht.



Blick in den Großen Garten

Einst hatte Hannover einen großen Altstadtkern mit Fachwerkhäusern und engen Gassen, die zum Teil noch aus dem Mittelalter stammten. Die Feuerstürme des Zweiten Weltkriegs ließen jedoch von der historischen Altstadt nicht mehr als vierzig Häuser übrig. Davon befanden sich allein zwölf im Bereich Knochenhauer-, Kramer- und Burgstraße. Ende der fünfziger Jahre entschied man sich, die restlichen über das Stadtgebiet verteilten Fachwerkhäuser abzutragen und dorthin zu versetzen. So entstand ein Altstadtviertel rund um Marktkirche und Altes Rathaus, das als historische Insel einen guten Eindruck davon vermittelt, wie Hannovers Altstadt einmal ausgesehen hat. Die Altstadt wird überragt von der Marktkirche. Neben dem Alten Rathaus gilt das im 14. Jahrhundert errichtete Gotteshaus als südlichstes Renommierstück norddeutscher Backstein-Gotik. Mitten in der Altstadt glänzt wieder das Leibnizhaus. Es war ursprünglich ein 1499 erbautes Bürgerhaus mit reichgeschmückter Renaissance-Fassade. Der Universalgelehrte und Philosoph Gottfried Wilhelm Leibniz bewohnte das Haus von 1698 bis zu seinem Tod im Jahr 1716. Kriegszerstört wurde es zwischen 1981 und 1983 an anderer Stelle mit original-

getreuer Fassade wiedererrichtet. Seit dem Neuaufbau wird das Leibnizhaus als Gäste- und Veranstaltungshaus der hannoverschen Hochschulen genutzt, und von der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität verwaltet. In den Wohnungen leben Gastwissenschaftler aus allen Teilen der Welt. In den übrigen Räumen finden Tagungen und (festliche) Veranstaltungen der hannoverschen Hochschulen statt.

Angrenzend das Historische Museum, sonst der Stadtgeschichte gewidmet, mit einem weiteren Part der Royals-Ausstellung („Eine Kutsche und zwei Königreiche“).

Vor der Altstadt am malerischen Leineufer findet jeden Samstag Deutschlands ältester Flohmarkt statt. Er ist der Top-Spot für alle, die hochwertige Sammlergegenstände suchen.

Mitten im Flohmarktgetümmel drei bunte, voluminöse „Nanas“ aus Polyester, Plastiken der französischen Künstlerin Niki de Saint Phalle (1930–2002), die mit der Bildersprache der Pop Art sinnliche, farbenfroh gestaltete, voluminöse weibliche Körper mit überdimensionierten Geschlechtsmerkmalen darstellen.

Zwischen Altstadt und Bahnhof verführen gleich zwei der beliebtesten Einkaufsstrassen Deutschlands, die Georgstraße und die Bahnhofstraße, zum ausgiebigen Shoppen ein.

Die Nanas „Sophie“, „Caroline“ und „Charlotte“



Am Rande der Altstadt zwischen Altem und Neuem Rathaus lädt die Markthalle, zum Einkaufen, Verweilen oder einfach nur zum Anschauen ein. In der Markthalle, auch „Der Bauch von Hannover“ genannt, kann man alles kaufen, was man auf einem Wochenmarkt kaufen kann. Dazu gibt es zahlreiche Imbiss-Stände und auch Getränke. Die Markthalle ist mittlerweile zu einem Kult-Treffpunkt geworden, wo man zusammen vor oder nach dem Stadtbummel einen Kaffee oder einen Prosecco zu sich nimmt. Die ehemalige Leinemasch südlich der Innenstadt wird vom Neuen Rathaus geprägt. Der schlossähnliche Prachtbau in eklektizistischem Stil wurde von 1901 bis 1913 errichtet.

Die zentrale Halle überwölbt eine 30 Meter hohe Kuppel – einzigartig für Rathausbauten. Man kann sich der kolossalen Wirkung dieses gewaltigen Raumes nicht entziehen. („Alles bar bezahlt“, soll Stadtdirektor Tramm Kaiser Wilhelm II bei der Einweihung 1913 stichelnd zugeflüstert haben, denn eine Anfrage nach finanzieller Unterstützung aus dem 1866 requirierten hannoverschen Staatsschatz, dem sogenannten Wellenfonds, für den Bau war abschlägig beschieden worden!) Oberhalb dieser Kuppel liegt eine weitere Kuppel von 30 Meter Höhe.

Einzigartig in Europa ist der Kuppelaufzug, der einen bogenförmigen (parabelförmig der Kuppel folgend) Fahrverlauf aufweist.

Von den prächtig ausgestatteten Festsälen ist nur noch der Mosaiksaal und das Damenzimmer erhalten, als Sitzungssaal ist der Hodlersaal, benannt nach dem Schweizer Maler Ferdinand Hodler, dessen Leinwandgemälde „Einmütigkeit“ die Westseite des Sitzungssaals einnimmt,

in den 70er Jahren fast originalgetreu wieder hergerichtet worden.

Durch den als Landschaftsgarten gestaltete Maschpark erreicht man den Maschsee, einen in den 30er Jahren künstlich angelegten 2,4 Kilometer langen und 180 bis 530 Metern breiten See. Mitten in der Großstadt sorgt er mit seinen Segelbooten und von Palmen gesäumten Uferpromenaden für mediterranes Flair. In den ersten zweieinhalb Augustwochen feiern bis zu zwei Millionen Besucher auf dem Maschseefest rund um den See eine große Party, die inzwischen in Norddeutschland ein „Muss“ ist.

Von Osten schiebt sich die Eilenriede, mit 640 Hektar Europas größter Stadtwald, fast bis zum Bahnhof in die Stadt. Diesem Wald galt schon im Mittelalter, vom Landesherrn der Stadt überlassen, die besondere Hege der Hannoveraner. Durch das Waldgebiet führen 80 Kilometer Wanderwege, 38 Kilometer Radwege und 11 Kilometer Reitwege, die zum Spazierengehen, Radfahren und Inline-Skaten einladen.

Am Rande der Eilenriede erstreckt sich Deutschlands spektakulärster Zoo mit über 2.000 Tieren in sieben einzigartigen Zoowelten, die an den natürlichen Lebensraum oder Kulturkreis der Tiere angelehnt sind, ihnen Rückzugsmöglichkeiten bieten und gleichzeitig den Besuchern Begegnungen ohne Gitter ermöglichen. Weiter: Tier-Shows, Bootsfahrt, Unterwasserwelt, Streichelzoo, Kinderland „Mullewapp“, Winterzoo und viele spannende Events.

Von Ingenieurwissenschaften bis Life-Sciences: Die hannoverschen Hochschulen bieten zahlreiche unterschiedliche Studiengänge an. An der Leibniz Universität, der Medizinischen Hochschule Hannover,

der Tierärztlichen Hochschule, der Hochschule für Musik, Theater und Medien sowie an der Hochschule Hannover (FH) mit der Fakultät Diakonie, Gesundheit und Soziales (ehemalige Evangelische FH) lernen derzeit knapp 40.000 Studierende. Zahlreiche außeruniversitäre Institute und mit den Hochschulen verbundene Einrichtungen betreiben Forschung und Entwicklung auf hohem Niveau. Genannt seien beispielhaft das „INI Hannover – International Neuroscience Institute“ und die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR). Hannover hat immer Saison: Während des gesamten Jahres laden Sportevents, Open-Air-Konzerte und Volksfeste zum Mitfeiern und Mitfeiern ein. Highlights wie das Schützen- und Maschseefest oder der Internationale Feuerwerkswettbewerb in Herrenhausen sind Publikumsmagneten für Besucher aus aller Welt. Zahlreiche verschiedene Theater, die Staatsoper sowie etliche Museen und Galerien locken mit hochkarätigen Ausstellungen und Veranstaltungen jährlich hunderttausende Kunst- und Kulturliebhaber in die Stadt. Dazu wird Gastfreundschaft in Hannover großgeschrieben: Als Messe- und Eventstadt steht die niedersächsische Landeshauptstadt alljährlich im internationalen Flutlicht. Bereits seit 1947 werden Jahr für Jahr Millionen von Messegästen begrüßt. Unter anderem findet am Standort Hannover mit der CeBIT die wichtigste Veranstaltung der digitalen Wirtschaft statt. Für die, die noch etwas Zeit erübrigen können, einige Tipps für Ausflüge in das nähere Umland. In Pattensen, 20 km südlich von Hannover, ragt das märchen-



Monumental: Das Neue Rathaus

hafte Schloss Marienburg von weitem sichtbar aus den sanften Hügeln des Leinetals hervor. Bei einer Schlossführung können die reich ausgestatteten Innenräume besichtigt werden. Die ehemalige Sommerresidenz der Welfen befindet sich noch heute in Familienbesitz. Etwas weiter südlich rüstet sich Hildesheim zur 1.200-Jahr-Feier des Bistums. Im Dom sind nach umfangreichen Umbau- und Sanierungsarbeiten der berühmte Tausendjährige Rosenstock und die herausragenden Kunstschatze, die weltweit zu den bedeutendsten mittelalterlichen Werken gehören, gerade wieder zugänglich. Im Norden lockt die ehemalige Residenzstadt Celle mit seinem Schloss und seinen Fachwerkensembles. Im Stadtmuseum kann im Rahmen der Royals-Landesausstellung der Aufstieg der Welfen zu Kurfürsten und Königen verfolgt werden. Und wer noch mehr wissen will, kann sich unter „www.hannover.de“ informieren.

Statistiker, die in den Datenbanken der amtlichen Statistik nach Hannover suchen, müssen aufpassen. Die Kernstadt Hannover ist seit 2001 mit dem ehemaligen Umlandkreis Hannover zur Region Hannover zusammengefasst worden. Bei diesem bundesweit lange einmaligen Zusammenschluss eines Wirtschaftsraumes verlor die Landeshauptstadt ihre Kreisfreiheit. Folge: In den meisten Statistiken ist nur noch die Region insgesamt nachgewiesen, was bei Stadtforschern und Instituten oft Verwirrung stiftete („Warum hat Hannover plötzlich über eine Million Einwohner?“; „Woher kommt die viele Landwirtschaft?“). Inzwischen haben Kommunale und Landesstatistik erreicht, dass neben den Regions(Kreis)ergebnissen auch wieder die der Stadt nachgewiesen werden.

Bilder:
 Wikimedia Commons/Andree;
 HMTG; Stephan, Wikimedia
 Commons/Hombre; R. Keil

Autorenverzeichnis

Abele, Franz, Landeshauptstadt Stuttgart, Dipl.-Verwaltungswiss., Abteilungsleiter, stellv. Amtsleiter, franz.abele@stuttgart.de

Arning, Dirk, Geschäftsführender Gesellschafter Drescher & Cie, Köln, dirkarning@gmx.de

Bachmann, Günther, M.A., Darmstadt, Abteilungsleiter, Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung, guenther.bachmann@darmstadt.de

Harfst, Hubert, Diplom-Sozialwirt, Städt. Direktor i. R., Hannover, hubert.harfst@hannover-stadt.de

Haußmann Michael, Diplom-Geograf, Statistisches Amt Stuttgart, Abteilungsleiter, michael.haussmann@stuttgart.de

Klein, Alexandra, Sozialwissenschaftlerin, Stuttgart, Alexandra_Klein@t-online.de

Münzenmaier, Dr. Werner, Ministerialrat im Finanzministerium Baden-Württemberg, Stuttgart, werner.muenzenmaier@mfw.bwl.de

Reuband, Prof. Dr. Karl-Heinz, Sozialwissenschaftliches Institut Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, reuband@phil-fak.uni-duesseldorf.de

Schlegel, Martin, Diplom-Kaufmann, Amtsleiter a. D., Hagen, me.schlegel@t-online.de

Schnorr-Bäcker, Dr. Susanne, Leiterin des Referats „Koordination, Regionalstatistik, Indikatoren“ im Statistischen Bundesamt, Wiesbaden

Schulmeyer, Rudolf, Diplom-Volkswirt, Amtsleiter i. R., Köln, RSchulmeyer@t-online.de

Stender, Dr. Axel, Statistikstelle der Stadtverwaltung Moers, axel.stender@moers.de

Trutzel, Klaus, Diplom-Kaufmann, Stadtdirektor a. D., Nürnberg, kum.trutzel@t-online.de

Werner, Sören M., Soziologe (M.A.), Stadt Freiburg im Breisgau, soeren.werner@stadt.freiburg.de